

16

Bonn, 20. September 1956

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Arnold, Bach, Bauknecht, Berendsen, Bitter, Blank, [Frau Brauksiepe], Gerstenmaier, [Globke], Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Krone, Lemmer, Lenz, Meyers, [Ney], Noltenius, Oberländer, Frau Rehling, Scharnberg, Schröder, Strauß, Frau Weber, [Wirsching], Zimmer.

Bericht über die innen- und außenpolitische Lage. Bericht Krones über USA-Reise. Bericht Meyers über Organisation. Erscheinungsbild der Union in der Öffentlichkeit. Ergänzung des Wehrgesetzes; Dauer der Wehrpflicht und „Umrüstung“. Rednereinsatz; Mitgliederwerbung. Allgemeine Richtlinien für Kommunalwahlen. Parteitag 1957 und Sondertagungen.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 19.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu dieser ersten Sitzung nach der Urlaubspause. Es sind leider sehr viele Entschuldigungen zu verzeichnen. Herr von Brentano ist nach London, Herr Oberkirchenrat Cillien ist, wie Sie wissen, doch erheblich verletzt. Er ist gefallen und hat den Hals eines Oberschenkels gebrochen; er hat später beim Biegen auch noch Komplikationen bekommen, die aber Gott sei Dank vorüber zu sein scheinen. Wir haben ihm Glückwünsche zu seiner wiedereintretenden Genesung geschickt. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn wir ihm auch von hier aus unsere GrüÙe und Besserungswünsche übermitteln. Herr Bundesminister Lübke befindet sich auf einer seit langem vorgesehenen Amerikareise. Weiter ist entschuldigt Herr Ministerpräsident Dr. Gebhard Müller. An seiner Stelle ist Herr Wirsching hier. Wir hatten auch den Vorsitzenden der CSU, Herrn Dr. Seidel, eingeladen. Auch er ist in Amerika. Herr Simpfendörfer ist entschuldigt wegen der Ständigen Konferenz der Kultusminister in Regensburg, Herr Dr. Stoltenberg wegen des Internationalen Kongresses der jungen Christlichen Demokraten in Italien, Herr Bundesminister Storch wegen der Arbeitsministerkonferenz in Bremen, Herr Kultusminister Osterloh wegen der Sitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister in Regensburg. Wir werden uns demnächst mit der Ständigen Kultusministerkonferenz in Verbindung setzen müssen, damit wir nicht kollidieren. Weiter hat sich entschuldigt Herr Staatsminister a.D. Dr. Fricke, dann Herr Lensing. Herr Lensing war sehr krank. Ich habe ihn zweimal auf der Bühler Höhe gesprochen, hatte aber den Eindruck, daß er in wirklicher Erholung

begriffen ist. Ich schlage vor, ihm auch von hier aus ein Telegramm zu schicken und ihm unsere Wünsche zur baldigen Genesung auszusprechen.

Zum ersten Male ist heute in unserer Mitte als Landesvorsitzender der Saar Herr Ministerpräsident Dr. Ney. Wir heißen ihn herzlich willkommen bei uns. (*Beifall.*) Ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß er die Atmosphäre der Bundesrepublik und der bundesrepublikanischen CDU recht bald kennenlernt, daß es ihm hier wohlgefällt und daß er sich heimisch bei uns fühlt; er ist jedenfalls unter Freunden.

Meine Damen und Herren! Nun möchte ich Ihnen für unsere Disposition folgendes vorschlagen: Wir tagen heute den ganzen Tag über, und zwar mit einer Mittagspause. Heute vormittag möchte ich Ihnen zunächst einen Bericht über innenpolitische und außenpolitische Fragen geben. Ich schlage vor, daß dann anschließend Herr Dr. Meyers, der in der Zwischenzeit seine Inspektionsreise gemacht hat, uns darüber einen Bericht erstattet. Ich darf in Parenthese bemerken, damit ich es nachher nicht vergesse, daß die Werbung neuer Mitglieder, wenn man sie gut anfaßt, doch sehr erfolgreich sein kann. Ich bekam heute früh in Rhöndorf von einem mir unbekanntem Herrn eine Liste mit 16 neuen Mitgliedern. Ich empfehle Ihnen, meine verehrten Damen und Herren, aufgrund der Erfahrungen aus meinem persönlichen Kreise bei der Werbung neuer Mitglieder die katholischen und die evangelischen Geistlichen nicht zu vergessen. An sie sollte man einmal herangehen und ihnen klarmachen, daß wir in einer Zeit leben, in der ein Heraushalten aus der Politik auch für einen Kleriker etwas ganz Falsches ist. Ich sage das nicht ohne Absicht; vielleicht kann man auch an den einen oder anderen Bischof beider Konfessionen herantreten. Ich hielte das für ein ganz gutes Beispiel.

Ich schlage Ihnen weiter vor, daß uns nach dem Vortrage von Herrn Meyers der Herr Kollege Krone, der seit einigen Tagen von seiner Amerikareise zurück ist, darüber berichtet. Anschließend sollte dann, ehe wir in die allgemeine Diskussion eintreten, Herr Kollege Blank uns unterrichten über den Stand der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und, damit zusammenhängend, über die Klagen wegen der schlechten Unterbringung usw. Bei diesem Punkt können wir uns dann auch über die Dauer der Dienstzeit aussprechen, eine Frage, die uns alle beschäftigt und die auch von großem Einfluß auf die Wahl sein wird. Darf ich feststellen, daß Sie im großen und ganzen damit einverstanden sind, wenn wir zunächst so verfahren; denn ich glaube, es ist nicht gut, eine Diskussion dazwischenzuschieben, sonst erlebt man in der Regel, daß über einen Punkt zu lange diskutiert wird, so daß diese Berichte, von denen ich gesprochen habe, nicht mehr vor vollbesetztem Hause erstattet werden können, weil sich gewöhnlich der Drang nach der Heimat schon nach dem Mittagessen geltend macht.

BERICHT ÜBER DIE INNEN- UND AUSSENPOLITISCHE LAGE

Adenauer: Zu der innenpolitischen Situation ist außerordentlich viel zu sagen. Ich will aber nur das Wesentlichste davon erwähnen und möchte zwei erfreuliche

Dinge an die Spitze stellen, und zwar handelt es sich um halb innenpolitische und halb außenpolitische Erfolge der Bundesregierung. Einmal glaube ich, daß wir nunmehr in der Saarfrage endlich zum Schluß kommen. Zwei Punkte stehen noch aus, über die Herr Mollet und ich am Samstag in acht Tagen, am 29. September, in Brüssel verhandeln werden.¹ Es wird auch in der nächsten Woche eine Bereinigung der zwischen Belgien und uns schwebenden Fragen stattfinden²; gleichzeitig damit eine Berichtigung des Grenzverlaufes. Ich gebrauche ausdrücklich den Ausdruck „Berichtigung“, weil vorgesehen ist, daß die endgültige Grenze des deutschen Staates durch den Friedensvertrag festgesetzt werden soll. Lassen Sie mich vorwegnehmen, daß sowohl die Saarfrage wie auch die Fragen über das Verhältnis zu Belgien von den Vertretern der beiden Länder sehr gut behandelt worden sind. Was die Saarfrage angeht, so darf ich hier insbesondere die unermüdliche Arbeit des Staatssekretärs Hallstein hervorheben, der, wie Sie wissen, Mitglied unserer Partei ist. Es ist wahr, Herr Kaiser, Sie sehen so etwas erstaunt aus. (*Kaiser*: Ich habe Herrn Heck angesehen, weil diese schriftlichen Behauptungen aufgestellt wurden.) Herr Hallstein ist seit Jahr und Tag Mitglied der CDU; er hat mir das selber gesagt. (*Kaiser*: Ich habe es ja nicht auf Herrn Hallstein bezogen.) Ich komme gleich noch darauf zu sprechen. Ich darf weiter erwähnen den Herrn Faure, den Staatssekretär im Quai d'Orsay, den ich bei verschiedenen Gelegenheiten als einen sehr entschlossenen und sehr tatkräftigen Mann kennengelernt habe. Bei der Regelung der belgischen Angelegenheit haben wir – ich glaube das sagen zu können – ein besonderes Entgegenkommen bei dem Ministerpräsidenten Spaak gefunden, der wirklich in einem europäischen Geist und in einem nachbarlichen Geist diese ganzen Fragen mit uns diskutiert hat und mit dem eine Einigung herbeizuführen nicht übermäßig schwierig gewesen ist.

Es ist dann, meine Freunde, im Verfolg dieser Verhandlungen eine Einladung von der belgischen Regierung an mich ergangen zu einem Staatsbesuch in Belgien, den ich Anfang nächster Woche machen werde. Ich messe diesem Staatsbesuch des deutschen Bundeskanzlers in Belgien eine besondere symbolische und außenpolitische Bedeutung bei, weil doch Belgien das Land gewesen ist, das bei den beiden letzten Kriegen jedesmal zuerst daran glauben mußte. Ich bin sehr erfreut, daß die belgische Regierung und, wie ich annehmen kann, auch der belgische König sowie die belgische Bevölkerung fest entschlossen sind, in diesen Angelegenheiten einen Strich unter die Vergangenheit zu machen und mit uns als gute Nachbarn zusammenzuleben.

Ich komme nun von selbst etwas in die außenpolitische Lage hinein. Ich möchte Sie bitten, gerade diese beiden Fakten, von denen ich gesprochen habe, bei den

1 Die Zusammenkunft fand in Bonn statt. Dabei wurden die noch ungeklärten Saar-, Mosel- und Rheinseitenkanal-Fragen geklärt und eine verstärkte europäische Integration gewünscht (vgl. BULLETIN vom 2. Oktober 1956 S. 1761).

2 Staatsbesuch Adenauers am 24. und 25. September 1956 in Brüssel (vgl. BULLETIN vom 26. September 1956 S. 1725ff.; vgl. auch AdG 1956 S. 5589–5591 mit Karte zur endgültigen Grenzziehung).

Wahlvorbereitungen und bei der Wahlpropaganda zu berücksichtigen. Ich glaube mit Bestimmtheit annehmen zu können, daß die Rückkehr der Saar am 1. Januar des nächsten Jahres erfolgen wird: Und das können wir doch letzten Endes feiern als einen Beweis für die Beharrlichkeit und die Treue unserer Freunde an der Saar, aber auch als einen Beweis dafür, daß die Bundesregierung auf diesem Gebiete Erfolg gehabt hat. Sie wissen, daß ich in manchen Dingen nicht derselben Ansicht gewesen bin wie andere Herren unseres Vorstandes, aber was vorbei ist, ist vorbei. Darüber noch zu sprechen, wäre müßig, aber das eine ist jedenfalls sicher, wenn es seinerzeit nicht erreicht worden wäre – es ist jetzt ein Jahr her –, daß die Saarländer frei haben abstimmen können, dann wäre dieses Ergebnis, was jetzt vorliegt, nicht eingetreten. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn ich daran denke, wie gerade die SPD drüben im Bundeshaus uns beschimpft und Vorwürfe gemacht hat, was sie für einen Krach machte, wenn das Wort Saar ertönte, dann können wir in dem demnächst beginnenden Wahlkampf mit Recht darauf hinweisen: Bitte, die Saar kehrt nach Deutschland zurück!

Etwas Ähnliches möchte ich hier auch für die Regelung der belgischen Angelegenheiten anführen. Wir bekommen, wenn sie auch nur klein sind, immerhin einige Dörfer wieder zurück. (*Arnold*: Losheim und Hemmeres!) Ja, Losheim. Auch das ist unserer beharrlichen Arbeit und der beharrlichen Pflege des europäischen Gedankens zu danken; denn die Übereinstimmung der Ansichten zwischen Spaak und uns in bezug auf Europa ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen dafür gewesen, daß wir diesen Erfolg erreicht haben. Leider sind wir mit Holland noch nicht soweit. Ich weiß auch nicht, wann wir soweit sein werden. Holland hat seit drei Monaten keine Regierung.³ Ob das ein glücklicher oder ein unglücklicher Zustand ist – das zu beurteilen bin ich nicht imstande. (*Arnold*: Es hat aber eine Königin!) Wenn man einen aufgeschlossenen Holländer nach diesen Dingen fragt, dann bekommt man zur Antwort: Wäre Holland nicht dem Seyß-Inquart⁴, sondern der deutschen Armee unterstellt gewesen, wie das bei Belgien der Fall gewesen ist, dann wären diese ganzen Spannungen und Differenzen überhaupt nicht eingetreten. Wir müssen da Geduld haben und abwarten.

Ich möchte dann auf den Evangelischen Kirchentag⁵ und auf den Katholikentag⁶ zurückkommen. Ein Teil von uns ist auf dem Evangelischen Kirchentag und ein Teil von uns ist auf dem Katholikentag gewesen. Ich glaube, alle Teilnehmer an einer der beiden Veranstaltungen werden dort Kraft geschöpft haben aus der

3 Am 13. Juni 1956 hatten Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattgefunden (Ergebnis in AdG 1956 S. 5817); die Regierungsbildung gelang erst am 12. Oktober (EBD. S. 6022).

4 Arthur Seyß-Inquart (1892–1946, Hinrichtung in Nürnberg), 1938 österreichischer Innenminister und Bundeskanzler, 1938–1939 Reichsstatthalter in Österreich, 1940–1945 Reichskommissar in den Niederlanden.

5 Vom 8. bis 12. August 1956 in Frankfurt.

6 Vom 29. August bis 2. September 1956 in Köln. – Adenauer sprach auf der Schlußkundgebung.

Überzeugungstreue, die auf den beiden Veranstaltungen klar zutage getreten ist, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Überzeugungstreue unserer Freunde aus der Ostzone, sondern auch hinsichtlich des gesamten Bekenntnisses zu den christlichen Grundsätzen, das dort zum Ausdruck kam. Ich konnte nicht an allen Veranstaltungen des Katholikentages in Köln teilnehmen, aber ich habe an einigen teilgenommen. Unvergesslich wird mir bleiben die Schlußkundgebung im Grüngürtel. Ich habe noch niemals in meinem Leben – die Schätzung ist zutreffend, obgleich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ gesagt hat, es seien einige [Hundert]tausend Menschen versammelt gewesen⁷ – 800.000 Menschen zusammen gesehen bei einer geschlossenen, von hohem Geiste getragenen Kundgebung. Gerade für eine Partei wie die unsrige, die doch letzten Endes ihre ganze Kraft schöpft und schöpfen muß aus dem christlichen Gedanken und aus den christlichen Grundsätzen, bedeutet es eine große Ermutigung in ihrer Arbeit, daß auf evangelischer und auf katholischer Seite solche machtvollen Kundgebungen in der heutigen Zeit überhaupt noch möglich sind. Deswegen sollten wir gegenüber allen Verfallserscheinungen, die unsere Zeit zeigt, und gegenüber allen Schwierigkeiten, die insbesondere auch auf geistigem, kulturellem und kirchlichem Gebiet zutage treten, gestützt darauf, daß doch große Teile des deutschen Volkes noch christlich fühlen, zuversichtlich in unserer Arbeit fortfahren und auch insbesondere zuversichtlich in den Wahlkampf eintreten.

Nun muß ich einen großen Sprung machen; denn Sie werden mir zugeben, von diesen beiden machtvollen Kundgebungen nun zu den innenpolitischen Vorgängen hinüberzugehen, die sich um die liberalen Parteien in Deutschland abspielen, das ist wirklich ein sehr großer Sprung. Aber wir leben in einer Zeit, in der der Fluß der Geschehnisse nicht ruhig dahingeht, sondern in dem alle möglichen Strudel vorkommen, und man muß auch die Strudel betrachten. Hier möchte ich folgendes vorausschicken: Die Spaltung der Demokraten in die Freie Demokratische Partei und in die Freie Volkspartei⁸ hat im Inlande und im Auslande natürlich auch für uns unangenehme Begleiterscheinungen gehabt; nicht nur daß unsere Regierungsmehrheit im Bundestag dadurch verkleinert worden ist, obgleich in entscheidenden Abstimmungen erhebliche Teile der FDP mit uns gestimmt haben, sondern es sind auch noch andere unangenehme Begleiterscheinungen eingetreten. Ich möchte daher hier nochmals hervorheben, obwohl wir vor den Ferien darüber gesprochen haben, die traurigste Begleiterscheinung dieser ganzen Vorgänge war doch die, daß man in Nordrhein-Westfalen die CDU aus der Regierung hinausgesetzt und insbesondere unserem Freund Arnold – ich darf das wohl erwähnen, obwohl er mir das nie gesagt hat – damit einen großen persönlichen Schmerz und eine Enttäuschung zugefügt hat, weil er in all den Jahren an der Spitze dieses größten Bundeslandes gestanden und bei den Freunden und Gegnern im Laufe der Zeit immer mehr Anerkennung für seine Tätigkeit gefunden hat. Wie sich die Verhältnisse bei den Demokraten oder bei der

⁷ Die FAZ berichtete am 3. September von einer „dreiviertel Million“.

⁸ Gründungsparteitag der FVP am 24. Juni 1956 in Bochum (AdG 1956 S. 5840).

Freien Volkspartei entwickeln werden, das vorauszusehen ist bis auf weiteres nicht möglich. Ich darf aber in diesem Zusammenhang die Ereignisse der letzten Woche kurz skizzieren, damit Sie meine Haltung verstehen.

Man ist an mich herangetreten und hat mir die Bitte des Herrn Dr. Dehler überbracht, mich sobald wie möglich zu sprechen, sei es in meiner Privatwohnung in Rhöndorf, sei es hier in diesem Hause, sei es irgendwo sonst. Ich habe das „irgendwo sonst“ gewählt und dann eine knappe zweistündige Besprechung mit Herrn Dehler im Hause des Kollegen Dr. Pferdenges gehabt.⁹ Ich glaubte, diese Bitte des Herrn Dehler nicht abschlagen zu sollen, obwohl ich mir klar darüber war, daß vielleicht alles negativ ausgehe und sogar darüber hinaus auch alle möglichen Entstellungen in die Welt kommen würden; denn ich wußte, daß Herr Dehler in den Demokraten von Nordrhein-Westfalen starke Widersacher hat, die – soweit ein Außenstehender die Dinge überschauen kann – die rücksichtsloseste und stärkste Gruppe innerhalb der gesamten FDP der Bundesrepublik ist. Auf der anderen Seite war vorausgegangen – und das hat mich auch bestimmt, dieser Bitte des Herrn Dehler nachzukommen – eine Besprechung zwischen Herrn Preusker, dem Vorsitzenden der FVP, und Herrn Dehler im Hause des Herrn Kollegen Erhard, eine Besprechung, von der ich allerdings vorher nichts gewußt habe. Es schien mir da doch richtig zu sein, rechtzeitig auch selbst Fühlung zu nehmen. Die Besprechung mit Herrn Dehler ist etwa folgendermaßen verlaufen: Wir haben kurz über die Vergangenheit gesprochen. Es ist dann auch das Grabensystem erwähnt worden, das ja damals der unmittelbare Anlaß zu der ganzen Entwicklung gewesen sein soll. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. Wir haben dann über die Zukunft gesprochen, und Herr Dehler hat erklärt, daß auf dem Parteitag der Sozialdemokraten in München – im Gegensatz zu ihrer Kölner Tagung¹⁰ – eine Rückkehr bei der Sozialdemokratie erkenntlich geworden sei, die für das deutsche Volk, wenn sie ab 1957 zur Durchführung käme, ein Unglück wäre. Das sei der Beweggrund, warum er diese Bitte an mich habe richten lassen. Ich habe dem Herrn Dehler gesagt, er müsse sich darüber klar sein, daß in unserer Wählerschaft, insbesondere auch in unserer größten Landespartei, in Nordrhein-Westfalen, gelinde gesagt eine starke Animosität gegen die FDP herrsche, daß man nicht allzu viel Vertrauen mehr habe in das, was sie sage, und daß deswegen, ehe man überhaupt zu irgendwelchen Fortschritten in diesen Besprechungen komme, klare Bahn geschaffen werden müsse; man könne eine Partei von freien Leuten nicht so oder so kommandieren, sondern man müsse auch die psychologische Grundeinstellung berücksichtigen; man müsse davon ausgehen, daß sie eben überzeugt sein wollten. Nach meiner Meinung würde eine solche Überzeugung bei unseren Freunden nur auf folgende Weise zu erreichen sein: Einmal müßte sich die FDP mit der FVP wieder einigen, zweitens müsse das,

9 Am 14. September 1956. – Bericht aus Sicht der FDP wie von Adenauer in AdG 1956 S. 5978f.

10 Kongreß „Die Neuordnung Deutschlands“ am 14. und 15. Januar 1956 in Köln; Parteitag vom 10. bis 14. Juli 1956 in München (vgl. dazu Druck der jeweiligen Protokolle).

was in Düsseldorf geschehen sei, rückgängig gemacht werden; es müsse dort die alte Regierung wiederhergestellt werden. Nur in diesen beiden Fakten würden – soweit ich die Verhältnisse beurteile – unsere Mitglieder einen klaren und entscheidenden Beweis dafür erblicken, daß die FDP von dem von ihr eingeschlagenen Weg zurückgehe. Damit würde allein auch das Mißtrauen beseitigt werden, das gegen die Beständigkeit der FDP nun einmal bei uns herrsche.

Daraufhin hat Herr Dehler erwidert, das seien sehr schwierige Vorbedingungen. Er hat nicht gesagt, sie seien unerfüllbar, aber er hat gesagt: Es sind sehr schwierige Vorbedingungen, die Sie stellen. Von der Wiedervereinigung der FDP und der Freien Volkspartei hat er weder im positiven noch im negativen Sinne etwas gesagt; wenigstens hat er nichts Nennenswertes erwähnt, aber er hat gesagt, Düsseldorf sei eine harte Nuß. Das hängt wohl auch damit zusammen, daß zwischen dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten in Düsseldorf und dem Herrn Weyer – der augenscheinlich der stärkste Mann in der FDP in Nordrhein-Westfalen ist – langjährige persönliche Beziehungen bestehen, die aus ihrer gemeinsamen Arbeit in der Kommunalverwaltung in Hagen in Westfalen herrühren. Herr Dehler hat mich gefragt, ob ich bereit sei, einmal mit Herrn Weyer über diese Dinge zu sprechen. Ich kenne Herrn Weyer sehr flüchtig aus einer Unterredung über das Grabensystem; es liegt also auch sehr lange zurück. Ich habe Herrn Dehler gesagt: Ich bin bereit, mich mit Herrn Weyer über die gesamte politische Lage zu besprechen. Ob Sie an der Unterredung teilnehmen wollen, stelle ich Ihnen anheim. Ich würde jedenfalls wünschen, daß die Unterredung im Hause und in Gegenwart des Herrn Pferdenges stattfindet, weil ich in ihm einen zuverlässigen Zeugen dafür habe, was besprochen worden ist. Herr Dehler war damit einverstanden.

Aber dann hat sich gegen Herrn Dehler ein kolossaler Sturm in seiner eigenen Partei erhoben. Soweit ich aus Zeitungsnachrichten erfahren habe – aber die Zeitungen sind in diesem Falle besonders unzuverlässig, das kann man wirklich konstatieren, ohne damit der Wahrheit Abbruch zu tun –, ist insbesondere Herr Döring gegen Herrn Dehler eingestellt. Herr Döring ist Propagandaleiter geworden für die Wahl. Ich kenne Herrn Döring nicht, jedenfalls habe ich ihn nie mit Wissen gesehen. Es wurde dann aber derart viel geredet, geschwindelt und gelogen in der Zeitung – nicht von einem Journalisten, sondern von dem Gewährsmann der Journalisten –, (*Heiterkeit*) daß ich die Sache gestern nachmittag satt geworden bin und eine Mitteilung an die Presse gegeben habe, es scheine mir zwecklos zu sein, noch weitere Gespräche zu führen; ich möchte nur das eine feststellen, weder hätte Herr Dehler an mich personelle Forderungen gestellt – das hat er nicht getan –, noch hätte ich ihm irgendwelche personellen Anerbieten gemacht. Aber die Atmosphäre scheine mir doch so stark getrübt zu sein, daß eine weitere Besprechung keinen Zweck mehr habe.

Ich habe eine halbe Stunde, nachdem Herr Dehler weg war, Herrn Kollegen Arnold gebeten, auch in dieses Haus des Herrn Pferdenges zu kommen. Wir haben dann, Herr Pferdenges und ich, Herrn Kollegen Arnold über den ganzen Verlauf bis in die Details unterrichtet. Ich habe – wie das nicht nur meiner politischen, sondern auch

meiner menschlichen Überzeugung entspricht – Herrn Kollegen Arnold gesagt, ohne Ihr Einverständnis tue ich in der ganzen Sache überhaupt nichts; denn in Nordrhein-Westfalen handelt es sich nicht nur um eine rein politische Angelegenheit, sondern sie ist mit menschlichen Fragen absolut durchsetzt, deren Lösung auch nach meiner Überzeugung ein Prüfstein dafür sein müßte, was denn nun überhaupt gewollt wird von seiten der FDP oder von denjenigen Herren, die sich FDP nennen. Ich muß eins hinzufügen: Ich habe dem Herrn Dehler von vornherein gesagt, daß lange Zeit für die Verhandlungen nicht gegeben sei, da die Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen vor der Tür ständen, die am 28. Oktober stattfinden. Wenn bei dem kommunalen Wahlkampf ein Zusammengehen der FDP und der SPD gegen die CDU stark in Erscheinung trete, insbesondere wenn nach der Wahl die SPD und die FDP ihre Mehrheit in einer Reihe von kleineren und größeren Städten dazu benutzen würden, den bisherigen CDU-Bürgermeister abzusetzen, dann glaubte ich, daß dadurch die Spannung zwischen der FDP und uns derart intensiviert würde, daß ein Gespräch überhaupt nicht mehr möglich sei. Wenn er wünsche, die Sache aus der Welt zu schaffen, dann müsse das vor den Kommunalwahlen geschehen. Das zu dieser Frage der FDP.

Ich möchte aber noch ein Wort über die Freie Volkspartei sagen. Ich bitte Sie, das sehr vertraulich zu halten. Im Gegensatz zu dem, was ich von führenden Mitgliedern der Freien Volkspartei höre, scheint mir nicht, daß die Freie Volkspartei in der kommenden Zeit den größeren Teil der FDP zu sich herüberziehen wird. Die haben mir das zwar gesagt, aber ich habe nicht den Eindruck, daß es so sein wird. Ich habe den Eindruck insbesondere deswegen nicht, weil die Freie Volkspartei in ihren führenden Mitgliedern nicht genügend Aktivität entfaltet. Wenn man eine Partei schaffen will, muß man von morgens früh bis abends spät dahinter sein. Dazu gehört eine Unmenge von Kleinarbeit. Ich habe, ehe ich in Urlaub ging, den Herren Preusker und Blücher gesagt¹¹: Auf diese Weise, wie Sie es machen, werden Sie niemals eine Partei von Bedeutung schaffen. Es genügt nicht, daß Sie sonntags in ein Dorf gehen und eine Rede halten. Dazu gehört Arbeit. Ich halte es z.B. für richtig, wenn Herr Preusker sein Amt als Minister – obwohl er ein sehr guter Minister für Wohnungsbau ist – niederlegt, um sich ganz dieser Arbeit zu widmen. Sonst werden Sie niemals Erfolg haben. Die Herren kamen dann nach einigen Tagen wieder und sagten, wir haben den Herrn Euler zu unserem Propagandaleiter bestellt; er ist Politiker aus innerster Überzeugung. Nun, nachher passierten einige Pannen des Herrn Euler, indem er z.B. ausgesprochen hat, daß sie am liebsten 24 Monate Wehrdienstzeit hätten.¹² Daraufhin mußte ihn die FVP desavouieren. Das war also ein schlechter Start, so daß ich nicht glaube – ich sage das im Hinblick auf die Wahl des Jahres 1957, auf die ich nachher

11 Beginn des Urlaubs am 21. Juli 1956; die letzte Unterredung fand am 11. Juli statt (TERMINKALENDER).

12 Vgl. z.B. Bericht in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 27. August 1956 zur Wehrdienstverweigerung.

mit einigen Worten eingehen möchte –, daß die FVP aus sich heraus ein großer politischer Faktor werden wird.

Die FVP ist im Begriff, sich mit der Deutschen Partei zusammenzutun. Es steht noch nicht ganz fest, aber es scheint mir doch höchstwahrscheinlich zu sein, daß sie in der nächsten Woche, wenn der Bundestag wieder zusammentritt, erklären wird, sie sei eine Fraktionsgemeinschaft oder eine Arbeitsgemeinschaft – das ist noch nicht ganz klar – mit der Deutschen Partei eingegangen.¹³ Damit würde immerhin im Parlament ein Faktor in Erscheinung treten, der ziffernmäßig so stark ist wie die FDP im Parlament. Ob das irgendeine attraktive Wirkung ausüben wird auf Herren von der FDP oder nicht, das zu erörtern scheint mir ziemlich müßig zu sein. Das wird der Zeitablauf zeigen. Man kann hier keine Prognose stellen. An sich begrüße ich es, wenn sich die kleinen Gruppen zusammenschließen. Unser verehrter Herr Kollege Krone wird mir sicher nicht übelnehmen, was ich jetzt sage, sondern er wird wahrscheinlich mit mir darin übereinstimmen. Ich begrüße das insbesondere deshalb, weil einmal die kleinen Gruppen, wenn sie zusammengeschlossen sind, dann mehr Selbstvertrauen gegenüber der großen CDU/CSU haben, weil sie mehr an sich selbst glauben und auch draußen in der Öffentlichkeit nicht lediglich als ein unbedeutendes Anhängsel der großen CDU/CSU betrachtet werden. Zweitens wird ein solcher Zusammenschluß – deswegen habe ich gesagt, Sie werden es mir nicht übelnehmen, Herr Kollege Krone – vielleicht auch auf das eine oder andere Mitglied unserer Fraktion einen gewissen mäßigenden Einfluß ausüben. Man sagt das ja nie ausdrücklich, aber man denkt doch: Ich bin ich. Und das kann nur unser Herrgott von sich sagen, nicht aber das Mitglied auch einer so großen Fraktion, wie die CDU/CSU sie darstellt. Aus diesen Gründen ist der Zusammenschluß politisch auch für uns erstrebenswert und gut. Ich wiederhole nochmals: Wieweit sich der Zusammenschluß auf die Rest-FDP auswirkt, das kann kein Mensch voraussagen.

Nun möchte ich innenpolitisch noch etwas erwähnen. Ich will hier alles andere, als in eine Kritik der Bank in Frankfurt eintreten, aber immerhin glaube ich – und das möchte ich als Bundeskanzler sagen –, daß die Bundesregierung und der Bundeskanzler die letzte Verantwortung für die gesamte Regierung tragen und damit auch verantwortlich sind für die Stabilität der Währung und daß wir als Politiker es unter keinen Umständen ertragen können, wenn sich die Leiter einer Bank als die allmächtigen Herren über die Geschicke der ganzen Bundespolitik fühlen und dementsprechend handeln. Sie wissen, daß ich einen großen Krach mit den Herren gehabt habe, den ich gar nicht bereue.¹⁴ Ich habe mich nicht viel geärgert; ich glaube, andere haben sich mehr geärgert. Namentlich für den Mittelstand war es sehr gut,

¹³ Am 25. September 1956 Bekanntgabe des Zusammenschlusses zu einer Arbeits- und Aktionsgemeinschaft, am 1. März 1957 Beschluß zur Bildung einer Fraktion DP (FVP), der der Bundestag am 14. März 1957 seine Zustimmung erteilte (DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 253).

¹⁴ Vgl. Nr. 15 Anm. 67 und 125.

daß man einmal so deutlich gesprochen hat. Ich habe später eine kleine Genugtuung für meine Stellungnahme bekommen, die dahin ging, daß zwar der Zentralbankrat unabhängig in seinen Entscheidungen sei, daß er sich aber einordnen müsse in das von der Bundesregierung zu vertretende gesamte Wirtschaftsleben der Bundesrepublik. Ich habe eine kleine persönliche Genugtuung gehabt. Ich sage nicht von mir, daß ich ein guter Christ sei, und deswegen kann ich auch sagen, daß diese Freude eine reine Schadenfreude gewesen ist, und zwar deswegen, weil die Bank Deutscher Länder nun erneut den Diskontsatz herabgesetzt hat¹⁵, ohne den Bundeswirtschaftsminister oder den Bundesfinanzminister vorher überhaupt zu fragen, und daß dann prompt diese beiden Herren Sturm gelaufen haben gegen die Bank Deutscher Länder.

Das Bankgesetz, das diese ganzen Verhältnisse regeln soll, hoffe ich noch in diesem Bundestag erledigt zu sehen.¹⁶ Es ist eine absolute Notwendigkeit, daß es erledigt wird; denn so wie es jetzt ist, gehen die Dinge einfach nicht weiter. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß früher, sowohl im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik, der Präsident der Reichsbank an allen Kabinettsitzungen teilnahm, damit er die politische Atmosphäre kennenlernte, sich darauf einstellen und sie auch berücksichtigen konnte, während jetzt, da die Herrschaften in Frankfurt sitzen und wir hier, diese eine ganz andere Luft atmen, als wir sie hier in Bonn atmen. Es wird über das Bonner Klima vielfach geklagt, aber in Frankfurt – wenigstens was den Flughafen angeht – ist die Luft noch viel dunstiger, als sie es im allgemeinen hier in Bonn ist. Deswegen würde ich es sehr begrüßen, wenn die neue Bundesbank geschaffen wird, daß sie in eine klarere Luft hineinkommt. Lokale Rücksichten spielen dabei gar keine Rolle. Aber wenn man der Bundesbank eine solche Stelle einräumt, wie wir sie ihr im Gesetzentwurf einräumen, dann muß auch diese Bundesbank Verständnis haben für die innenpolitischen und außenpolitischen Entwicklungen, und sie kann nicht ein Leben für sich führen im luftleeren Raume oder in Frankfurt oder auf dem Monde; es ist mir in diesem Falle egal, wie Sie das nennen wollen. Es handelt sich hier um einen außerordentlich wichtigen Faktor. Sie wissen, daß man gerade die Kenntnis der inneren Zusammenhänge, auch der politischen Zusammenhänge, und die Kenntnis der Persönlichkeiten, der Strömungen und Gegenströmungen niemals aus der Entfernung oder aus der Presse oder aus einem gelegentlichen schriftlichen oder mündlichen Bericht von irgendeinem erlangen kann, die muß man persönlich miterleben.

Der Wohnungsbau hat uns sehr große Sorgen gemacht, und zwar durch die Nichtpflege des Kapitalmarktes. Ich muß das leider sehr nachdrücklich sagen, der Kapitalmarkt ist von den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung und innerhalb

15 Die Bank Deutscher Länder hatte am 5. September 1956 den Diskont von $5\frac{1}{2}$ % auf 5 % gesenkt, den Lombardsatz von $6\frac{1}{2}$ % auf 6 %; auch der Einsatz der Notenbank und der Landeszentralbanken für Kassenkredite wurde von $5\frac{1}{2}$ % auf 5 % herabgesetzt (AdG 1956 S. 5952).

16 Gesetz über die Deutsche Bundesbank vom 26. Juli 1957 (BGBl I S. 745).

der Bundesrepublik in sehr bedauerlicher Weise vernachlässigt worden. Ich möchte Ihnen sehr vertraulich hier sagen – ich bitte aber darum, daß das unter keinen Umständen in die Presse kommt –, daß ausgerechnet der Herr Vocke dem Bundesfinanzminister geraten hat, die Bundesanleihen ruhig sausenzulassen, wie der Ausdruck gelautet hat, also nicht die Bundesanleihen zu pflegen. Ich war auch einmal Finanzdezernent in Köln; es war selbstverständlich, daß man die stadtkölnischen Anleihen immer so leicht anhob, es kostete nicht viel, aber man bereitete sich einen guten Markt für die nächste Anleihe vor. Das haben wir versäumt. Und da immerhin die Bundesanleihe für die festverzinslichen Papiere das Standardpapier ist, hat das eine verheerende Wirkung auf den Pfandbriefmarkt und auf den ganzen Markt der festverzinslichen Papiere ausgeübt, so daß wir jetzt trotz unserer guten wirtschaftlichen Lage – die nach meiner Überzeugung nicht so fest ist, wie manche Leute sich einbilden – nicht an den Kapitalmarkt gehen können, ohne einen Zins zu bieten, wie es jetzt die großen Industrien getan haben, einen katastrophalen Zins, weil dadurch die Sparkassen und der Pfandbriefmarkt und alles das einfach deroutiert sind. Daher bekommen wir doch die Schwierigkeiten für den Wohnungsbau bei den ersten Hypotheken. Wir haben uns gestern in diesem Raum mit den Fragen ausführlich beschäftigt. Hier droht die sehr ernste Gefahr, daß wir ausgerechnet im Wahljahr mit unserem Wohnungsbau in eine sehr kritische Situation hineinkommen. Wir können zwar mit Recht darauf hinweisen, daß wir gerade auf dem Gebiete des sozialen Wohnungsbaues Dinge geleistet haben wie kein anderes Land¹⁷, aber bei Eintreten dieser Gefahr würden wir damit gerade im Wahljahr abfallen und gleichzeitig eine große Arbeitslosigkeit heraufbeschwören. Das war auch der Grund dafür, daß ich den Krach mit der Bank Deutscher Länder bekam. Es hat sich leider Gottes gezeigt, daß diese meine Befürchtungen durchaus begründet gewesen sind, auch wenn alle Zeitungen der Bank Deutscher Länder mehr glauben als einem Politiker, gleichgültig, wie der Politiker aussehen mag. Wir haben gestern in diesem Raume einige Beschlüsse gefaßt, die ich im einzelnen erläutern möchte. Wir haben zwei wesentliche Beschlüsse gefaßt gegen die Stimme des Vertreters des Bundesfinanzministers; er selbst war nicht anwesend, aber die Beschlüsse mußten gefaßt werden, sonst würde, wie ich eben sagte, ausgerechnet im Wahljahr ein solcher Abfall in der Herstellung von Wohnungen eintreten und dazu eine – ich will mich sehr vorsichtig ausdrücken – erhebliche Arbeitslosigkeit. Ich glaube Ihnen aber heute sagen zu können, daß diese Gefahr gebannt ist. Wir müssen jedoch an dieser Linie festhalten: Ein Vorschlag, der mir von der Bankseite gemacht worden ist, man solle statt 30 % des Wertes als erste Hypothek nur 15 % verlangen, kann deswegen nicht

17 Vgl. Aufstellung in BT-Drs. 2239 vom 1. Juni 1971 sowie MÜNCH S. 245. – Zu den 1956 vom DGB ausgesprochenen Besorgnissen über eine Gefährdung des Wohnungsbaus durch die Schwierigkeiten auf dem Hypothekenmarkt vgl. die Stellungnahme des Wohnungsbau-ministers Preusker am 5. September in UiD vom 13. September 1956. Am 19. September beschloß die Bundesregierung ein Programm von zusätzlichen 800 Millionen DM, die noch 1956 in den Sozialen Wohnungsbau fließen sollten (EBD. vom 26. September 1956).

durchgeführt werden, weil wir sonst die andere Sache in die Hand nehmen und die letzten 15 % draufgeben müssen. Ich darf in diesem Zusammenhang Herrn Bitter ein kurzes, aber ketzerisches Wort über die Sparkassen sagen: Die Sparkassen haben einen sehr großen Rückgang der Einnahmen zu verzeichnen. Ich frage Sie, meine Freunde, sind die Sparkassen noch das, was sie früher gewesen sind? Sind sie noch Sparkassen, oder sind sie Banken geworden? Ich habe den Eindruck, daß sie, was das äußere und auch das innere Denken angeht, mehr Banken geworden sind. Ich habe mir neulich sagen lassen, daß bei einem westfälischen Sparkassentag in Münster so viel schöne und große Autos aufgefahren sind von seiten der Sparkassendirektoren, wie das sonst nur selten vorkommt.

Ich meine auch, die Zinsen, die die Sparkassen für die Einlagen zahlen, müßten dann auch erhöht werden, wenn die Sparkassen die Zinsen für die von ihnen ausgeliehenen Gelder erhöhen; denn eine Sparkasse soll, nach meiner altmodischen Auffassung wenigstens, nicht große Gewinne vereinnahmen, sondern sie soll ein Vermittlungsglied darstellen zwischen Sparern und den Leuten, die für bestimmte Zwecke das Geld der Sparkasse nötig haben. Diese Sache liegt mir sehr am Herzen. Wir haben eine Reihe von Kommunalpolitikern hier, und ich bitte Sie, einmal darüber nachzudenken.

Damit komme ich zu dem wesentlichsten Punkt unserer innenpolitischen Arbeit. Bei den Gesetzen zur Erhöhung der Sozialrenten haben wir als sehr starke Gegner die Lebensversicherungsgesellschaften und die Sparkassen, die da Rufer im Streite sind. Das Wort „Sparkasse“ hat einen Nimbus von Solidität und absoluter Vertrauenswürdigkeit, so daß die Gegnerschaft der Sparkassen gegen unser Vorhaben in der Öffentlichkeit ins Gewicht fällt. Aber wir haben unser Wort gegeben, und wir müssen unser Wort einlösen. Wir sind uns alle einig in der Bitte an die Fraktion, daß sie unter allen Umständen diese Sache im großen und ganzen nach dem Entwurf, wie er vorgelegt worden ist, zur Annahme bringt. Das ist nicht nur eine moralische Verpflichtung für uns wegen des Elends der Rentner – dieses Wort ist eigentlich zu einer Fiktion geworden –, die mit dem Gelde, was sie bekommen, einfach nicht existieren können, sondern ich sehe darin auch eine gesunde soziale Entwicklung. Was nun die Einwendungen angeht, die von großen Gruppen der Wirtschaft dagegen vorgebracht werden, so beziehen sich diese alle auf die sogenannte „dynamische Rente“. Dem Mann, der dieses verfluchte Wort erfunden hat, muß man einiges Schlechte gönnen; denn das Wort „dynamische Rente“ ist erstens reiner Kappes und heißt überhaupt nichts, und zweitens hat das Wort eine starke Befürchtung hervorgerufen, namentlich bei den Lebensversicherungen und den Sparkassen sowie in der gesamten Wirtschaft.¹⁸ Merkwürdigerweise nimmt man am liebsten Worte zum

¹⁸ Anfang September 1956 hatten sich die Geldinstitute und die Versicherungen zur Wahrung ihrer Interessen (gegen die geplante Rentenreform) zur „Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer“ zusammengeschlossen. Vgl. dazu und zum Folgenden HOCKERTS S. 377–394.

Gegenstand einer Propaganda, die kein Mensch versteht, aber es wird damit eine sehr schädliche Wirkung ausgeübt.

Ich darf Ihnen den Sinn mit einem Satz klarmachen, weil ich Sie bitten möchte, nachher in einem Beschluß den Wunsch und die Bitte an die Fraktion auszusprechen, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß diese Gesetze unter Beibehaltung der Prinzipien noch in dieser Session des Bundestages verabschiedet werden. Wir stehen vor einer fortlaufenden Entwertung des Geldes. Denken Sie bitte an Ihre Jugend zurück. Denken Sie daran, was damals der Groschen wert war, was man alles dafür kaufen konnte. Denken Sie bitte daran, was man jetzt für zehn Pfennig bekommt. Nun ist in dem Gesetz vorgesehen, daß von Zeit zu Zeit, vielleicht alle fünf Jahre, ein unabhängiger Ausschuß nachprüft, ob nun die Rentner mit der vor fünf Jahren festgesetzten Rente wirklich existieren und auch an dem Fortschritt des sozialen Lebens teilnehmen können. Wir können es nicht verantworten, daß ein Mann oder eine Frau, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, wenn sie arbeitsunfähig geworden sind, einfach heruntersinken und an dem sozialen Aufstieg, den unsere Arbeitnehmerschaft zweifellos genommen hat, nicht mehr teilnehmen können. Ich halte eine solche Regelung für klug; denn wenn wir eine solche Nachprüfung nicht im Gesetz verankern, dann kommen im Bundestag, wenn solche Preissteigerungen eintreten – das ist dasselbe wie das Absinken des Geldwertes –, Anträge aus den verschiedenen Parteien, das und jenes nachzuzahlen. Sie wissen, wie das dann ist, dann folgt ein Höchstgebot dem anderen. Ich halte es daher aus Klugheit und im Interesse der deutschen Wirtschaft für richtig, daß man diese Prüfungen obligatorisch in bestimmten Zeiträumen vornimmt. Ob die Lebensversicherungsgesellschaften dadurch gezwungen werden, von Zeit zu Zeit eine Nachprüfung auch vorzunehmen und eventuell ihre Beitragsforderungen zu erhöhen, das müssen sie mit sich selbst abmachen. Ich könnte mir vorstellen, daß auch das sehr gut wäre und wir dadurch vielleicht in unseren ganzen finanziellen und versicherungstechnischen Dingen eine größere Sicherheit bekämen. Damit wollen wir uns aber heute nicht beschäftigen, das ist Sache der Versicherungsgesellschaften. Das wird auch im Ausschuß zu erörtern sein. Ich lege aber den größten Wert darauf, mich in Übereinstimmung mit Ihnen in dem Willen zu sehen, daß diese Gesetze, wie sie vorgelegt sind, rechtzeitig verabschiedet werden. Es ist dies von entscheidender Bedeutung, und zwar aus den verschiedenen Gründen, die ich Ihnen dargelegt habe. Ich bin weit davon entfernt zu sagen, daß jeder Gesetzentwurf, den die Bundesregierung vorlegt, das Beste vom Besten sei, geschweige denn ein Gesetzentwurf wie dieser, der eine schwierige Materie regeln soll und der so umfangreich ist. Aber bitte nehmen Sie es mir nicht für übel, meine Herren Kollegen aus dem Parlament – ich gehöre schließlich auch dazu –, wenn ich sage, das, was im Bundestag geändert wird, ist auch nicht gerade immer das Allerbeste. Der Perfektionismus unserer Parlamente ist allmählich untragbar geworden. Wenn z.B. ein Gesetz vom Bundesrat an den Bundestag geht, und das Gesetz – ich weiß nicht, wie es heißt – hatte schon 250 Paragraphen – für meinen Geschmack waren hundert Paragraphen zuviel –, und es kommt dann aus dem Bundestag heraus mit 500 Paragraphen, dann kommt allmählich

ein Perfektionismus in die Gesetzgebung, der die ganzen Dinge so schwierig und kompliziert macht, daß es einfach nicht mehr zu ertragen ist. Das gleiche gilt auch von den Steuergesetzen. Darauf will ich aber jetzt nicht näher eingehen, darüber müssen wir sprechen, wenn wir etwas näher an den Wahlen sind. Bei den Steuergesetzen handelt es sich nach meiner Meinung um eine Katastrophe, muß ich leider sagen. Ich höre jetzt z.B. von Leuten, daß bei ihnen nachgeprüft wird, ob ihre Steuererklärung des Jahres 1950 richtig war. Jeder sieht die Dinge mit seinen Augen an, und mancher wird etwas nachzahlen müssen. Ich finde es auch ganz unglaublich, daß bei der letzten Einkommensteuererklärung Fragen gestellt werden, ich glaube, es sind 325, die ein normaler Mensch – und ich rechne mich dazu – gar nicht beantworten kann; er wird darüber verrückt. (*Meyers*: Sie geben hoffentlich Ihre Erklärung nicht persönlich ab!) Doch! (*Heiterkeit und Bewegung*.) Ich lese den ganzen Kram nicht durch, ich habe auch keinen Steuerberater, sondern ich gebe irgend jemand die Erklärung und sage, schreibe hinein, was du willst. (*Bach*: Aber nicht veröffentlichen!) Ich bin noch nicht fertig! Mein Name ist nicht Bach, sondern meine Einkünfte liegen ja fest. Aber all die Fragen zu beantworten, ja, meine Herren, der mag hineinschreiben, was er will, das ist mir total egal. Ich bin auch davon überzeugt, auf dem Finanzamt liest kein Mensch das alles durch; denn dann würde man mehr nervengeschädigte Beamte auf den Finanzämtern haben. Über diese Angelegenheit werden wir bei Gelegenheit jedenfalls noch sprechen müssen. Mir scheint eine Vereinfachung des Steuerwesens und der Steuerveranlagung noch wichtiger zu sein als alle möglichen Novellen, die jetzt beschlossen werden.

Nun möchte ich zur außenpolitischen Lage einige Worte sagen. Ich nehme an, daß meine Worte, soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, durch Herrn Kollegen Krone ergänzt werden. Die außenpolitische Lage ist seit einigen Monaten so gefährlich, wie sie seit 1945 nicht mehr gewesen ist. Ich will das nicht in Einzelheiten belegen und will auch den Suezkanalkonflikt jetzt weglassen, obgleich Sie sich darüber klar sein müssen, daß der kleine Hitler, der dort die Geschichte gemacht hat, ein ähnliches Unglück anrichten kann wie der – ich will nicht sagen: der große Hitler –, aber wie es der deutsche Hitler getan hat. Das Entscheidende bei dem ganzen Suezkanalkonflikt sind nicht so sehr die wirtschaftlichen Vorgänge als vielmehr die Frage, ob nun völkerrechtliche Verpflichtungen von jedermann beliebig gebrochen werden können oder nicht.¹⁹ Wenn sie von jedem beliebig gebrochen werden können, dann tritt ein Zustand der Auflösung in der ganzen Welt ein, dann sind überhaupt keine völkerrechtlichen Bindungen mehr möglich, und dann kommt eben eine Katastrophe, bis die Menschen sich wieder besinnen. Natürlich hat Nasser Rußland hinter sich.

19 Am 26. Juli 1956 hatte der ägyptische Staatspräsident Nasser die Nationalisierung der internationalen Suezkanal-Gesellschaft verfügt; die am 27. Juli erfolgten Proteste Frankreichs und Großbritanniens wies er zurück. Damit hatte Ägypten das Suezkanal-Abkommen von Oktober 1954 gebrochen, in dem die Respektierung des internationalen Statuts des Kanals zugesichert war (weitere Einzelheiten in AdG 1956 S. 5901–5903; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 215–228).

Dabei ist es interessant zu hören, daß die kommunistische Partei in Ägypten verboten ist. Herr Schröder greift schon nach einem Papier. (*Schröder*: Ich habe das gerade im Rundfunk vorgetragen!) Sie sehen daraus an einem kleinen Beispiel die ganze Taktik Sowjetrußlands. Wir werden in der größten Weise beschimpft, weil das Bundesverfassungsgericht die Kommunistische Partei verboten hat²⁰, aber Ägypten hat die kommunistische Partei nicht durch ein Bundesverfassungsgericht verboten, sondern durch die Gewalt des Diktators, und hinter diesem Diktator und Ägypten steht Sowjetrußland mit seiner ganzen Macht. Was aus der ganzen Sache herauskommt, ist außerordentlich schwer zu beurteilen; wir wissen's nicht. Aber wir sehen auch hieraus wieder, wie durch die Entwicklung der Technik der Suezkanal, bei dem man es niemals geahnt hat, eine Hauptschlagader für die ganze europäische Wirtschaft geworden ist und nun dieser Diktator, obwohl Ägypten in einem grauenvollen Elend lebt, ich übertreibe etwas, Europa an der Gurgel gefaßt hat. Es ist tatsächlich so. Gleichzeitig steht dabei mit auf dem Spiel das Ansehen der weißen Völker. Das steht tatsächlich mit auf dem Spiele, wenn jeder mit Staaten, wie es Frankreich und Großbritannien sind, so verfahren kann; denn dadurch wird das ungezügelte Selbstbewußtsein der nichtweißen Völker in einer Weise gesteigert, daß auch von daher sehr böse Wirkungen und Folgen kommen können.

Vielleicht ist mindestens so schlimm wie dieses Ereignis die bevorstehende Wahl in den Vereinigten Staaten; denn die Präsidentenwahlen und die Kongreßwahlen in den Vereinigten Staaten haben die Menschen dort tatsächlich blind und taub gemacht für alles, was draußen geschieht. Sie sind auch z.Z. nicht zugänglich für nüchterne Erwägungen. Das müssen wir in Gottes Namen über uns ergehen lassen. Die Wahlen sind am 6. November. Man kann wohl erwarten, daß am 7. November allmählich wieder eine Dämmerung kommt und die Vereinigten Staaten für außenpolitische Erwägungen auch wieder Verständnis zeigen. Eines möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: Am Tage, bevor ich in Urlaub gehen wollte, bekamen wir die Nachricht aus der „New York Times“ über den Radford-Plan²¹, den Sie alle kennen. Ich habe dann gleich die Botschafter von Washington, London, Rom und Paris hierhergebeten, um mit ihnen über die Sachlage zu sprechen. Außerdem habe ich mich an den Staatssekretär Foster Dulles mit einem sehr ernsten Appell gewandt. Er hat auch mit dem Präsidenten Eisenhower gesprochen und mir dann einen langen Antwortbrief geschrieben. Er hat auch mit Herrn Kollegen Krone über diese Dinge gesprochen. Beruhigt bin ich nicht, nicht etwa beunruhigt in dem Sinne, als wenn noch vor den Wahlen oder sofort nach den Wahlen dort etwas Großes passieren könnte,

20 Am 17. August 1956 (AdG 1956 S. 5946–5949; vgl. dazu Dokumentarwerk zum KPD-Prozeß, 3 Bde., hrsg. von Gerd Pfeiffer und Hans-Georg Strickert. Karlsruhe 1955/56).

21 „The New York Times“ vom 13. Juli 1956; der Plan sah eine Reduktion der US-Streitkräfte um ca. 800.000 Mann vor. Vgl. Stephan JURIKA (Hrsg.): From Pearl Harbor to Vietnam. The Memoirs of Admiral Arthur W. Radford. Stanford 1980; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 197–214. – Arthur William Radford (1896–1973), amerikanischer Admiral (seit 1939); 1953–1957 Joint Chief of Staff.

aber beunruhigt bin ich über die Vorstellungen in den maßgebenden Ministerien der Vereinigten Staaten. Der Luftverteidigungsminister²² war vor einigen Wochen bei mir. Ich habe ein sehr langes Gespräch mit ihm gehabt über die Vorstellungen, die in den Vereinigten Staaten über die Verteidigung der freien Welt herrschen. Ich habe den Eindruck gewonnen, als wenn es jetzt in erster Linie heiße: Nicht Verteidigung der freien Welt, sondern Verteidigung der Vereinigten Staaten. Und das ist für uns Europäer eine sehr ernste Angelegenheit. Einmal ist es unerträglich, wenn zwei große Staaten in der Welt allein im Besitze von nuklearen Waffen sind und damit das Schicksal aller Völker dieser Erde in der Hand haben. Das ist für die anderen Völker ein unerträglicher Zustand. Wie wir da herauskommen, müssen wir sehen. **Zweitens** halte ich die These der Amerikaner, daß die konventionellen Waffen sich erübrigt hätten, für völlig unberechtigt. Oberst Nasser hat mir schon acht Tage darauf den Gefallen getan, ad oculos zu demonstrieren²³, daß das ein Irrtum der amerikanischen Militärs gewesen ist.

Damit komme ich auf das unglückliche Wort „Umrüstung“ zu sprechen, das jetzt solch katastrophale Ideen zeitigt.²⁴ Vielleicht oder gar wahrscheinlich wird eines Tages die nukleare Technik so weit fortgeschritten sein, daß man nukleare Waffen aus gewöhnlichen Kanonen abfeuern kann. Es ist sogar das Bestreben der Technik in den Vereinigten Staaten, eine Entwicklung zu erreichen, daß man aus Handfeuerwaffen nukleare Geschosse abfeuern kann. Denken Sie einmal daran, welchen Lauf die Vervollkommnung der Waffentechnik seit der Erfindung des Schießpulvers genommen hat. Zuerst waren wohl zwölf Mann nötig, um einen Schuß aus einer Büchse abzugeben. Und wie ist es heute? Mit der Entwicklung muß Hand in Hand gehen eine Anpassung der militärischen Kräfte an diese neuen Waffen. Das ist selbstverständlich. Aber einstweilen sind sie noch nicht da, und deswegen müssen wir nach meiner Auffassung mit der Aufrüstung in dem Tempo, das wir uns vorgenommen haben, weiter fortfahren. Die Sozialdemokratie hat behauptet, wir – insbesondere ich – seien durch die Entwicklung der Dinge völlig desavouiert worden. Ich empfinde es genau umgekehrt. Ich habe mehr als einmal gesagt, wir müssen doch mit der Tatsache rechnen, daß eines Tages Amerika seine Truppen aus Europa zurückzieht, so daß dann die europäischen Länder, insbesondere aber Deutschland, neben diesem russischen Koloß mit seinen ganzen expansiven Kräften liegen. Wir müssen daher für unser Land das Menschenmögliche tun, damit wir nicht einfach waffenlos einem Übergriff

22 Donald Aubrey Quarles (1894–1959), 1953–1957 Luftfahrtminister, 1957–1959 stv. Verteidigungsminister. Letztes Treffen mit Adenauer am 10. September 1956 (TERMINKALENDER).

23 Am 9. August 1956 ordnete Nasser die Bildung einer Armee der Nationalen Befreiung an (AdG 1956 S. 5923).

24 Gemeint ist die von den USA und Großbritannien ausgelöste Diskussion um die Verlagerung von konventioneller Bewaffnung auf Atomwaffen sowie des Schwergewichts von strategischen auf taktische Atomwaffen. Die Opposition sah in diesen Überlegungen eine Bestätigung ihrer von der Bundesregierung abweichenden Wehrpolitik (vgl. dazu auch SCHWARZ 1 S. 302, 356–363).

der Volkspolizei ausgesetzt sind. Denken Sie daran, wie es wäre, wenn die Amerikaner und Briten in großem Maße ihre Truppen zurückzögen. Dann könnte die Volkspolizei an der Grenze irgendeine Invasion machen. Rußland hat damit gar nichts zu tun. Sie wissen, daß Rußland erklärt, die DDR ist ein unabhängiger Staat, da können wir nichts machen. Es könnte auch eine solche Geschichte aus der Tschechoslowakei kommen und uns einfach überrollen, weil wir gar nichts haben. Daher müssen wir, um auch gegen solche Eventualitäten gerüstet zu sein, in unserer bisherigen Arbeit fortfahren. Die These, die namentlich Carlo Schmid seinen Leuten eingeprägt hat, Amerika werde Europa niemals verlassen, ist falsch. Wir müssen immer mit der Möglichkeit rechnen, daß sich namentlich bei der Entwicklung der nuklearen Waffen Amerika zurückzieht. Das Wort von der „Festung Amerika“ ist ein Wort, das wir uns immer vor Augen halten müssen.

Damit komme ich zu dem Stand der Aufrüstung. Wir wollen uns nicht allzulange darüber unterhalten, aber ich möchte doch bitten, daß zwei Fragen besonders dabei berührt werden: Einmal hat Herr Blank uns²⁵ berichtet, daß z.Z. 62.000 Mann bei der Wehrmacht sind. Das bedeutet eine solche Summe von Arbeit, die ich den Herren unter Ihnen, die Militärs gewesen sind, nicht zu erläutern brauche. Ich habe von verschiedenen Seiten die Mitteilung bekommen, daß unsere Freiwilligen ausgezeichnete Leute seien. Mir ist von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß auch der weitaus größte Teil des Offizierskorps ausgezeichnet sei. Dagegen habe ich Klagen bekommen über die Unteroffiziere, die wir haben. Das liege aber zum großen Teil daran, weil die Leute zu schlecht bezahlt würden. Sie können in der heutigen Zeit von einem Manne, der strebsam ist und etwas kann, nicht verlangen, für ein Gehalt zu arbeiten, das dem eines Oberwachtmeisters bei der Schutzpolizei entspricht. Dabei sind diese Leute noch allen möglichen Beschimpfungen und sonstigen Schwierigkeiten ausgesetzt. (*Blank*: Völlig unzureichend! – *Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Müssen mehr bekommen! – *Blank*: Bei einem Vergleich mit anderen im öffentlichen Dienst stehenden Leuten ist die Bezahlung unzureichend.) Gerade bei der fortschreitenden Modernisierung der ganzen Waffen ist das unmöglich. So sehr ich einen Oberwachtmeister der Schutzpolizei, der den Verkehr regelt, schätze, so können wir ihn doch nicht gleichsetzen mit einem Techniker, der als Unteroffizier bei der Wehrmacht Dienst tut und die Leute unterrichten muß. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wir kriegen die Leute nicht.

Damit komme ich zu der Frage der Dienstzeit. Ich weiß nicht, ob Sie einen Beschluß darüber fassen wollen. Ich würde empfehlen, es nicht zu tun, sondern unsere Ausschüsse anzuhören über den gegenwärtigen Stand der Dinge. Wir hatten uns für 18 Monate Dienstzeit ausgesprochen; denn nach dem übereinstimmenden Urteil der Sachverständigen sind bei dem Stand der heutigen Waffentechnik 18 Monate gerade ausreichend, aber die Sachverständigen haben ja heutzutage nicht die Entscheidung, sondern die Politiker. Damit will ich nicht sagen, daß Politiker nicht sachverständig

25 Kabinettsitzung.

seien, aber sie sind nicht immer sachverständig. (*Von Hassel*: Die Sachverständigen sind auch nicht immer Politiker!) Das ist richtig, wir müssen aber die Dinge nehmen, wie sie sind, und müssen auch die Volksstimmung beachten. Entscheidend ist auch – das darf ich in diesem Kreise sagen –, daß wir die Wahlen gewinnen. Wenn wir die Wahlen nicht gewinnen, dann geht es mit der ganzen Militärgesetzgebung – das haben die Sozialdemokraten ja erklärt – heidi; dann werden die Wehrgesetze beseitigt, und dann ist gar nichts mehr da.

Nun habe ich in der vorigen Woche mit den Herren vom Verteidigungsministerium, einschließlich der höchsten Soldaten dort, die ganze Situation, auch die politische, besprochen²⁶ und sie gebeten zu überlegen, wie man aus der ganzen Situation herauskommen kann. Hier würde folgender Weg gangbar sein, daß nämlich die Zahl der länger Dienstverpflichteten von 230.000 auf 300.000 erhöht und die Zahl der Eingezogenen von 270.000 auf 200.000 herabgesetzt wird. Damit hätten wir in der Wehrmacht einen Stamm von länger Dienstverpflichteten – Luftwaffe und Marine kommen nicht in Frage, die sind in Ordnung –, der der Wehrmacht den nötigen Halt geben würde, der sonst in hohem Maße von den Dienstverpflichteten gegeben würde, die 18 Monate zu dienen hätten. Daher muß eben diese Aufgabe, den notwendigen Halt zu geben, auf die länger Dienstverpflichteten übertragen werden. Wenn wir auf 12 Monate zurückgehen, dann würden die anderen nun nicht als Hilfstruppen dabeistehen, aber jedenfalls nicht diese entscheidende Funktion in dem ganzen Gefüge haben, die ihnen ursprünglich zugedacht war.²⁷ Die Sache eilt sehr. Herr Blank hat mir gestern erklärt, daß die Kabinettsvorlage bald vorgelegt werde. Wann bekomme ich sie? (*Blank*: Noch vor Ihrer Abreise!) Ich muß zweimal nach Brüssel, weil Herr Mollet nicht kann. Ich muß am Montag und am nächsten Samstag nach Brüssel. (*Blank*: Ich würde sagen, Ende dieser Woche!) Das ist die Situation, meine Damen und Herren! Ich bitte Sie nun, in dieser Angelegenheit alles zu tun, damit nicht die Sozialdemokraten eine solche Lösung als Frucht ihrer Opposition verbuchen können, sondern daß wir in der Fraktion oder in der Koalition das verbuchen können als einen Erfolg unserer Überlegungen. Das ist von entscheidender Bedeutung für die nächsten Wahlen. Ich würde für die Agitation folgendes an die Spitze stellen: Die Sozialdemokraten wollen

26 Am 14. September mit Minister Blank, Staatssekretär Rust, Ministerialdirektor Gumbel, den Generälen Laegeler, Kammhuber und Speidel, Vizeadmiral Ruge und Oberst de Maizière (TERMINKALENDER). – Vgl. dazu auch Ulrich DE MAIZIÈRE: In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert. Herford 1989 S. 191f.

27 Ende Juli 1956 hatte Otto Lenz in einer persönlichen Meinungsäußerung vor der Presse eine zwölfmonatige Wehrdienstdauer vorgeschlagen; die Mehrheit der CDU/CSU hielt zu diesem Zeitpunkt eine achtzehnmonatige Dauer für notwendig. Am 29. August schlug Richard Jaeger eine Spaltung auf 12 bzw. 18 Monate für die technischen Waffen vor. Die Kabinettsvorlage Blanks für eine Dauer von 12 Monaten bei gleichzeitiger Erhöhung des Prozentsatzes der längerdienenden Soldaten wurde am 22. September eingereicht und vom Bundeskabinett am 27. September 1956 verabschiedet (vgl. UiD vom 1. August, 6. September bzw. 3. Oktober 1956).

das Ganze abschaffen.²⁸ Wenn man auf diesem Standpunkt steht, dann trägt man auch keine Verantwortung für 12 oder 6 oder 3 Monate. Wenn man aber auf unserem Standpunkt steht – und die Entwicklung in Großbritannien und in Amerika hat unseren Standpunkt durchaus als richtig erwiesen –, dann muß der Bevölkerung klargemacht werden, daß wir es sind, die die Verantwortung übernehmen. Wir müssen ihr sagen, daß nicht das, was die Sozialdemokraten dazu sagen, uns zu unserem Standpunkt gebracht hat, sondern daß wir es selbst gewesen sind und daß die Erklärungen der Sozialdemokraten nur leeres Gerede gewesen sind.

Nun zu den Wahlen! Die Kombinationen, die man in verschiedenen Zeitungen, auch in der „Neuen Rheinischen Zeitung“²⁹, hinsichtlich der Wahlen im Jahre 1957 angestellt hat, scheinen mir sehr wenig politische Klugheit zu verraten. Wenn wir nach den Wahlen 1957 so stark sein werden, daß wir an die Bildung einer neuen Regierung herantreten können, dann handelt es sich nach meiner Meinung nicht darum, ob wir mit Hinz oder Kunz etwas abmachen, sondern darum, daß wir unsere bisherige Politik für weitere vier Jahre sichern. Das ist keine Frage der Personen, auch nicht der Parteien, sondern es ist eine Frage der Arbeit und der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke. Wir müssen auch mit diesem Vorhaben in den Wahlkampf hineingehen. Wir müssen dem deutschen Volke die Erfolge unserer Politik vor Augen führen; denn unsere Politik hat uns einen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht, sie hat uns die Souveränität wiedergebracht. Sie hat uns auch in eine Lage im Weltgeschehen versetzt, daß unsere Stimme auch wieder gehört wird. Wir müssen erklären, daß wir ohne diese Wehrhaftmachung, solange nicht eine wirklich großzügige Abrüstung erfolgt, nicht auskommen. Wir müssen der Bevölkerung im Wahlkampf unsere Erfolge aufzählen und ihr sagen, daß wir eine gute Arbeit geleistet haben. Und dann kann man mir mit dem ganzen Geschwätz – ich habe keinen anderen Ausdruck dafür – vom Koalieren mit der oder mit jener Partei vom Leibe bleiben.

Bei der Regierungsbildung nach der Wahl im Jahre 1957 sind nach meiner Meinung zwei Punkte von entscheidender Bedeutung, und zwar einmal, daß wir uns vor dem deutschen Volke mit unserer bisherigen Politik rechtfertigen. Wir können dann nicht plötzlich eine ganz andere Politik einschlagen; denn dann verlören wir einfach das Vertrauen der Bevölkerung und das Vertrauen in unsere Wähler. Das zweite wichtige Moment ist folgendes: Wir müssen um Gottes willen alles vermeiden, damit in der CDU keine Spaltung eintritt. Nehmen Sie bitte diese Gefahr sehr ernst. Wenn wir plötzlich Schwenkungen vornehmen in unserer Politik, dann halte ich die Gefahr von Spaltungen doch für sehr naheliegend. Es ist auch der große Gewinn für das deutsche Volk, daß es uns gelungen ist, auf der christlichen Basis nicht nur die

28 Vgl. Entschließung zur Wehrfrage von München (10. bis 14. Juli 1956) in Protokoll des SPD-Parteitag S. 349.

29 Vgl. „Neue Rheinzeitung“ vom 18. September 1956: „In Bonn jagen sich Gerüchte und Vermutungen. Dehlers Gespräche sind Sensation. Wer bildet nach der Bundestagswahl 1957 die Bundesregierung?“

beiden Konfessionen zusammenzubringen, sondern auch eine große Partei zu schaffen. Stellen Sie sich bitte vor, wie es in Deutschland aussähe, wenn es uns nach dem Kriege nicht gelungen wäre, diese große Partei zustande zu bringen. Dann wären wir vielleicht wie in der Weimarer Republik in eine Unmenge von kleineren Parteien zerfallen. Als einzige große Partei gab es in der Weimarer Republik nur die Sozialdemokratie, die also auch die Verantwortung in der Regierung hätte übernehmen müssen. Ich weiß nicht genau, an wieviel Regierungen die Sozialdemokratie in der Weimarer Republik beteiligt gewesen ist. Soviel ich im Kopfe habe, ist die Sozialdemokratie nur an einem Drittel der Regierungen beteiligt gewesen. (*Zuruf*: Bei der Hälfte!) Es war weniger als die Hälfte! Man kann es ja nachsehen.³⁰ Jedenfalls hat sie an einem großen Teil der Regierungen nicht teilgenommen. Ich bin daher der Meinung, wir sollten uns zunächst über die Frage, welche Koalition wir nach der Bundestagswahl 1957 eingehen, nicht unterhalten. Im übrigen würde jedes Gespräch bekannt; denn die Wände sind überall undicht. Das war auch in Berlin so. Hier sind sie genauso undicht. Was heute hier gesprochen wird, weiß man morgen doch. Und hier muß ich die Sozialdemokratische Partei lobend erwähnen; denn diese Sozialdemokratische Partei folgt der Parole ihres Vorstandes im großen und ganzen. Sie ist darin sehr korrekt und hat nur eine Meinung, nämlich die Meinung des Vorstandes. Und geredet wird außerordentlich wenig von ihnen, während wir bald soviel reden wie die FDP, und das heißt etwas. Daher meine ich, wir sollten über dieses Thema noch nicht mit allen möglichen Leuten reden; aber wir sollten einmal darüber nachdenken, ob wir zum Fundament der Betrachtungen einer kommenden Regierungsbildung die bisherige Politik, die wir acht Jahre lang durchgeführt haben, weiter fortsetzen. Das müssen wir tun, wenn wir davon überzeugt sind, daß wir eine richtige Politik im Interesse des deutschen Volkes getrieben haben. Wir müssen es aber auch tun im Interesse unserer Partei, damit auch die Wählermassen ihren Glauben an uns erhalten. Wenn man nicht an die Richtigkeit unserer Politik glaubt, dann möge man das im internen Kreise hier zur Geltung bringen, dann kann man sich darüber unterhalten. Ich möchte einstweilen des Glaubens sein, daß der weit überwiegende Teil unserer Wähler der Auffassung ist: Die CDU hat die richtige Politik getrieben.

Darum möchte ich schließen. Ich habe eigentlich zu lange gesprochen, aber man muß sich mal etwas von der Leber herunterreden; das erleichtert.

Das Wort hat Herr Dr. Krone.

BERICHT KRONES ÜBER USA-REISE

Krone: Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen und einige Stichworte sagen, weil ich der Meinung bin, daß eine Reise von acht Wochen in die USA nicht

³⁰ An der Regierung beteiligt waren die Sozialdemokraten nur in den Jahren 1919–1920, 1921–1923 und 1928–1930.

genügt, um einen guten Bericht zu geben.³¹ Es lohnt sich für jeden Politiker, einmal nach drüben zu reisen; denn dann merkt man, wie groß die Vereinigten Staaten sind und wie klein Europa, aber noch kleiner Deutschland und noch kleiner Bonn ist. Diese Perspektive wird manchen Politiker von der Überbetonung seiner Ansichten korrigieren.

Unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist gut. Daß wir vom Präsidenten empfangen worden sind, ist nicht auf unseren Namen zurückzuführen, sondern man wollte zur Politik des Bundeskanzlers nach der Radford-Plan-Geschichte in dieser Form zeigen, wie man zum Kanzler steht. Das Verhältnis ist also gut, es fiel das Wort beim Präsidenten: Wir werden nicht das Geringste tun, was Ihre Position in Deutschland erschweren oder gefährden könnte; denn das würde auch für uns von Nachteil sein.³²

Aber die Amerikaner leben weit von Deutschland, und man sollte nicht darauf sündigen, daß sie zu Europa stehen und halten müssen. Der Suezkanal und China sind z.Z. in ihrer Politik wichtigere Punkte als Deutschland, das hierdurch etwas in den Seitenwinkel gerückt ist. Deshalb heißt es, die Dinge hier wirklich zu pflegen. Das stärkste Kapital, das wir drüben haben – das muß ich hier sagen, obwohl der Herr Bundeskanzler hier ist –, ist der Kanzler und seine Politik; und wer daran rüttelt, schädigt die Position im Denken des amerikanischen Volkes. Ihre Besuche hatten eine große Bedeutung für unsere Stellung zu den Vereinigten Staaten. Das Verhältnis ist immer besser geworden. Wir schreiben nicht mehr das Jahr 1951, wo Sie sich mühsam um ein Verhältnis zu Amerika bemühen mußten, sondern 1956. Ich betone es Ihnen gegenüber so: Die Note, die Sie und Herr von Brentano abgeschickt haben³³, war inhaltlich gut. Ich habe den Entwurf drüben gesehen. Es ist der Anfang – so möchte ich hoffen – einer weiteren aktiven Außenpolitik unserer Regierung. Das wird in Amerika verstanden; denn Sie haben den Kredit für diese Politik.

Als ich betonte, daß wir hinsichtlich der Wiedervereinigung unsere besonderen Sorgen hätten, hat man mir deutlich gesagt, überlegen Sie Wege, die Sie gehen müssen; wir sind für Überlegungen, die Sie mit uns zusammen machen, nur dankbar. Ich fügte hinzu, das sei auch innenpolitisch notwendig, um evident zu machen, daß von dieser Regierung alles getan worden sei in der Wiedervereinigungsfrage, um Ollenhauer und der Sozialdemokratie das letzte Argument ihrer Opposition zu nehmen. Das wird drüben verstanden, Herr Bundeskanzler, wenn Sie es machen.

Nun zum Radford-Plan und diesen Dingen! Zu den besorgten Stimmen in einigen Kreisen, ob Sie nicht zu schnell gehandelt hätten, weil Sie gleich die Botschafter

31 Krone war am 17. Juli abgereist und am 15. September 1956 zurückgekehrt.

32 Erster Bericht über die Gespräche im Schreiben Krones an Adenauer vom 2. August 1956 (NL Krone ACDP I-028-005/1); Besuch bei Eisenhower am 30. August (vgl. UiD vom 6. September 1956).

33 Memorandum vom 2. September 1956 an die Sowjetunion und die Westmächte zur Situation Deutschlands (Texte in AdG 1956 S. 5954–5958; Dokumente zur Deutschlandpolitik III Bd. 2, 2. Halbband S. 706–720).

nach hier berufen haben, kann ich aus meinen Gesprächen nur sagen, Sie haben es richtig gemacht. Man hat drüben neben anderen Dingen verstanden, was diese Frage für unsere Lage und für die deutsche Politik bedeutet. Wenn Sie es nicht in dieser Form gemacht hätten, dann hätte man es vielleicht doch übersehen. Es ist so – Sie haben es bereits betont –, daß man erkannt hat, auch in militärischen Kreisen, daß das immerhin ein schlechtes Vorgehen gewesen ist und unsere Position im Kampfe gegen die Linke erschwert hat. Man hat auch drüben erkannt, daß Europa für die Verteidigungssorgen der amerikanischen Welt von Bedeutung ist. Es fiel im Gespräch mit Dulles das Wort: Wir sind durchaus mit Ihnen der Meinung, daß gerade in den geteilten Ländern wie Deutschland die üblichen Streitkräfte mit den üblichen Waffen stehen müssen, auch zur Sicherung des Friedens in der Welt. Ich glaube nicht, daß in den nächsten Jahren in dieser Richtung etwas passieren wird, aber ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Entwicklung der nuklearen Waffen ganz bestimmte strategische Umdispositionen zur Folge haben wird. Davon ist man in Amerika überzeugt, und wir müssen das wissen. Ich habe Ihnen das geschrieben, und ich freue mich, daß Sie diese Meinung teilen. Ich will das nicht weiter ausführen, aber das stellt uns doch vor ganz bestimmte Überlegungen, wozu allerdings nicht das Wort „Umrüstung“ gehört. Ich bin überrascht gewesen, als ich von der Umrüstung in den Zeitungen gelesen habe. Es wäre falsch, wenn wir sagten: Alles das, was bisher gemacht worden ist, war nicht richtig. Das wäre politisch und auch militärisch gesehen unbedingt falsch. (*Blank*: Wir haben doch noch gar nichts!) Sie haben aber schon Pläne! Das hieße auch die Kräfte in Amerika stärken, von denen der Herr Bundeskanzler sagt, daß sie eben nur die „Festung Amerika“ sähen. Ich habe auch die Sorge, daß eine weitere Entwicklung der nuklearen Waffen zu einer betont insularen Denkungsweise der Amerikaner führen kann. Daher darf das Wort Umrüstung bei uns nicht gebraucht werden. Aber ich bemerke dazu, daß wir die Bedeutung der atomaren Entwicklung stärker als bisher sehen müssen.

Überrascht war ich auch, daß wir so schnell zu einer zwölfmonatigen Dienstzeit gekommen sind. Ich verstehe die innenpolitische Bedeutung dieser Dinge durchaus, aber ob alles genügend durchdacht ist, auch hinsichtlich der Konsequenzen für Amerika selber, das weiß ich nicht. Wenn man schon sagen muß 12 Monate, dann würde ich doch zu überlegen geben, ob man das nicht differenzierter machen kann, einschließlich der Reserve, die man in Amerika nicht kennt. Ich teile daher die Auffassung des Herrn Bundeskanzlers, daß im Augenblick allzuviel über Dinge gesprochen wird, die erst im Jahre 1957 spruchreif sein werden. Wenn wir aber die Wahlen verlieren wollen, dann müssen wir so fortfahren. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das sage ich ganz deutlich. Wer von den inneren Verhältnissen – ich will nicht sagen Spannungen – in unserer Partei in Norddeutschland, Süddeutschland und im Rheinland in dieser Weise spricht, der trägt dazu bei, daß wir uns vor den Wahlen schwächen. Wir kommen am Montag in der Fraktion in Klausur zusammen³⁴ – d s ist schon seit zehn Wochen fest-

34 Am Dienstag, dem 25. September 1956, in Bad Honnef (Protokoll wurde nicht geführt).

gelegt –, nicht um Koalitionsgespräche zu führen, sondern um zu überlegen, was wir im nächsten Jahr in der Fraktion machen wollen. Ich werde dabei der Fraktion deutlich sagen müssen, daß jedes Mitglied der Fraktion sich zu entscheidenden Fragen erst dann äußern kann, wenn die Fraktion darüber gesprochen hat.

Adenauer: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Krone, für Ihren Bericht. Das Wort hat Herr Kollege Meyers.

BERICHT MEYERS ÜBER ORGANISATION

Meyers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist mir etwas unangenehm, nach diesen interessanten Darstellungen zu einem Thema zu kommen, das im allgemeinen als trocken bezeichnet wird und in der CDU und in Deutschland keine gute Resonanz findet; denn hier kann man weder ideologisch noch politisch den Geist leuchten lassen, sondern muß nüchtern über Tatsachen sprechen und sich darüber klarwerden, daß man mit einer Organisation allein, ich übertreibe etwas, keine 51 % einer Wahl erringen kann. Es ist aber sicherlich so – das haben uns die Vorgänge in der nationalsozialistischen Zeit, bei der Kommunistischen Partei und auch bei der SPD, gezeigt –, daß eine gründlich durchdachte und gestraffte, solid aufgebaute Organisation sehr wohl in der Lage ist, dies viel eher zu erreichen als eine schlechte Organisation.

Der Herr Bundeskanzler hat eben gesagt, es sei eine Unmenge von Kleinarbeit erforderlich, um eine neue Partei aufzubauen. Um eine Organisation bis in die letzten Konsequenzen durchzuführen, ist selbstverständlich genau dieselbe Kleinarbeit erforderlich. Mit großen und schönen Losungen und Worten ist das nicht zu machen, sondern es muß die Initiative des ehrenamtlich in unserer Partei tätigen Politikers hinzukommen, weil die hauptamtlichen oder zur Hälfte hauptamtlichen angestellten Kräfte nicht ausreichen, um ein feinmaschiges Netz der Organisation bis in den letzten Winkel in der Eifel oder im Schwarzwald hinein zu schaffen.

Wenn man von der Organisation der CDU spricht, dann darf man nicht verkennen, wie die CDU geworden ist. Die CDU ist von unten herauf gewachsen. Das ist für ihre Organisation wichtig, daß sie zunächst in den Gemeinden, dann in den Kreisen, dann in den Ländern und schließlich im Bund zustande gekommen ist.³⁵ Nach dem Willen der Besatzungsmächte konnten sich die politisch Gleichdenkenden damals zunächst nur in den einzelnen Besatzungszonen zusammenfinden und dann erst innerhalb der Länder. Damals entwickelte sich eine Vielfältigkeit der Organisationen auf der unteren Ebene, die sich kraft ihrer Eigenständigkeit und ihres älteren Daseins auch später behauptete, als sich die Möglichkeit zu einer Bundespartei und Bundesorganisation ergab. Der Vorgang wird dadurch noch kompliziert, daß eben die Zusammenschlüsse

35 Vgl. dazu BECKER und HEITZER.

innerhalb der Partei teilweise erfolgten, noch ehe die Länder von den Besatzungsmächten gebildet wurden. Es gibt also eine Reihe von Landesverbänden, die nicht identisch sind mit den Ländern. So haben wir in Baden-Württemberg vier Landesverbände: Nordbaden, Südwürttemberg, Nordwürttemberg und Südbaden. In Niedersachsen gibt es die Landesverbände Hannover, Braunschweig und Oldenburg. Nordrhein-Westfalen hat zwei Landesverbände: Nordrhein und Westfalen. Es liegt auf der Hand, daß die Landespolitik der CDU durch derartige Aufsplitterungen erschwert wird. (*Gurk*: Nicht unbedingt!) Das hat man bei einem Teil der Länder erkannt, sonst hätte man nicht die Konsequenzen gezogen. Im übrigen möchte ich jetzt, Herr Kollege Gurk, nur Tatsachen berichten und weder pro noch kontra etwas sagen. Ich nenne diese Tatsache zur Illustration, damit sich aus dem Gesamtbild die Diskussion entwickeln kann.

In Niedersachsen hat man einen gemeinsamen Landeszentralausschuß und eine gemeinsame Landesgeschäftsstelle der CDU gebildet, und zwar bei Selbständigkeit der drei Verbände.³⁶ In Nordrhein-Westfalen hat man nach dem Sturz der Regierung Arnold die Konsequenzen gezogen und für eine bessere Koordinierung der beiden Landesverbände ein gemeinsames Landespräsidium unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Arnold gebildet, dem jetzt vier Mitglieder des Vorstandes von Nordrhein und Westfalen angehören.³⁷ Das einzige Land ist Baden-Württemberg, wo man zwar die Organisationsform so gewählt hat, daß sich die Landesvorstände in regelmäßigen Abständen zu Sitzungen treffen, daß aber sonst keine Zusammenfassung vorgenommen wurde. (*Gurk*: Das hat sich bewährt!) Ich habe noch keine Bewertung abgegeben, Herr Kollege Gurk! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das zunächst einmal zur Kenntnis nähmen!

Jedenfalls hat der Ausbau und Aufbau der Organisation der CDU sicherlich dadurch gelitten, daß die Partei, die erst nach dem Kriege entstanden ist, sofort nach ihrer Entstehung zum größten Teil mit in die Verantwortung genommen wurde. Das fing an bei den Gemeinden, ging dann weiter in den Ländern und endete schließlich beim Bund. Seit vielen Jahren trägt die CDU die Verantwortung. Das bedeutet, daß der größte Teil ihrer fähigen Mitglieder in die Gemeinde-, Landes- und Bundesämter abgezogen wurde und für die Arbeit innerhalb der Partei nicht mehr zur Verfügung stand. So ist es bis heute, weil die CDU in den Ländern zum größten Teil nicht aus der Verantwortung herausgekommen ist. Es zeigte sich im ganzen Bundesgebiet, daß dadurch die Parteiarbeit gelitten hat; denn die Arbeit für den Staat nimmt unseren Leuten die Möglichkeit, sich für die Partei stark einzusetzen.

Wenn Sie die Gliederung von oben nach unten nehmen, so zeichnet sich ganz deutlich eine Vierteilung ab: 1. die Bundespartei, 2. die Landesparteien, 3. die Kreisparteien und 4. die Ortsparteien. Über die Bundesgeschäftsstelle möchte ich nichts sagen. Herr Heck kann Ihnen darüber berichten, was in den letzten Jahren

³⁶ Die „CDU in Niedersachsen“ wurde während des 1. Bundesparteitag in Goslar am 20. Oktober 1950 gebildet (FRATZSCHER S. 94f.).

³⁷ Vgl. dazu ÜiD vom 22. März 1956.

geschehen ist, um die Bundesgeschäftsstelle schlagkräftig zu machen. In personeller Hinsicht kann ich als Beispiel anführen die Neubesetzung des Bundespressechefs der CDU³⁸, die dazu geführt hat, daß die Verlautbarungen im DUD eine erheblich weitere Resonanz gefunden haben. Ich habe in den letzten Jahren noch nie so häufig den DUD in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ zitiert gesehen wie nach dem Monat Juni dieses Jahres. Auch der erste Versuch einer Pressetagung – die aufgrund von Erfahrungen in Baden-Württemberg in der nächsten Zeit in allen Ländern durchgeführt werden soll – in Nordrhein hat ein erhebliches Echo gefunden. Aber über den Aufbau der Partei und die Organisation will ich weiter nichts sagen.

Der Herr Bundeskanzler und der geschäftsführende Vorstand haben mich gebeten, einmal mit den Landesverbänden Fühlung zu nehmen und sie aufzusuchen, um ein Bild darüber zu bekommen, wie die Organisation in den einzelnen Landesverbänden ist. Bei einem größeren Teil bin ich gewesen. Das geschah nicht hinter dem Rücken der Vorstände oder im Zusammenhang mit der Bundesgeschäftsstelle oder dem Bundesvorstand, um in den Landesverbänden zu spionieren, sondern ich sollte feststellen, wo Landesverbände materiell in Not sind, die nicht von den Verbänden, sondern nur mit Geldern vom Bund behoben werden kann, damit sie einmal eine Hilfe bekommen. Das hat den Sinn, daß wir die Organisation der Partei möglichst schlagkräftig machen, zunächst einmal für die Wahl des nächsten Jahres, dann aber auch für die weitere Zukunft.

Wenn man eine gute Organisation erstellt hat, ist es selbstverständlich, daß sie schon kraft ihrer Automatik und der Natur der Dinge weiterläuft; dagegen wird sich eine schlechte Organisation nicht weiterentwickeln. Die Vierstufigkeit der Partei ist im allgemeinen gegeben; in zwei Ländern nicht, und zwar einmal in Niedersachsen, wo der Landesverband Hannover wegen der Weiträumigkeit des Gebietes und weil die Bevölkerung schwierig anzusprechen ist, eine Zwischengliederung hat. Es sind sechs Bezirksverbände. Das gleiche bietet sich in Rheinland-Pfalz, wo die fünf Regierungspräsidien gleichzeitig als fünf Regierungsbezirke genommen worden sind. (*Zuruf*: In Westfalen auch!) Wo keine Ortspartei besteht, ist das System der Stützpunkte durchgeführt. Drei und mehr Mitglieder haben sich dort zu einem Stützpunkt zusammengefunden. Wo keine Stützpunkte mehr sind, gibt es das Vertrauensmännersystem. Das ist noch nicht weit ausgebaut. Es gibt weite Gebiete, bei denen man, wollte man die CDU andeuten, nur weiße Farbe verwenden müßte. Hier gilt das gleiche wie bei einem Globus oder bei einer Landkarte, wo die unerforschten Gebiete weiß gekennzeichnet sind. CDU-freie Gebiete gibt es noch in manchen Gegenden. Die Landesverbände sind sich durchaus im klaren, welche Gründe dazu geführt haben. Dort gibt es heute solche Gebiete, in denen in den Jahren 1946/47 blühende CDU-Provinzen bestanden haben. Sie sind im Zuge des allgemeinen Rückgangs damals verödet. In der Zwischenzeit sind in diese CDU-freien Gegenden andere Parteien eingedrungen, die heute nur noch außerordentlich schwer zu entfernen sein werden. Besonders in den evangelischen

38 Pettenberg.

Gegenden hat die FDP damals Nutzen daraus gezogen und ihre Hochburgen dort errichtet.

In den zehn Bundesländern einschließlich Berlin und Saar haben wir heute 16 Landesparteien. Unter den Vorsitzenden der 16 Landesparteien gibt es vier Ministerpräsidenten, zwei amtierende Minister, einen Bürgermeister und zwei Bundestagsabgeordnete. Bezüglich der Landesvorstände wird innerhalb der Landesparteien vielfach bemängelt, daß die Landesvorstände zu groß seien und deshalb zu wenig zusammenkämen, so daß sie nicht das politische Führungsgremium seien. Die Landesverbände sind außerordentlich unterschiedlich in der Größe. Ich erinnere an die vier Verbände in Baden-Württemberg und stelle dem Nordrhein-Westfalen gegenüber. Die Landesgeschäftsstellen sind im allgemeinen den Aufgaben gewachsen; einige sollten durch personelle Umbesetzungen Änderungen erfahren. Ich habe festgestellt, daß eine Landesgeschäftsstelle mit Personal überbesetzt war, aber in manchen Fällen sind die Landesgeschäftsstellen aus erklärlichen Gründen unterbesetzt. Es wird vielfach den Angestellten eine Arbeitslast zugemutet, die sie beim besten Willen nicht leisten können. Die Arbeit ist in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Da die Landesverbände keine vergleichbare Größe bilden, ist es sehr schwer festzustellen, was nötig ist oder nicht.

Die Landesgeschäftsführer sind mit den laufenden Aufgaben so ausgelastet, daß es für sie außerordentlich schwer ist, sich über diese Aufgaben hinaus noch dem Aufbau der Organisation zu widmen. Nicht einheitlich wurde die Frage in den Landesverbänden beurteilt, ob ein Mitglied der Landesgeschäftsstelle Landtagsabgeordneter sein solle. Darüber habe ich sehr unterschiedliche Auffassungen vorgefunden. In einem Teil ist man der Ansicht, daß die Angestellten dadurch zu sehr von der Arbeit in der Partei abgehalten würden; in einem anderen Teil neigt man offensichtlich zu einer Bejahung, um den Angestellten einen politischen Blick zu geben, aber ich habe den Verdacht, daß die Diäten des Landtagsabgeordneten das fehlende Gehalt der Partei, wenigstens zum Teil, ausgleichen sollen. Dafür sind jedoch die Diäten eines Abgeordneten nicht da. Umgekehrt macht sich bemerkbar, daß die Landtagsabgeordneten, die kein Büro haben, dort ihre Arbeiten als Abgeordnete erledigen müssen.

Mit Sekretärinnen sind die Landesgeschäftsstellen hinreichend ausgestattet, dagegen ist die Ausstattung mit sachlichen Mitteln im allgemeinen veraltet, von den alten Schreibmaschinen angefangen bis zu den Einrichtungen. Moderne Büromaschinen wie ADREMA usw. findet man nur in einem geringen Teil der Landesgeschäftsstellen. Insbesondere fehlen geeignete Bürogeräte, die vor Beginn der Winterarbeit noch angeschafft werden müssen, damit sie sich zum Bundestagswahlkampf eingespielt haben. Personenkraftwagen, Filmgeräte und Lautsprecher sind in den Landesgeschäftsstellen vorhanden. In einzelnen Fällen muß geprüft werden, ob unbrauchbare Wagen durch bessere ersetzt werden können. Bei den Filmgeräten ist nicht immer die Kapazität ausgenutzt. Ich darf an folgenden Fall erinnern: Zur Bundestagswahl 1953 war einer Stelle ein Filmgerät geliefert worden, das man später bei einer Landtagswahl in halbverrostetem Zustand in einer Scheune wiedergefunden hat. Bezüglich der

Lautsprecher hört man im allgemeinen die Klage, daß sich die Batterien zu leicht verbrauchen und daß sie zu unhandlich seien. Es sind in der Bundesgeschäftsstelle Überlegungen angestellt worden, wie man diesen Mißstand beseitigen kann.

Die Unterbringung der Landesgeschäftsstellen ist sehr unterschiedlich. Einige sind sehr gut untergebracht; es gibt andere, bei denen die demokratische Bescheidenheit derartig „untertrieben“ wird, daß die Unterbringung für die CDU nicht mehr würdig ist. Man muß sich teilweise in ein Dachgeschoß begeben und sich dort nach den Räumen umsehen. Dort sind dann sogar mehrere Verbände, wie Landesverband und Kreisverbände, aus Geldmangel zusammen untergebracht. Es sind aber Überlegungen im Gange, wie man diese Zustände noch vor dem kommenden Frühjahr ändern kann, so daß wir damit rechnen können, daß die Landesparteien zu Beginn des Frühjahrs so untergebracht sein werden, daß sie ihre Aufgaben für den Wahlkampf erfüllen können.

Eine der wichtigsten Fragen, die der Herr Bundeskanzler angeschnitten hat, ist die Frage der Mitgliederwerbung der CDU. Der Ruf, die CDU müsse von einer Wählerpartei zu einer Mitgliederpartei werden, ist verhältnismäßig alt, aber die Fortschritte in dieser Hinsicht sind leider außerordentlich gering. Es ist zwar im Augenblick in allen Landesverbänden eine zwar langsame, aber stetig steigende Tendenz des Zuganges der Mitglieder festzustellen; das darf aber nicht daran hindern, die Mitgliederwerbung der CDU unter einem größeren Gesichtspunkt zu sehen. Es ist so, daß in den Jahren 1946/47 unter dem Eindruck des neuen politischen Werdens in Deutschland ein starker Zustrom zur CDU zu verzeichnen war.

Ich habe in einem großen Landesverband die Entwicklung geprüft. Ich nehme an, daß sich das auch in den übrigen Landesverbänden ähnlich entwickelt hat. Der absolute Höchststand unserer Mitglieder ist im ersten Halbjahr 1948 festzustellen. Das war vor der Währungsreform. Dann ist die Stabilisierung gekommen. Nun haben – das gehört zu der negativen Seite des deutschen Wirtschaftswunders – viele unserer Freunde angenommen, da die wirtschaftliche Stabilisierung herbeigeführt worden war, ein weiteres politisches Wirken sei ihrerseits nicht mehr nötig. Und dann geht ein Rückgang los, der von einer ganz kurzen Besserung nach der Bundestagswahl im Jahre 1953 unterbrochen wird, sich dann aber weiter fortsetzt. Die Besserung im Jahre 1953 wird aber in dem Verband, dessen Mitgliederentwicklung mir im Augenblick vorschwebt, nur für die Dauer etwa eines Jahre gehalten. Das Jahr 1954 bringt eine Verringerung, und Ende 1955 beträgt der Mitgliederstand fast nur noch die Hälfte des Bestandes vom Frühjahr 1948. Bei diesem Verband ist bekannt, daß die Abgänge in den Jahren 1954 und 1955 fast doppelt so hoch waren wie die Zugänge.

Wenn man das einmal analysiert, so ist es selbstverständlich, daß verschiedene Komponenten zu dieser Entwicklung beigetragen haben. In den Jahren 1945/46 sind naturgemäß in erster Linie diejenigen in die Union gegangen, die bereits aus der Weimarer Zeit gewohnt waren, in einer demokratischen Partei Mitglied zu sein. Das hat dazu geführt, daß die Union zur damaligen Zeit schon sehr stark überaltert war. Ein Landesverband schreibt mir, daß die Überalterung auch heute noch 37 % betrage. Bei mehr als einem Drittel der Mitglieder dieses Verbandes – und das wird mutatis

mutandis in allen Verbänden so sein – liegt das Geburtsjahr vor 1900. Man hat diesen Stichtag genommen.

Die Mitgliederwerbung nach der Bundestagswahl 1953 ist nicht konstant geblieben. Auch der Anlaß des Geburtstages des Herrn Bundeskanzlers ist nicht als ein Erfolg in diesem Sinne zu bezeichnen. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände liegen zwischen einem Bruchteil von 1 % bis zu 1,6 % der Wähler. Maßgebend dafür sind eine Reihe von Gründen. Zunächst sind es die schlechten Erfahrungen, die die ältere Generation mit ihrer Mitgliedschaft in demokratischen Parteien zu Beginn des Dritten Reiches gemacht hat; aber auch die Erfahrungen zum Ende des Dritten Reiches sind bei vielen Menschen in schlechter Erinnerung.

Es ist sicher, daß etwa 48 % der Wähler Arbeitnehmer sind. Einer der Gründe unseres schlechten Mitgliederstandes ist bestimmt der, daß eine große geschlossene Gruppe der Arbeitnehmerschaft bei uns fehlt. Wir haben viel zu wenig Arbeitnehmer unter unseren Mitgliedern. Dazu kommen Probleme, die sich aus der konfessionellen Gliederung ergeben. Außerdem ist der Mitgliederstand der Frauen in der Union relativ schwach. In vielen Fällen, auch bei Leuten, die nicht der Partei angehören, wird gegen uns der Vorwurf erhoben, es sei noch niemals ernsthaft um die Mitgliedschaft für die CDU geworben worden. Man hört auch immer wieder von den Herren in führenden Stellen: Ich bin noch nie angesprochen worden, daß ich in die CDU eintreten soll. Es liegt in der menschlichen Natur, wenn die Leute nicht gerne von sich aus zur Partei gehen. So kann z.B. auch ein Mitglied den Zustand ruhig ertragen, wenn zweieinhalb Jahre lang bei ihm nicht kassiert wird. (*Adenauer*: War das nicht in Düsseldorf?) Herr Bundeskanzler, Sie scheinen gut über die Organisation Bescheid zu wissen, aber ich habe das Versprechen abgegeben, keine Namen zu nennen. Ich wollte nur zeigen, welche typische Fälle sich ergeben. Vielfach gehen auch Mitglieder, die ihren Wohnsitz verlegen, der CDU verloren. Wenn die Mitglieder, die in den Lagern sind, in ihre Aufnahmeländer kommen, dann gehen sie fast ausnahmslos der CDU verloren. Man muß auch die unerfreuliche Tatsache feststellen, daß ein Vorsitzender seinem Geschäftsführer jegliche Mitgliederwerbung verboten hat, weil er seit 1946 offensichtlich Gefahr läuft, seinen Posten als Vorsitzender zu verlieren. Das ist die Angst der sogenannten CDU-Erbhofbauern; es existiert der Vorstand, der die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen nicht will, weil sich sonst das Verhältnis zwischen Einheimischen und Flüchtlingen so verändert, daß dann nicht mehr alle Mandate von den Einheimischen übernommen werden können. Es wird hierbei offensichtlich unterstellt, daß die Einheimischen sowieso nicht der CDU beitreten.

Zu dem Verhältnis katholische : evangelische Bevölkerung kann ich einschalten, daß die Werbung in den evangelischen Bevölkerungskreisen erheblich schwieriger ist als bei der katholischen Bevölkerung, so daß also die Länder, wo es überwiegend evangelische Bevölkerung gibt, es erheblich schwerer haben. Innerhalb der Partei gibt es etwa 30 % Katholiken, aber die Vorstandsämter sind zu über 50 % von den Katholiken durchsetzt. Solche Verhältnisse können gefährlich werden, weil sich die

evangelische Bevölkerung sagt, das ist sowieso eine katholische Partei, da treten wir nicht ein. Das Problem ist außerordentlich schwierig. Es gibt Verbände, die sagen, wir könnten bei der katholischen Bevölkerung noch mehr Mitglieder bekommen, aber wir würden dadurch automatisch und zwangsläufig den evangelischen Teil bei der Wahl von uns wegdrängen; ein Problem, das in unserem Kreise wirklich einmal ernsthaft diskutiert und für das eine Lösung gefunden werden muß.

Es gibt auch Parteien, die hinsichtlich der Stände innerhalb der Union nicht richtig aufgegliedert sind. Wenn z.B. in einem Arbeiterort ein Vorstand nur mit bürgerlichen Leuten besetzt ist, so ist das ein Hemmnis. Es gibt Gegenden, wo sich der Vorstand nach irgendeiner politischen Richtung zusammengesetzt hat. Das kann historisch gekommen sein. Da aber lediglich wenige Mitglieder den Vorstand wählen, bleibt dieser immer derselbe. Wo ein großer Teil der Bevölkerung nach links tendiert, aber der Vorstand rechts ausgerichtet ist, bleibt dieser Vorstand ein Hemmnis dafür, daß neue Mitglieder in die Partei kommen. Wie das geändert werden soll, weiß ich nicht. Jedenfalls ist es sehr schwierig.

Ein weiteres Hemmnis ist die mangelnde Bereitschaft unserer freiwilligen, ehrenamtlichen Kräfte, die sich mit dieser Mitgliederwerbung befassen. Diese Mitgliederwerbung ist ein unangenehmes Geschäft. Das muß zugegeben werden. Es ist für den einzelnen viel einfacher und gewinnbringender, sich mit außenpolitischen und ähnlichen Dingen innerhalb der Partei zu beschäftigen. Es ist auch häßlich, wenn man sich einen Menschen vorknöpfen und mit ihm bis zum Ermüden die Gründe und Gegenstände für einen Beitritt in die CDU diskutieren muß; denn dann hört man das, was den Leuten z.B. an der Gesetzgebung usw. nicht paßt. Das ist also eine mühsame Arbeit; aber ohne diese Arbeit werden wir nie zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis kommen. Die Angestellten der Partei, insbesondere die Geschäftsführer, sind zunächst einmal in ihre tägliche Arbeit, für die sie angestellt sind, eingespannt. Die Vorstandsmitglieder haben aufgrund ihrer besseren Beziehungen und Querverbindungen es auch viel leichter als die Geschäftsführer. Die Werbung muß richtig angefaßt werden.

Wenn z.B. ein Angestellter der Partei zu einem Herrn am Ende eines Gespräches sagt: Herr Doktor, Sie aufzufordern, in die CDU einzutreten, hat wohl keinen Zweck? – dann muß man schon aus psychologischen Gründen die Stellung einer solchen Frage beanstanden, und wenn erst der Angesprochene sagt, ich bin seit Jahren Mitglied der Partei, aber der Angestellte erwidert, das kann nicht sein, ich habe die Unterlagen genau nachgesehen, Sie sind nicht Mitglied unserer Partei, und dann der Angesprochene seine Sekretärin bitten muß, die Abschnitte der monatlichen Beiträge zu zeigen, dann ist doch bestimmt etwas nicht in Ordnung in einer solchen Organisation! Es ist jedenfalls falsch, wenn unsere Parteifreunde glauben, sie brauchten diese Werbung nicht zu betreiben, weil das sowieso durch die Angestellten geschehe. Im Gegenteil, gerade wir müssen hier aktiv werden. Ich habe in einer Versammlung von Bauern gehört, daß die Bauern darauf angesprochen worden sind. Und der Erfolg war, daß 30 Neuaufnahmen getätigt werden konnten. Auch Herr Bach hat in einer

Industriellenversammlung eine Vielzahl von Neuworbungen durchgeführt. Wenn wir die Leute ansprechen, sind sie eher geneigt, der CDU beizutreten, als wenn sie von jemandem angesprochen werden, den sie vielleicht nur als untergeordnet ansehen, wenn auch diese Unterordnung in Wirklichkeit nicht besteht.

Es sollte auch in keinem Gremium versäumt werden, die ehrenamtlichen Mitarbeiter der Partei dauernd darum anzusprechen, Mitglieder zu werben. Es wird interessant sein, nachdem sich unser erster Parteivorsitzender in die Aktion eingeschaltet hat, welches Ergebnis diese Aktion haben wird. Ich bin wirklich gespannt darauf, was herauskommt. Es muß vor allem in den einzelnen Gremien immer wieder nachgestoßen werden. Es ist z.B. auch nicht einzusehen – was in der SPD selbstverständlich ist –, warum nicht neben dem Mann auch die Frau oder die Kinder in der Partei sind. (Weber: Das verbieten die Männer!) Ich weiß nicht, welche Erfahrungen Sie haben, ich habe es meiner Frau nicht verboten, aber sie ist, ohne mich zu fragen, hineingegangen. Warum sollten wir nicht auch einmal die Untergebenen ansprechen? Auch in dieser Beziehung befeißigt sich die CDU einer Vornehmheit, die nicht von Vorteil ist. Hier vertrete ich den Standpunkt, das muß bis zu den Wahlen aufhören. Man soll an Freunde und ansprechbare Leute immer wieder herantreten. Eines ist dabei klar: Man muß von sich aus die Initiative ergreifen und an die anderen herangehen. Die anderen kommen nicht zu uns.

Ein Trost mag es sein, daß z.Z. in allen Landesverbänden eine günstige Tendenz ist. Das müssen wir ausnutzen! Das muß man sehen im Zusammenhang mit den Finanzen der Union. Der Stand der Finanzen ist einfach trostlos – einen anderen Ausdruck gibt es hierfür nicht –, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die aber nur die Regel bestätigen. Die Mitgliederbeiträge werden in den Kreisverbänden eingezogen. Der größte Teil der Landesverbände bekommt keinen Pfennig, sondern ist gezwungen, Gehaltszuschüsse für die amtlichen Angestellten zu zahlen, zumindest aber den 10-Pfennig-Beitrag, den der Bundesschatzmeister pro Mitglied von den Kreisen haben will, nach der Bundesgeschäftsstelle abzuführen. Von einigen wenigen Stellen sehe ich ab, aber die übrigen Landesverbände leben zum größten Teil von den Geldern der Fördergesellschaften und von den Geldern, die aus dem Vertrieb des „Wirtschaftsbildes“ fließen. Der größte Teil unserer Landesverbände brähe organisatorisch zusammen, wenn die Fördergesellschaften aus irgendeinem Grunde ihre Zahlungen einstellen. Das ist ein sehr unerfreulicher Zustand.³⁹

Stellen Sie sich einmal vor, durch irgendeine Koalition verlören die Fördergesellschaften ihr Interesse an der CDU! Das würde dazu führen, daß sie ihre Beiträge einschränken oder aber ganz einstellen. Und dann wäre der Zusammenbruch der Organisation da. Wenn Sie das nicht unterstellen, dann unterstellen Sie, welche politischen Forderungen an die Hergabe des Geldes geknüpft werden können und wie unschön damit die Bundes-CDU in die Abhängigkeit der Geldgeber geraten könnte. Wie kann man dem abhelfen? Das ist eine Frage der Finanzierung. Ein kleiner

39 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 126f.

Landesverband hat sich aus der Affäre zu ziehen versucht, indem er die Organisation etwas großmaschiger aufgezogen hat, also nicht soviel Besoldungskräfte anstellte. Er hat die Finanzierung dadurch sichergestellt, daß er die Abgeordneten aller Parlamente – der Gemeinden, des Landes und des Bundes – von ihren feststehenden Sätzen eine bestimmte Summe geben läßt. (*Zuruf*: Machen andere auch!) Auch da werden Schwierigkeiten nach einer Wahlniederlage eintreten, weil sich dann die Zahl der Mandatsträger und somit auch die Umlage verringern wird.

Die Verhältnisse innerhalb der Gesamt-CDU sind naturgemäß unterschiedlich. Es gibt einige Abgeordnete – ob das das Ideal ist, weiß ich nicht –, die so gut gestellt sind, daß sie ihre Diäten der Partei zur Verfügung stellen können. Es gibt Landesverbände, die sagen, man möge im Bundesvorstand einen Beschluß fassen, wonach sie an ihre Abgeordneten herantreten können. Es gibt aber auch Abgeordnete, die über ihre Diäten hinaus noch versuchen, aus dem Landesverband und dem Kreisverband weitere Vorteile herauszuschlagen. Ich nenne den einen Fall, wo der Abgeordnete einen Kreisgeschäftsführer zu seinem persönlichen Referenten in Bonn gemacht hat, dann mehrfach in der Woche dorthin geht und dafür die Organisationsbeihilfe des Bundes einsteckt, während der Mann vielleicht vom Land oder von dem Kreis bezahlt wird. Es gibt von der einen bis zur anderen Seite eine große Skala der Variationsmöglichkeiten; aber einen Landesverband, der von sich selber lebt, den gibt es in der CDU nicht.

Dennoch bleibt kein anderer Weg, wenn wir nicht den der Staatsgelder beschreiten wollen, als über den Mitgliederbeitrag die Organisation zu finanzieren. Deshalb kommt der Mitgliederwerbung eine solch große Bedeutung zu. Es kommt hinzu, daß wir eine Beitragsordnung haben müssen; ich habe immer ein Werbeformular der SPD bei mir, das ich Ihnen einmal erläutern darf. Auf der Rückseite stehen die Beitragssätze, das fängt an bei DM 300,- mit DM 1,20 Beitrag und hört auf bei über DM 1.200,- mit DM 36,- Beitrag. Ich bitte Sie, einmal festzustellen, wer in Ihrer Landespartei einen monatlichen Beitrag von über DM 30,- bezahlt! (*Bach*: Ich!) Daß der Bundesschatzmeister eine Ausnahme machen muß, ist mir klar.

Es ist richtig, wenn gesagt wird, es sei ausgeschlossen, auf die Dauer eine gute Organisation allein von Mitgliederbeiträgen zu bezahlen, aber wir müssen trotzdem so viel Mitgliederbeiträge haben, daß eine eigene Organisation aufrechterhalten werden kann. Wenn wir das machen, was die SPD tut, ist es durchaus möglich, davon eine Organisation aufzuziehen. Viele Leute sagen auch nach dem alten Motto: Das kann nicht viel sein mit der CDU; denn was nichts kostet, das ist auch nichts. Wenn hohe Beamte eine Deutsche Mark im Monat Beitrag zahlen, so ist das etwas, was auf die Dauer nicht dazu führen kann, unsere Stellung finanziell zu stärken.

Es ist unmöglich, die Vielgestaltigkeit der Kreisparteien auf einen oder mehrere Nenner zu bringen. Die entscheidenden Personen in den Kreisparteien sind durchweg die Vorsitzenden und die Kreisgeschäftsführer. Bei den Vorsitzenden ist es sehr unterschiedlich. Es gibt einen großen Teil verdienter Vorsitzender, die sich redlich Mühe geben. Es gibt aber auch Vorsitzende, die den Vorstandsposten bekommen haben, weil man einen Mann haben mußte, der irgend etwas repräsentiert. Solche

Leute sind aber an der Arbeit der Partei nicht interessiert, sondern füllen lediglich den Repräsentationsposten aus. Es gibt auch den Typ des Parteityrannen, der dem Landesverband einen völlig ungeeigneten Geschäftsführer aufzwingt. Daneben haben Sie den Typ des Erbhofbauern, der nur um seinen Besitz besorgt ist, den er seit 1946 innehat, den er auf keinen Fall abgeben will.

Die Bundesgeschäftsstelle und die Landesverbände bemühen sich, die Organisation so zu verfeinern, daß in jedem Bundestagswahlkreis ein Geschäftsführer ist. Aber von diesem Idealfall sind wir noch weit entfernt. Es gibt einen Kreis ohne Kreisgeschäftsführer. Dort macht es der Sohn des Parteivorsitzenden, und mit dem Geld finanziert er sein Studium. In einem anderen Kreis hat ein altes Parteimitglied, das von seiner Pension nicht leben und nicht sterben kann, die Mitgliedsbeiträge einkassiert, um von den 5 oder 10 % seine Pension etwas aufzufrischen. Hier wird also kein Kreisgeschäftsführer eingestellt. Dadurch ist dort die Organisation schon seit Jahren nicht mehr richtig im Schuß.

In vielen Fällen lassen sich die Kreisparteien nicht in ihre Sache hineinreden, auch wenn die Geschäftsführer nicht geeignet sind. Die Auseinandersetzungen in den Kreisparteien führen dazu, daß der Posten nicht besetzt wird. Es gibt Kreisparteien, die seit Jahren Zwistigkeiten haben, so daß es nicht möglich gewesen ist, im Laufe der Jahre eine Kreisgeschäftsstelle zu errichten. Ein Geschäftsführer ist auch nicht da. Hierbei spielen vielfach persönliche Gründe eine Rolle. Unsere Kreisparteien sind auch nicht in der Lage, so viel Gehalt auszuwerfen, daß sie einen ordentlichen Geschäftsführer bekommen. In einigen Landesverbänden sind seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange, neue Besoldungsrichtlinien zu erstellen. Ich habe die Landesverbände gebeten, das Ergebnis möglichst bald auf der Landesgeschäftsführerkonferenz dem Bundesgeschäftsführer mitzuteilen, damit hier endlich eine befriedigende Regelung getroffen werden kann.

Wenn ich höre, daß ein Geschäftsführer mit drei Kindern DM 350,- bekommt – und zudem das Gehalt drei Monate lang nicht erhalten hat –, dann ist es selbstverständlich, daß ein solcher Mann im Wahlkampf nicht in der Lage ist, sich für die CDU werbend zu verbreiten. Er kann nicht einmal seinen Sprit finanzieren. Und der „Erfolg“ ist, daß sich eine andere Partei in den Landbezirken, die für uns einen durchaus günstigen Boden abgaben, ausgebreitet hat. Jetzt wird es sehr schwer sein, dort von neuem Fuß zu fassen. Außerdem ist bei diesen Leuten der Drang, sich für die CDU einzusetzen, nicht allzu groß. Sie sehen sich zunächst einmal nach einem anderen Job um. Bei einem solchen Gehalt bieten sich auch nur schlechte Kräfte an, die sich von Ort zu Ort durchvespern. Es ist aber besser, mit einem gut bezahlten und tüchtigen Geschäftsführer in drei Kreisen tätig zu sein, als mit drei in den einzelnen Kreisen, von denen jeder so schlecht bezahlt wird, daß diese Leute kein Interesse mehr an der Sache haben. Es kommt hinzu, daß vielfach persönliche Dinge hineinspielen. Mitunter hat der mächtige Kreisvorstand ohne Rücksicht auf die Belange der Gesamt-CDU und die Wünsche des Landesverbandes einen Geschäftsführer angestellt, der ihm treu ergeben ist und das tut, was der Vorsitzende will; der also den Vorsitzenden benachrichtigt,

wenn irgendwelche Gefahr im Verzuge ist, sei es, daß eine Bewegung unter den Mitgliedern der Kreispartei entsteht, sei es ein anderer Grund.

Bei der Besetzung vieler Kreisgeschäftsführerposten zeigt sich oft eine typische Verwechslung von sozialen und parteipolitischen Gesichtspunkten. Es ist nicht der Union damit gedient, den Posten nur nominell zu besetzen und hierfür einen Mann auf Kosten der Union zu nehmen, der sonst nirgendwo funkt. Wir müssen eine Personalpolitik betreiben, wonach die fähigsten Menschen einen Posten bekommen. Hier dürfen keine persönlichen Dinge aus der Verwandtschaft oder Bekanntschaft eine Rolle spielen.

Bezüglich der Prüfung der Kreisgeschäftsführer ist von der Bundesgeschäftsstelle her viel geschehen. Die Leute werden geschult und auf ihre Fähigkeiten hin geprüft. Überdurchschnittliche Kreisgeschäftsführer können eine Zulage erhalten. Die Landesvorstände sollten mit der Bundesgeschäftsstelle Fühlung nehmen, damit sie sich die Ergebnisse zu eigen machen. Hier können sie eine neutrale Auskunft über diese Ergebnisse bekommen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß im Augenblick ein sehr starker Mangel an Personal besteht, woran unser Freund Blank nicht „unschuldig“ ist. Die Geschäftsstellen sind damals teilweise mit alten Soldaten besetzt worden, die sonst nicht unterkamen. (*Blank*: Die sollen also jetzt Sozialpolitik treiben?) Nein, die sollen die Wehrmacht aufbauen! Aber diese Leute haben sich jahrelang eingearbeitet, und jetzt sind sie vielfach zur Bundeswehr gegangen. Es ist sehr unangenehm, wenn ein eingearbeiteter Geschäftsführer weggeht. (*Zuruf*: Und wenn Herr Blank sie nicht nimmt?) Wenn Herr Blank sie nicht nimmt, ist zwar die Organisation gerettet, aber er hat dann andere Leute auf dem Hals. Wie er es also macht, ist es falsch. (*Heiterkeit*.) Die Kreisgeschäftsführer brauchen keine Akademiker zu sein, sondern Leute mit einem gesunden Menschenverstand, die sich einarbeiten sollen, bevor der jetzige Geschäftsführer weggeht. Die Tätigkeit in einem anderen Beruf wird der hauptamtlichen Tätigkeit in einer Partei vielfach vorgezogen. In der SPD ist es anders. Dort zeichnet sich eine sogenannte Funktionärslaufbahn ab. Unsere Landesparteien müssen Vorsorge treffen, daß sie nicht gerade in dem kritischen Zeitpunkt vom Frühjahr des nächsten Jahres bis zur Bundestagswahl dadurch überrascht werden, daß der eingearbeitete Mann plötzlich ausscheidet. Die Geschäftsführer dürfen auch nicht zuviel eingespannt werden. Manche sind tätig als Organisator, als Werber, als Redner, Filmvorführer usw. Das läßt sich auf die Dauer nicht durch eine Person erledigen. Wir sollten uns in den einzelnen Parteien daran gewöhnen, daß wir als Redner nur die ehrenamtlichen politischen Leute vorsehen. Bei den Frauen und bei der Jungen Union ist noch ein Rednerreservoir vorhanden, das in keiner Weise ausgeschöpft ist.

Ich muß hierbei auf die Frauenarbeit zu sprechen kommen. Hier finden wir zwei Strömungen, und zwar will ein Teil der Frauen bei der alten Bundesarbeit bleiben, während ein anderer Teil eine neue Tätigkeit verlangt. Es gibt bei den Frauen noch unerschlossene Gefilde; und ich weiß, daß diejenigen, die zu uns kommen müßten, uns schon seit Jahren wählen. Es gilt aber zunächst einmal, die erste Aversion der Frauen zu überwinden. Dann aber sind die Frauen zuverlässiger als die Männer. (*Weber*:

Sehr gut!) Es ist nicht zu verkennen, daß viele Frauen darunter leiden, daß wir die Wehrpflicht geschaffen haben. Ich habe festgestellt, daß man dem am besten begegnet mit einer Versammlung, in der es Kaffee und Kuchen gibt und wo man einen Spätheimkehrer sprechen läßt. Dann ist im Nu die Stimmung verflogen und der gefühlsmäßige Widerwille der Frauen gegen die Wehrgesetze in kürzester Zeit aufgehoben. (*Von Hassel: Welche Stimmung?*) Die Aversion gegen die Wehrgesetze!

Nun hat die Bundesgeschäftsstelle für jeden Bundestagswahlkreis eine Wahlanalyse zusammengestellt. Sie ist nicht für die Kreisgeschäftsführer bestimmt und auch nicht dafür geeignet; denn man kann an Hand dieser Analyse auf die Arbeit der Kreisgeschäftsführer zurückschließen. Es wäre aber sehr nützlich, wenn sich aus den einzelnen Landesverbänden die damit beauftragten Herren mit der Wahlanalyse einmal vertraut machen; es ergeben sich daraus Dinge, die nicht nur für die Organisation, sondern auch für den Bundestagswahlkampf von großem Vorteil sind.

Wenn wir nicht weiter stagnieren und – um einmal den Ausdruck zu gebrauchen – an der Macht bleiben wollen, dann müssen wir hier etwas Besonderes tun. Das war auch der Grund, warum mich der Herr Bundeskanzler zu diesem Vortrag gebeten hat, was allerdings erst heute morgen geschehen ist. (*Beifall.*)

Adenauer: Ich möchte Ihnen vorschlagen, die Diskussion zu teilen, und zwar a) in das, was Herr Krone und ich vorgetragen haben und b) in den Vortrag von Herrn Meyers. Übrigens hat Herr Meyers ein bißchen geflunkert, denn er wußte genau, daß er heute reden sollte. (*Meyers: Ich habe heute morgen um 7 Uhr einen Eilbrief bekommen!*) Wie sollen wir es machen? (*Zurufe: Muß geteilt werden!*) Gut! Dann bitte ich Herrn Noltenius, das Wort zu nehmen.

Noltenius: Wir müssen heute eine Mahnung aussprechen, die hier wiederholt ausgesprochen worden ist, die Mahnung zu einer engeren und besseren Zusammenarbeit. In der letzten Sitzung des Bundesvorstandes im Juli ist darüber gesprochen worden. In der Vergangenheit hat uns in der Öffentlichkeit nichts mehr geschadet als die Differenzen zwischen den Männern in der Regierung. Ein sehr verdientes Mitglied der Bundesregierung hat seinem Unmut darüber öffentlich Ausdruck gegeben.

Ich möchte die dringende Bitte aussprechen, daß dergleichen nicht mehr vorkommt und daß darüber hinaus alle diejenigen, die in führender Stellung sind, sich bemühen, enger und besser als bisher miteinander zu arbeiten, und zwar nicht nur innerhalb der Regierung, sondern auch zwischen der Regierung und der Bundestagsfraktion und dem Bundesparteivorstand. Ich habe den Eindruck, daß in ihre verantwortungsvolle Tätigkeit von draußen nicht hineingeredet wird. Sicherlich tragen die vom Volke gewählten Abgeordneten auch die Verantwortung, aber die Fraktion darf uns von ihren Überlegungen in wichtigen Dingen nicht ausschließen, und sie muß das, was wir als das Ergebnis unserer Beratungen kundtun, auch würdigen und beachten.

Vor einiger Zeit haben wir hier über das neue Wahlgesetz gesprochen. Wir haben darüber eine einhellige Meinung hier festgestellt, die auch der Fraktion mitgeteilt wurde. Aber daraus sind keinerlei Folgerungen in der Praxis nachher zu spüren

gewesen. Man hat überhaupt kein Wort mehr darüber verloren, sondern wir wurden vor eine vollendete Tatsache gestellt. Wenn wir mit unseren Freunden im Lande, mit den Abgeordneten und Kandidaten, unsere Politik vor den Wahlen vertreten, dann müssen wir von der Fraktion an der ganzen Arbeit in irgendeiner Form beteiligt werden. Ich könnte mir denken, daß es dafür Mittel und Wege gibt, um das praktisch zu gestalten.

Wenn sich z.B. die Fraktion in einer Sondertagung versammelt, um über die Arbeit der kommenden Monate zu beraten, dann hielt ich es für richtig, wenn der Vorsitzende oder die Vorsitzenden unserer Parteigremien, soweit sie nicht der Fraktion angehören, an dieser Tagung beteiligt werden. Ich habe gehört, daß eine solche Anregung gegeben worden ist, daß sie aber beim Vorstand der Fraktion keine Gegenliebe gefunden hat. Ich würde es begrüßen, wenn wir das in Erwägung zögen.

Die Mahnung zur Zusammenarbeit gilt insbesondere für das, was der Herr Bundeskanzler über Wahlgespräche gesagt hat. Ich begrüße sehr, was Sie zum Thema der künftigen Regierungsbildung ausgeführt haben. Wir haben bei uns mit einigem Befremden gelesen, was darüber in der letzten Zeit in der Zeitung gestanden hat. Ich halte es für dringend notwendig, daß diese Dinge künftig, wenn sie akut werden, hier in diesem Kreise mit uns besprochen werden; denn das geht uns alle an, und die Bildung der künftigen Regierung kann nicht in irgendeinem Landesverband allein behandelt oder gar entschieden werden.

Das Wort Zusammenarbeit sollte auch über dem Verhältnis von Regierung und Bank Deutscher Länder stehen. Ich finde nicht ganz, daß die Bank Deutscher Länder den Tadel verdient, den Sie hier ausgesprochen haben. Aber davon abgesehen, wenn Sie das Verhältnis so auffassen, daß sich die Bank Deutscher Länder, wie Sie gesagt haben, nach der Bundesregierung zu richten hat, dann ist die Sache zu einseitig. (*Adenauer*: Das habe ich nicht gesagt!) Es klang so! (*Adenauer*: Ich werde es Ihnen gleich sagen!) Es ist richtig, daß die Regierung auch die Bank Deutscher Länder hört. Die Bedeutung dieser Notenbank und die besondere Stellung, die sie einnehmen soll, liegt darin, daß da Männer sitzen, die in eigener Verantwortung aufgrund ihrer Sachkenntnis ein gewichtiges Wort zu der Frage des Geldwesens und Währungswesens zu sprechen vermögen, und daß die Bundesregierung ein eigentliches Interesse daran hat, dieses Institut, so wie es ist, für diese Aufgaben heranzuziehen, um dann gemeinsam miteinander zu verhandeln. Deswegen möchte ich hier lieber ein gegenseitiges Geben und Nehmen haben als ein etwas einseitiges Verhältnis. Wir haben schließlich eine Bank anderer Struktur in der Vergangenheit zu unserem Nachteil gehabt.

Ich glaube also, daß diese Zusammenarbeit wirklich notwendig ist; denn so sehr ungünstig sehe ich – und das geht uns allen im norddeutschen Raum so – die ganze Lage nicht an. Es kommt entscheidend darauf an, daß es uns gelingt, in der öffentlichen Meinung das zurückzugewinnen, was uns in den vergangenen Monaten verlorengegangen ist. Dazu gehört, daß wir miteinander versuchen, gemeinsam das zu erreichen, was wir brauchen, um einen günstigeren Ausgangspunkt für die Wahl zu haben. Es gibt keine bessere Aufforderung dafür als engere Zusammen-

arbeit. Wir müssen uns hier noch häufiger sehen, um uns gegenseitig zu sagen, was wir möchten.

Adenauer: Mein Herr Vorredner hat drei Fragen angerührt. Erlauben Sie mir, kurz dazu Stellung zu nehmen. Die erste Frage war die Austragung von Meinungsverschiedenheiten unter Mitgliedern des Kabinetts in der Öffentlichkeit. Sie haben damit vollkommen recht, und ich kenne nichts Tadelnswerteres als dieses Gezänk. Ich versichere Ihnen, daß ich im Kabinett erklärt habe: Ich bin fest entschlossen, zu den letzten Mitteln zu greifen, um dem ein Ende zu machen. (*Zurufe:* Bravo!) Nichts ist mehr dazu angetan, unsere ganze Politik in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, als dieses dumme Gezänk! In der Beziehung bin ich vollkommen mit Ihnen einig.

Die zweite Frage betraf das Verhältnis zwischen Partei und Fraktion. Ich glaube, meine Freunde, daß sich hier sehr leicht eine Verständigung erzielen läßt; denn ich weiß, daß der Vorsitzende und auch die anderen Vorstandsmitglieder der Auffassung sind, daß die Fraktion, wenn sie auch ihre eigene Verantwortung hat und tragen muß, doch schließlich ein Organ der Partei ist und daher hier ein Geben und Nehmen eine absolute Notwendigkeit ist, daß weiter die Fraktion den vorgetragenen Wünschen des Bundesvorstandes oder des Parteiausschusses die Beachtung schenken muß, die sie glaubt, mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können. Ich glaube also, hier wird sich eine Einigung sicher herbeiführen lassen.

Lassen Sie mich nun klarstellen, was ich zur Notenbank gesagt habe. Ich habe gesagt, die letzte Verantwortung tragen die Regierung und das Parlament. Und dabei muß ich bleiben; denn allein die Regierung und das Parlament werden zur Rechenschaft gezogen. Ein Präsident der Bank Deutscher Länder wird von niemandem zur Rechenschaft gezogen, sondern vor dem deutschen Volke sind die beiden anderen Faktoren Rechenschaft schuldig. Das Wort von dem Geben und Nehmen unterstreiche ich durchaus, aber nehmen Sie bitte mal den letzten Vorgang, bei dem ich – wie ich ja freimütig gesagt habe – eine Schadenfreude empfunden habe.

Ich halte es für unmöglich, daß die Bank Deutscher Länder, nachdem sie sich bei der Erhöhung des Diskontsatzes der Mitarbeit von Vertretern der Bundesregierung bedient hat, aber bei der Herabsetzung des Diskonts weder den Wirtschaftsminister noch den Bundesfinanzminister überhaupt nach ihrer Meinung gefragt hat. Das sind doch unmögliche Dinge! Ich stehe absolut auf dem Standpunkt – das werden Sie aus dem Gesetzentwurf ersehen –, daß die Bundesnotenbank unabhängig sein muß, aber ein Zusammenwirken ist notwendig. Es ist völlig unmöglich – ich sage das mit sehr großem Ernst –, daß die Bank nach dieser Richtung zieht und die Bundesregierung und das Parlament nach jener Richtung ziehen. Das ist doch unmöglich!

Sie haben, wie mir scheint, einen sehr glücklichen Satz vom Geben und Nehmen geprägt; also nicht nur das eine, aber auch nicht nur das andere! Ich will Ihnen aus einer Unterhaltung, die ich mit den Herren vor längerer Zeit über die ganze Situation gehabt habe, folgendes sagen: Es wurde mir als eine dringende Forderung gesagt, der soziale Wohnungsbau müsse sehr stark vermindert werden. Und das kann ich nicht als einen Ratschlag anerkennen, der mit unserer Politik zu vereinbaren ist. (*Beifall.*)

Ich kann das nur als den Ratschlag eines Mannes betrachten, der tatsächlich die ganze politische Situation nicht kennt. Politik läßt sich nicht treiben ohne Wirtschaft, aber Wirtschaft läßt sich noch viel weniger treiben ohne vernünftige Politik. Ich habe den dringenden Wunsch, daß der Gesetzentwurf – ich weiß nicht, ob er beim Bundesrat ist – noch in dieser Session des Bundestages erledigt wird.

Weber: Ich habe in der Zeitung von dem Plan oder dem Beschluß der CSU über die Umrüstung gelesen. Ich habe weiter gelesen, der Vorstand der Fraktion hätte sich damit beschäftigt, und daß die Wehrpflicht auf 12 Monate Dienstzeit vermindert werde. Von dieser Vorstandssitzung weiß ich nichts. Wäre es nicht besser, solche Sachen nicht zu veröffentlichen; denn wir können draußen im Lande die Leute nicht mehr beruhigen, weil sie aus der Verwirrung nicht mehr herauskommen. Sie sagen, welche Meinung habt ihr denn nun? Vor allem die Frauen fragen uns, die man für die Bundeswehr nur sehr schlecht begeistern kann. Es heißt, was gilt denn nun, das, was die Fraktion und der Bundestag beschlossen haben, oder das, was in den Zeitungen steht? Ich bin baß erstaunt, daß wir mit der CSU so auseinanderfallen.

Adenauer: Auch darüber lassen Sie mich ein offenes Wort sagen. Das Geschick der CSU und das Geschick der CDU steht auf demselben Brett. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß – wie wir das gestern im Kabinett getan haben – unsere Fraktion mit der Arbeitsgemeinschaft der CSU hätte sprechen sollen.⁴⁰ Ich halte es für schädigend, wenn einer der beiden Teile – in diesem Falle die CSU – in wichtigen Fragen losbricht, und die CDU steht daneben und weiß davon nichts, und sie ist vielleicht anderer Meinung. Das können wir uns – namentlich in den letzten 12 Monaten vor der Wahl – nicht leisten.

Nun wird von der CSU gesagt, hier würden bayerische Belange berührt. Das ist der globale Ausdruck für alles. Schließlich werden durch solche Entscheidungen die Belange aller Landesparteien berührt. Ich wäre Herrn Krone sehr dankbar, wenn er – ähnlich wie wir das gestern im Kabinett getan haben – mit einigen Herren von der CSU über diese Frage spräche.

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie hatten die Liebesswürdigkeit, mich bezüglich der Sparkassen anzusprechen. Lassen Sie mich folgendes dazu sagen: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Sparkassen z.Z. in einer kritischen Situation befinden. Wenn die Presseberichte stimmen, dann haben in der verflossenen Woche die Abhebungen die Einzahlungen bei den Sparkassen überschritten. Das hat mit der Sache, die Sie in bezug auf die Versicherungsgesellschaften und die Sparkassen ansprachen, zunächst nichts zu tun; denn Sie dürfen nicht übersehen – das sage ich offen und eindeutig –, in dem Moment, wo maßgebende Leute der Bundesregierung das Gespenst der Inflation an die Wand malen ... (*Adenauer:* Das hat zuerst die Bank Deutscher Länder getan!) Gut, Herr Bundeskanzler, ich lasse mich belehren. Ich will nur sagen, in dem Moment, wo diese Dinge von autoritärer

40 Bericht über die Tagung der CSU-Landesgruppe am 18. September 1956 in Kirchheim in FAZ vom 19. September sowie in U+D vom 26. September.

Seite angesprochen worden sind, sind auch die Abhebungen bei den Sparkassen ins Uferlose gestiegen. Außerdem haben die Leute nichts mehr eingezahlt.

Ich bitte Sie daher dringend, dafür zu sorgen und bemüht zu sein, daß in den Spitzengremien Klarheit geschaffen wird über die Folgewirkungen, die entstehen, wenn solche Dinge – vielleicht gut gemeint, aber in ihrer Auswirkung überhaupt nicht erkannt – voreilig in die Welt gesetzt werden. Ich habe den strengen Verdacht, daß ein Teil der Sparkassenleute, insbesondere der Präsident der Gesamtorganisation⁴¹ – der der SPD zumindest nahesteht – SPD-Leute sind, die eine solche Politik treiben. Ich bin davon überzeugt, daß es sich hier in erster Linie um ein Politikum handelt, nicht aber um Fragen, die vorgeschoben werden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Versicherungsleute einem Mann ins Garn gegangen sind, der etwas ganz anderes will als die Versicherungsgesellschaften. Ich deute das hier nur an.

Wir haben in allen Ländern die Politisierung der Sparkassenvorstände erlebt. Wir haben insbesondere erlebt, daß die Zusammensetzung der Orts- oder Kreis-sparkassen weithin nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorgenommen worden ist. Das können Sie überall nachprüfen, daß von daher eine ungeheure Vertrauenskrise gekommen ist. Es besteht das Bestreben, die letzte Verantwortung in die Hände der Sparkassenvorstände, d.h., in die Hände der Beamten der Sparkassen zu geben. Das ist die letzte Konsequenz. (*Adenauer*: Wollen Sie das?) Nein! Wir sind absolut dagegen. (*Zimmer*: Und Ihr Präsident Weitz⁴²?) Ich betrachte die Ausführungen des Herrn Weitz als eine ganze große Schwierigkeit. Wir würden unser blaues Wunder erleben, wenn das Wirklichkeit würde. Dann würde das eintreten, was Sie befürchten, Herr Bundeskanzler, die Sparkassen würden ihren grundsätzlichen Charakter einer gemeinnützigen Institution verlieren und zu Bankinstituten werden. Das aber ist nicht die Aufgabe der Sparkassen.

Das ist die Situation, die wir als Bundesvorstand klar erkennen müssen. Ich möchte dringend bitten, daß die Landesvorsitzenden in Zukunft diese Dinge etwas mehr beachten als bisher. Vielfach vollziehen sich diese Dinge hinter den Kulissen. Ich bin dem Herrn Bundeskanzler dankbar, daß er diese Frage angeschnitten hat, damit Sie sehen, worum es sich dreht. Ich glaube, daß vom Standpunkt einer vernünftigen Mittelstandspolitik kein größerer Fehler gemacht worden ist als diese Behandlung des Diskonts. Ich habe in der letzten Zeit mit sehr ernstzunehmenden Männern der Bank gesprochen und die Frage gestellt: Wer hat nun, nachdem der Diskontsatz so sprunghaft in die Höhe gegangen ist, darunter leiden müssen? Die übereinstimmende

41 Fritz Butschkau (1901–1971).

42 Dr. Heinrich Weitz (1890–1962), 1945–1947 Oberbürgermeister von Duisburg, 1947–1951 Finanzminister in NW, 1952–1957 Präsident des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 627). – Die Diskussion entzündete sich am Entwurf eines Sparkassengesetzes in Nordrhein-Westfalen, der am 11. September 1956 von der Landesregierung verabschiedet wurde (LT-Drs. 430); im Interesse einer größeren Bewegungsfreiheit für die Sparkassen war die Übertragung der Personalhoheit auf sie gefordert worden (zur Diskussion vgl. „Kommunalpolitische Blätter“ vom 10. September 1956 S. 643).

Antwort war: Die großen Gesellschaften nicht einen Pfennig, aber die kleinen Leute, die Bauern, die Handwerker usw., die kleinen Geschäftsleute haben es gespürt. Insofern ist Ihre Tendenz durchaus richtig. Sie dürfen überzeugt sein, Sie tun ein gutes Werk, wenn Sie der Bank Deutscher Länder den Irrtum, den sie begangen hat, nachdrücklich vorhalten.

Krone: Frau Weber! Wir haben im Fraktionsvorstand noch keinen Beschluß über die Dauer der Dienstzeit gefaßt. (*Weber:* Steht aber in der Zeitung!) Das stimmt nicht! Zwischen der CSU und uns herrscht ein gutes Verhältnis. Daran wollen wir festhalten. Daß der Kollege Strauß das Wort „Umrüstung“ gebraucht hat, was von der Presse aufgegriffen wurde, ist vielleicht psychologisch zu verstehen, aber ich las in der Zeitung, daß er auch erklärt hat: Wir müssen in der Grundlinie bei dem bleiben, was gemacht worden ist.

Herr Kollege Noltenius! Es gibt in jeder Familie Gelegenheiten, wo Vater, Mutter und die Kinder sich einmal aussprechen. Und das sollte auch in der Fraktion geschehen, und zwar unter uns, ein sogenannter politischer Einkehrtag.

Gratl: Frau Weber hat gesagt: Wir sind in der letzten Zeit einige Male unangenehm überrascht worden, und die Arbeit wird uns draußen einigermaßen schwer gemacht. Ich möchte das nachdrücklich bestätigen. Es ist keineswegs leicht, sich in Versammlungen unserer Partei und auch in überparteilichen Zusammenkünften draußen im Lande für die Politik unserer Partei einzusetzen. Wir haben in den letzten Tagen einige Beispiele geliefert, die die Leute irre werden lassen an ihrer bisherigen Überzeugung, daß die CDU eine ganz klare und feste Politik erstrebe. Dabei haben wir einige Fehler begangen, die psychologisch sehr unglücklich gewirkt haben.

Selbst auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, will ich ein krasses Beispiel nehmen: das Verbot der KP. Man hat sich bei uns vorher darüber, wie dieses Verbot in der Öffentlichkeit aufgenommen würde, nicht genügend Gedanken gemacht. Man wird mir entgegenhalten, das ist eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, darauf haben wir keinen Einfluß. Das ist auch das Argument, das ich gebrauche, wenn ich draußen mit anderen Leuten über diese Dinge zu diskutieren habe. Das ist auch so ungefähr das einzige, worauf ich mich politisch zurückziehen kann, aber in diesem Kreise sollten wir etwas anders darüber reden.

Wir haben hier in diesem Kreise zuletzt zusammengessen am 12. Juli, und da ist kein Wort darüber gesagt worden, daß mit dieser Entscheidung in naher Zukunft zu rechnen sei. Wäre das gesagt worden, dann hätte man den einen oder anderen Gedanken darüber äußern können. Vielleicht wäre es möglich gewesen – ich bin überzeugt davon –, eine solche Entscheidung, die man vier Jahre lang hat dahinschleppen lassen, noch ein Jahr bis nach den Wahlen zu vertagen. So aber ist diese Entscheidung draußen im Lande nicht gut aufgenommen worden, und es ist der unerfreuliche Eindruck entstanden: Diese CDU ist von einer Starrheit, wie kann sie im gegenwärtigen Augenblick ein solches Verbot aussprechen lassen; (*Widerspruch und Unruhe*) denn dadurch wurde die Atmosphäre, die wir für ein Weiterkommen in der Frage der Wiedervereinigung zum Osten haben müssen, nicht gerade verbessert,

sondern sogar sicher verschlechtert. (*Schröder*: Erheblicher Irrtum!) Das spielt eine große Rolle bei den Wahlen. Es ist ein schlechter Eindruck! Was ich nicht verstehe, ist doch dies, daß man auf diese Weise 500.000 Mitglieder, die die KP noch gehabt hat, der Sozialdemokratie zutreibt.

Inzwischen hat Ulbricht gesagt: Unsere Mitglieder, die ehemaligen Angehörigen der KP, wählen in der Bundesrepublik diejenigen, die sich gegen die Wehrpflicht aussprechen. D.h. mit anderen Worten: Wählt die SPD! Es handelt sich um etwa 20 bis 25 Mandate. Was das bedeutet, brauche ich hier nicht zu beschreiben. Das habe ich nur als Beispiel dafür genannt, wie schwierig es uns gemacht wird in der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit, wenn solche Dinge geschehen, ohne daß man vorher die Möglichkeit hat, in Ruhe darüber zu sprechen.

Nun zur Frage der Dienstzeit! Es hat in der Presse gestanden, daß vom Bundesvorstand die Entscheidung über die Dienstzeit falle. Ich nehme an, daß wir heute nicht sagen können: Wir sind für 12 Monate Dienstzeit, aber wir werden in der Verlautbarung etwas sagen müssen. Wahrscheinlich können wir nur eine Formel finden, daß wir die Vollmacht geben, eine Lösung herbeizuführen, die sich mit der Wahrung der deutschen Sicherheit vereinbaren läßt. Eine andere Form wird nicht möglich sein. Aber auf eins müssen wir dabei achten: Wir haben von der Bundesgeschäftsstelle diese soziologische Analyse der Wählerschaft bekommen. 53 % der Wähler sind Frauen. Von diesen Frauen sind über die Hälfte Anhänger der CDU. So steht es hier. Das bedeutet, daß die Einstellung der Frauen in der Frage der Wehrpflicht für den Ausgang der Wahl von außerordentlich großer Bedeutung ist. (*Weber*: Ja!) Ich habe mich hier immer für die schnelle Entwicklung einer deutschen Verteidigungsmacht eingesetzt. Politisch gesehen im Hinblick auf das, was vor uns steht, kann ich nur die dringende Bitte heute aussprechen, es möchte Herr Blank mit seinen Mitarbeitern uns eine Entscheidung ermöglichen, die etwa so aussieht: Wir sind in der Lage, die Begrenzung auf 12 Monate Dienstzeit durch etwas anderes auszugleichen, also das, was Sie gesagt haben, Herr Bundeskanzler, eine Umwandlung zwischen den Gezogenen und den Freiwilligen herbeizuführen. Ich möchte bitten, daß diese Tendenz sehr entschieden verfolgt wird.

Wenn wir auf 12 Monate zurückgehen, dann wird das bei den Frauen eine Erleichterung bringen. Ich darf wiederholen: Wenn wir aus politischen Gründen zu der Erkenntnis kommen, daß wir mit 12 Monaten uns begnügen müssen, dann bitte schnell und entschieden und nicht verklausuliert. Nur dann entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß hier eine echte und souveräne Entscheidung der CDU gefallen ist, die nicht durch das dauernde Geschwätz der SPD verursacht wurde.

Zum Thema: Koalitionsgespräche! Ich bin völlig Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, daß man Koalitionsgespräche erst nach der Wahl führen soll. Man muß die Entscheidung vom Ausgang der Wahl abhängig machen. Jeder, der Äußerungen über die eine oder andere Koalition von sich gibt, muß sich darüber klar sein, daß solche Äußerungen in der Öffentlichkeit nur gedeutet werden als eine Bestätigung der Tatsache, daß die Christlich-Demokratische Union sich nicht mehr zutraut, bei der nächsten

Wahl eine Stellung zu gewinnen, die ihr die Möglichkeit gibt, selbst zu bestimmen. (Lemmer: Die Regierung allein zu bilden! – Unruhe. – Glocke des Vorsitzenden.) Aus diesem Grunde bitte ich Sie, Koalitionsgespräche jetzt zu unterlassen. Wir müssen in die Wahl hineingehen mit dem festen Willen, die Wahl zu gewinnen. Was nachher sein wird, das werden wir ja sehen. Dazu wollen wir die CDU so stark machen, daß sie ihre bisherige Politik fortsetzen kann.

Weber: Herr Bundeskanzler, die Leute haben einen knurrenden Magen! Wir sollten eine Pause einlegen!

Adenauer: Frau Weber! (Weber: Uns knurrt der Magen!) Frau Weber! Sie haben nicht das Wort! Ich habe das Knurren nicht gehört. (Heiterkeit.) Es sind noch zum Wort gemeldet die Herren von Hassel, Bach, Bauknecht und Scharnberg. Ich meine, wir sollten diese Herren vor Tisch sprechen lassen. Das Knurren halten wir noch kurze Zeit aus, sonst kommt eine zu starke Zäsur in die ganze rednerische Atmosphäre hinein. (Weber: Hier knurrt es!) Wer knurrt? (Weber: Die haben alle geknurr!) Herr Globke! Geben Sie jedem ein Brötchen! (Lebhafte Heiterkeit.) Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Wir sollten uns besinnen auf das, was in Stuttgart gewesen ist. Dort ist in der Diskussion vor der Öffentlichkeit in einer großen Freimütigkeit an uns Kritik geübt worden. Es ist Tatsache, daß draußen eine schlechte Atmosphäre herrscht. Aber es ist bedrückend, wenn wir nicht bei uns selber diskutieren können aus Furcht, daß uns draußen etwas schief ausgelegt wird. (Zurufe: Sehr richtig!) Wir wären sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie die Herren, die es angeht – unsere Bundesminister –, um deren Anwesenheit wir heute gebeten haben, darauf aufmerksam machen, daß es wirklich dringend erforderlich ist, in ihren Reihen und nicht draußen vor aller Welt zu diskutieren. Wichtige Angelegenheiten zwischen den Parlamenten der Länder – in denen die Regierung von uns gebildet wird – und der Partei zu koordinieren, ist eine der Hauptaufgaben, die ein Landeschef hat. Es kommt darauf an, diese Koordinierung mit einer großen Sorgfalt zu pflegen. Dann wird sich alles andere von selber ergeben.

Ich wäre ferner dankbar, Herr Kollege Krone, wenn wir am Montag in der Klausur klären wollten, ob man nicht die Bundestagsausschüsse und die Fachausschüsse der Bundespartei so miteinander koordinieren kann, daß sie zusammenwirken und nicht getrennt marschieren. (Krone: Das geschieht!) Nicht immer! Ich weiß, daß die Leute auseinandergelaufen sind. (Krone: Unter sich sind sie verschiedener Meinung!) Ich wäre auch dankbar, wenn wir uns heute verständigten, daß hinsichtlich der Koalitionsgespräche für die Wahl 1957 von uns klargemacht wird, was wir wollen. Ich möchte dazu nur eines sagen: Bei uns im gesamten norddeutschen Raum werden die Gespräche, die man offenbar im westdeutschen Raum über die Absichten im Jahre 1957 führt, in einer Weise von der Deutschen Partei heute schon gegen uns ausgeschlachtet, daß ich besorgt bin, daß bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen Überraschungen negativer Art für uns eintreten werden.

Zur Frage der zwölfmonatigen Dienstzeit sollten wir zunächst unseren Freund

Blank hören. Wir müssen heute eine gewisse Klarheit schaffen. Es geht nicht, daß Sie am Montag in eine Klausur gehen, Herr Krone, ohne zu wissen, wie die Partei dazu steht. Ich bin überzeugt, daß wir hier zu einer sehr guten gemeinsamen Auffassung kommen werden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bach.

Bach: Am meisten schadet uns, daß verschiedene Bundesminister und Abgeordnete der CDU draußen im Lande ihre persönliche Meinung zu grundsätzlichen Fragen bekanntgeben. Das gefährdet den Ausgang der kommenden Wahl mehr als alles andere. Wir müssen diese Fragen in der Fraktion oder im Bundesvorstand behandeln und hier die Diskussion austragen, und wir müssen mit einer einheitlichen Auffassung nach draußen hervortreten.

Die Wahl wird entschieden durch die Leute, die keine politische Meinung haben. Die haben uns 1953 zum Wahlsieg geführt. (*Widerspruch und Bewegung.* – *Adenauer:* Das ist ganz falsch, Herr Bach! Die Leute, die uns damals zum Sieg geführt haben, hatten eine politische Meinung! – *Zurufe:* Sehr richtig!) Ich meine, keine parteipolitische Meinung! (*Adenauer:* Das ist etwas anderes!) Die Gefahr ist doch die, daß wir von den Leuten gesagt bekommen: Was wollt ihr eigentlich? Wer hat denn von euch recht, der Bundeskanzler oder der Wirtschaftsminister oder wer? Ich will keinen Namen hier nennen. Aber das ist die Situation, in der wir stehen. Die können wir nur beheben, wenn die Dinge im internen Raum ausgetragen werden.

Es ist besser, wir treffen eine Entscheidung, die zwar nicht ganz richtig ist, die aber als einheitliche Auffassung bekannt wird. (*Zuruf:* Besser eine richtige und einheitliche!) Wenn wir zu einer einheitlichen Auffassung in dieser Frage kommen, haben wir außerordentlich große Chancen im Wahlkampf.

Koalitionsgespräche dürfen erst nach der Wahl geführt werden; alles andere ist Unsinn. Die Freie Volkspartei kommt bei uns nicht zum Zuge. Die FDP ist in vielen Kreisen einfach nicht mehr gesellschaftsfähig. Die ganze politische Atmosphäre wird vielleicht etwas leichter, wenn bei den Kommunalwahlen die FDP statt 12 % nur noch 7 % erhält. Das würde sehr viele Leute nachdenklich stimmen. Das ist möglich, wenn wir geschickt vorgehen.

Der große Fehler, den unsere sozialen Einrichtungen und die Banken machen, ist der, daß sie ihre Gelder nur kurzfristig zur Verfügung stellen. Das führt dazu, daß die Gelder nur noch an Wirtschaftsunternehmen usw. gegeben werden. Den kleinen Leuten ist nicht damit gedient, daß sie einen Kredit für drei Jahre bekommen; die müssen einen Kredit für 20 Jahre haben. Es muß also möglich sein, daß diese Kredite langfristig zur Verfügung gestellt werden. Es ist auch zu überlegen, ob nicht eine gewisse Zinsverbilligung für die Hypotheken eingeführt werden kann. Die Leute müssen heute bis zu 9 % für die erste Hypothek bezahlen. Auf diese Weise kann sich ein Arbeiter oder ein Beamter kein Eigentum verschaffen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bauknecht.

Bauknecht: Herr Bundeskanzler! Sie haben die Frage des sozialen Wohnungsbaues angeschnitten und Ihrer Befriedigung Ausdruck gegeben, daß sich das Kabinett

darüber geeinigt hat, den sozialen Wohnungsbau in der bisherigen Weise weiterzuführen durch eine bestimmte Vorfinanzierung. Sie wissen, daß eine ähnliche Sache auch innerhalb der Landwirtschaft besteht. Durch den Grünen Plan ist eine große Befriedigung in der Landwirtschaft eingetreten, aber zahlreiche Punkte des Grünen Plans können nicht durchgeführt werden, weil nicht das Kapital zur Verfügung steht. Es wäre aus praktischen, parteipolitischen und sozialen Gründen notwendig, daß man hier das gleiche macht wie beim sozialen Wohnungsbau, damit nicht dieser Teil der Wählerschaft verlorengeht.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scharnberg.

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Worte sagen zu der Notenbankfrage. Es wäre außerordentlich gut, wenn von den Erörterungen, die hier in diesem Kreise stattfinden, nichts an die Öffentlichkeit käme. Herr Bundeskanzler! Ich stimme in der Frage hinsichtlich des Sitzes und des Aufgabenkreises der Notenbank, der Einordnung der Notenbankpolitik in die allgemeine Wirtschaftspolitik und auch der Anwesenheit der Präsidenten bei den Kabinettsitzungen völlig mit Ihnen überein und bin anderer Meinung als Erhard und Vocke. Aber wir machen die Dinge schwierig. In meinem Ausschuß⁴³ können wir die Dinge viel eleganter hinkriegen, wenn wir nicht vorher eine große Erörterung über die Notenbankfrage machen.

Herr Bundeskanzler! Wenn Sie die Stimme erheben, dann haben Sie sofort die ganze Presse auf dem Plan. Das ist nicht der Sinn der Sache. Ich stimme mit Ihnen völlig überein in der Beurteilung der Politik der Notenbank. Ich halte diese Politik für weitaus übertrieben, ja geradezu für schädlich. Sie hat geschadet auf dem Gebiet der Kreditgewährung an den Mittelstand; sie hat aber vor allem den Kapitalmarkt so kaputtgemacht, daß wir überhaupt nicht wissen, wie wir die Sache wieder in Ordnung bringen sollen. Und wie verkehrt diese Sache war, ersehen Sie am besten – was vielleicht in diesem Kreis noch nicht bekannt ist – daran, daß die Notenbank stillschweigend ihre restriktive Politik wieder völlig aufgehoben hat. Sie hatte eine Verknappung in der Größenordnung von 2 1/2 Milliarden und hat jetzt 1,8 Milliarden flüssig gemacht, so daß heute noch übrig bleibt eine Verknappung von 700 Millionen.

Ich kann hierzu aus der Fraktionsarbeit berichten, daß wir als erstes Problem nach den Parlamentsferien einen ganzen Vormittag in den Arbeitskreisen 2 und 3 über die Kapitalbildung usw. diskutiert haben und anschließend eine kleine Kommission beauftragt worden ist, über Pläne, die langfristiger Art sind, mit den zuständigen Ressorts zu sprechen. Ich habe mich mit Herrn Schäffer verabredet und Herrn Preusker gebeten, daß er dazukommen möchte. Wir müssen die Beschlüsse des Kabinetts so schnell wie möglich verwirklichen. Es ist die Meinung in diesen Arbeitskreisen, daß wir mit diesen Maßnahmen, die jetzt beschlossen worden sind, zwar eine vorübergehende Hilfe einleiten können – die ja auch notwendig ist, denn es gibt keinen anderen Weg –, aber, à la longue gesehen, muß die Sache weiter ausgebaut werden.

43 Ausschuß des Bundestages für Geld und Kredit (Vorsitzender: Scharnberg).

Ich bin der Meinung, daß die Sozialreform nötig ist, aber die Produktivitätsrente – wie es jetzt heißt – ist im höchsten Maße gefährlich. Sie ist zunächst politisch gefährlich; denn sie bindet ja nunmehr die ganze Rente an den Lohn. Im Lohn ist allzusehr die Gefahr gegeben, daß die Lohnerhöhungen über die Produktivitätssteigerungen hinausgehen. In dem Moment, wo sie das nicht tun, wirken derartige Lohnerhöhungen inflationistisch. Die Gefahr für die Währung rührt letzten Endes aus einem Sektor her, der marktwirtschaftlich nicht geregelt ist und nicht geregelt werden kann, aus dem Sektor Lohn. Im Lohn geht es nur nach oben.

Das ganze Heer der Rentner ist daran interessiert, daß kein inflationistischer Weg gegangen wird. Das war auch eine Bremse, die immer bei den Gewerkschaften gewirkt hat. Wenn Sie jetzt dieses Heer der Rentner politisch anhängen an die Interessen der Lohnempfänger, dann haben Sie eine politische Verschiebung, die außerordentlich gefährlich ist.⁴⁴ Das ist das eine. Das zweite ist die sonstige Gefährdung der Währung dadurch, daß wir eine völlige Doppelwährung bekommen würden durch diese Dinge. Das dritte ist dann die Auswirkung auf die Kapitalmarktbildung, auf die Kapitalbildung, die dadurch zu erwarten ist, daß nunmehr sehr weite Kreise durchaus uninteressiert sind an einer Spartätigkeit. Zu dieser Kapitalmarktgefährdung kommt ein weiteres Moment hinzu. Es wird jetzt übergegangen vom Deckungsverfahren auf dieses Abschnittsverfahren, was ein halbes Umlegungsverfahren ist. Es ist unbestritten und steht auch im Regierungsentwurf, daß die Gelder, die bisher von der Sozialversicherung gespart worden sind, nicht mehr zur Verfügung stehen. Das ist eine Position von 2 Milliarden, die fehlen.

Wir können – und das müssen wir erkennen – die Lebensversicherung auf anderer Basis machen und vielleicht auch gewisse Produktivitätsformeln in die Sache hineinbringen. Was wir nicht finanzieren können ohne an die Währung gebundene Darlehen, das sind 1. der Wohnungsbau, 2. die öffentlichen Haushalte, 3. die Investitionswünsche des Mittelstandes und 4. die Investitionswünsche der Landwirtschaft. Das sind die Dinge, die hier in hohem Maße gefährdet werden durch diesen Entwurf. In diesem Entwurf steht etwas drin, Herr Bundeskanzler, was völlig gegen die sonst erklärte Regierungspolitik angeht. Die Regierungspolitik besagt nämlich, sie wolle die Preise stabil halten. Das ist die ausgesprochene Regierungspolitik. Aber in der Begründung steht, das ist nicht der Fall, sondern es sei eine ständige Geldentwertung da. Und da liegt der Angelpunkt der ganzen Geschichte. Deswegen bitte ich dringend, die EntschlieÙung zu der Sozialreform nach der Richtung heute hier zu fassen, daß wir sagen: Es ist dringend notwendig, daß die Sozialreform noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Ich möchte aber bitten, die EntschlieÙung nicht so zu fassen, daß gesagt wird, daß auch gleichzeitig vom Bundesvorstand die Grundsätze anerkannt werden; denn das ist wirklich eine so komplexe Geschichte, daß sie sich nicht in einer Viertelstunde – auch nicht beim besten Willen – entscheiden läÙt.

⁴⁴ Vgl. dazu HOCKERTS S. 380ff. – auch zum Folgenden; zur Kritik vgl. auch W. TREUE: Robert Pferdmeßges. In: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 13 (1986) S. 200.

Wir haben in der Fraktion beschlossen, am nächsten Mittwoch nachmittag über die Frage der Sozialreform zu diskutieren. Aufgrund der Vorträge des Herrn Vocke und eines Versicherungsmathematikers in der vergangenen Woche, die die Grundlagen des Entwurfs angegriffen haben, haben aus dem Sozialpolitischen Ausschuß – wie mir gesagt worden ist – die Herren sehr große Bedenken geäußert und gesagt, wir können die Verantwortung nicht allein übernehmen, die muß die ganze Fraktion mittragen. Deswegen ist am Mittwoch die Besprechung. Ich würde bitten, nicht eine Richtlinie an die Fraktion zu geben, denn das ist nicht nötig. Wir brauchen nur die eine Richtlinie, die Sozialreform schnell zu verabschieden.

Adenauer: Die Sache ist so wichtig, daß ich Sie bitte, mir zu gestatten, einige Worte dazu zu sagen. Zunächst, Herr Scharnberg, lag es gar nicht in meiner Absicht, einen Beschluß mit Richtlinien vorzuschlagen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir in einer solch kurzen Zeit nicht Stellung nehmen können. Das muß von der Fraktion aus geprüft und entschieden werden. Aber, Herr Scharnberg, ich möchte Ihnen doch sehr nachdrücklich sagen, daß das Geschütz, von dem aus dagegen geschossen wird, mit sehr schlechtem Pulver geladen ist. (*Scharnberg:* Nein! Nein!) Sie haben eben gesagt, daß sich die Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen nicht an der Produktivität stören. Das akzeptiere ich, aber diese Rente soll sich doch gerade an die Produktivität anlehnen, also nicht an Lohnsteigerungen. Kein Mensch denkt daran. Sie müssen sich auf der anderen Seite in die Seele dieser Menschen versetzen, Herr Scharnberg, die doch ein ganzes Leben lang gearbeitet haben und die nun mit ihrer erbärmlichen Rente Jahre des bitteren Hungers hinter sich haben. (*Arnold:* Sehr richtig!) Es geht darum, den Leuten, so gut das denkbar ist, die gesetzliche Sicherheit zu schaffen, daß sie, wenn sie die Rente beziehen, nicht mehr – wie jetzt – jahrelang hungern müssen. (*Arnold:* Sehr gut!) Das ist doch der Zweck der ganzen Sache. Und das müssen wir auch erfüllen.

Ich habe nichts gesagt, Herr Scharnberg, was etwa unserer Maxime, die Preise zu halten, widersprechen würde, aber wir sind doch nicht blind. Wir sehen doch, wie die Lebenshaltung im allgemeinen steigt. Wir sehen weiter, daß – wenn auch in der Bundesrepublik am langsamsten von allen Ländern – überall eine Steigerung der Lebenshaltung Platz greift, zum großen Teil begründet durch die großen Anforderungen, die an das Leben heute gestellt werden. Und da muß man auch den alten Leuten und denjenigen, die ihr Alter vor sich sehen, eine gewisse Sicherheit wenigstens geben, damit sie an dieser gestiegenen Lebenshaltung teilnehmen können. Das sind so wesentliche soziale Gedanken, die wir doch erfüllen müssen, und ich glaube nicht, Herr Scharnberg, daß wir damit die Währung gefährden. Lassen wir doch endlich einmal mit dem Gerede von der Gefährdung der Währung aufhören! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Was werden die Leute, wenn sie die Renten bekommen, zunächst kaufen? Sie kaufen sich ein paar Kleinigkeiten, ein Paar Schuhe und etwas Wäsche. Sie werden auch ein bißchen besser leben. Hören Sie doch einmal einen Mann, Herr Scharnberg, der mit DM 75,- im Monat auskommen muß! Das ist doch menschenunwürdig! (*Arnold:* Sehr gut!) Ich möchte den arbeitenden Menschen so gut, wie das gesetzlich

möglich ist, die Sicherheit geben, daß sie, wenn sie ins Alter kommen, ein anständiges Leben führen können und nicht als Bettler herumlaufen müssen. (*Lebhafter Beifall.*)

Scharnberg: Herr Bundeskanzler! Es ist keineswegs die Absicht, diese Gesichtspunkte nicht zu erfüllen. Darum geht es nicht, sondern es geht um die Frage: Wird die Rente an den Lohn gekoppelt oder nicht? Meines Wissens wird sie gekoppelt. (*Adenauer:* Nein! Sie wird nicht an den Lohn gekoppelt!) An den Index? (*Adenauer:* Auch nicht an den Index! Das ist ja alles nicht wahr, Herr Scharnberg! An die Steigerung der Produktion wird es geknüpft!) Ist Ihnen bekannt, daß von dieser Rentenerhöhung 60 % der kleinen Renten nicht begünstigt werden und daß die Sozialreform nur dazu dient, um die hohen Renten aufzubessern? Glauben Sie, daß man mit einer solchen Sozialreform die Wahl gewinnen kann? Wenn Sie aber die kleinen Renten mit anheben wollen, dann kommen Sie nicht auf eine Belastung von 16 %, sondern auf eine solche von 20 %. Und da liegen die Probleme.

Es ist nicht meine Absicht, dafür zu reden, daß wir keine Sozialreform machen und daß wir nicht versuchen sollten, diesen Gesichtspunkt, den Sie mit Recht herausgestellt haben, zu verwirklichen, aber wir müssen mit den Füßen auf der Erde bleiben und die Dinge richtig sehen. Wissen Sie, daß die Belastungen, die durch die weitere Entwicklung in unserem Volk, wie Verlängerung der Lebensdauer usw., bestimmt zu erwarten sind, überhaupt nicht einkalkuliert sind? So sind die Unterlagen für die Sozialreform gemacht! Ich will nicht gegen die Sozialreform reden, sondern nur darum bitten, keinen Beschluß zu fassen, der in die Richtung geht, von der ich gesprochen habe.

Adenauer: Vielleicht denken Sie einmal an den Beschluß, der auf dem Stuttgarter Parteitag gefaßt worden ist.⁴⁵

Das Wort hat Herr Albers.

Albers: Ich wußte nicht, daß Herr Scharnberg gerade bei diesem Punkt eine besondere Polemik führen wollte. Hätte ich das gewußt, dann hätte ich mich auf einige andere Dinge vorbereitet und ihm damit beweisen können, daß seine Befürchtungen, die er aufgrund der Regierungsvorlage zu haben glaubt, überhaupt nicht begründet sind. Es heißt in der Regierungsvorlage: Anpassung an die Produktivität – und alle fünf Jahre soll geprüft werden, was jeweils ist.

Sie haben viel von dem, Herr Bundeskanzler, was ich sagen wollte, vorweggenommen und haben es auch eindrucksvoller getan, als ich es kann, aber ich frage einmal den Herrn Scharnberg und alle diejenigen, die heute gegen den Entwurf polemisieren: Wie sollen denn die Leute mit ihren DM 85,- im Monat überhaupt leben? Ich habe das auch in Köln einigen Leuten von Versicherungsgesellschaften gesagt und sie gefragt, ob sie bereit seien, einmal die Rolle zu tauschen, um dann mit DM 85,- im Monat zu leben. (*Zuruf:* Sehr gut!) Denken Sie doch an die Leute, die 40 Jahre lang geschuftet haben und dann nur eine ganz kleine Rente bekommen. Hier handelt es sich doch für

⁴⁵ Beschlossen wurden allgemeine Leitlinien; über die detaillierte Ausgestaltung der Sozialreform wurde kein Beschluß gefaßt (vgl. CDU, 6. Bundesparteitag S. 198f.).

uns um ein Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, das wir unbedingt erfüllen müssen! Die Regierungsvorlage hat das getan, was nach meiner Auffassung durchaus verantwortet werden kann. Wir sollten heute eine EntschlieÙung fassen: Die Bundestagsfraktion wird dringend ersucht, bis zum 31. Dezember 1956 das Gesetz zu verabschieden.

Noch ein Zweites: Es ist über die Uneinigkeit in der Partei gesprochen worden. Gestatten Sie mir, Herr Bundeskanzler, ein ganz offenes Wort. Ich bin von den Socken gewesen – wie man in Köln sagt –, als ich am Samstag davon hörte, daß der Herr Dehlers durch Sie wieder so interessant geworden ist. (*Adenauer*: Streichen Sie das s, er heißt Dehler!) Gut! Der Herr Dehler hat Ihnen am Sonntag abend die Quittung durch seine Rede im Rundfunk gegeben.⁴⁶ Ich habe nun die Bitte, nachdem der Herr Dehler wieder so interessant geworden ist, daß wir nicht noch einmal dazu beitragen, ihn in den nächsten Wochen wiederum interessant zu machen; denn auch die FDP-Leute – soweit sie echte Liberale sind – nehmen von diesem Mann kein Stück Brot mehr an.

Adenauer: Ich darf Herrn Scharnberg noch folgendes sagen: Es ist nicht beabsichtigt – Herr Albers rennt damit offene Türen ein –, einen Beschluß wegen der Rentengesetze vorzulegen. Es genügt der Beschluß, der auf dem Parteitag in Stuttgart angenommen worden ist, und zwar nach eingehenden Beratungen im Wirtschaftsausschuß, an denen auch Herr Scharnberg teilgenommen hat. In diesem Beschluß wird ausdrücklich von der Verbindung mit der Produktivität gesprochen.

Aber es hat neuerdings einen Ansturm gegeben gegen das ganze Prinzip. Ich verstehe das nicht, und es ist nach meiner Meinung außerordentlich übertrieben. Gestern abend bei dem Empfang auf dem Petersberg⁴⁷ saß eine Gruppe von CDU-Leuten zusammen mit dem Bundespräsidenten, und die Herren haben nichts wie gegen dieses Gesetz gestänkert! (*Bewegung*. – *Gerstenmaier*: Ist ja gar nicht wahr!) Das hat mir der Bundespräsident gesagt! (*Gerstenmaier*: Der Herr Bundespräsident hat seine gravierenden Bedenken vorgetragen, und wir haben das lediglich zur Kenntnis genommen!) Lieber Herr Gerstenmaier! Sie nehmen so leicht nicht lediglich etwas zur Kenntnis. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen den Gesetzentwurf bei der Fraktion in guten Händen. Ich bin nicht der, der nun behauptet, daß alles in dem Gesetzentwurf schon der Vollendung nahe sei, aber ich hoffe, die Fraktion wird sich auch die Grundprinzipien zu eigen machen.

Damit wollen wir für heute vormittag schließen und in das Zimmer für knurrende Mägen gehen, Frau Weber!

Pause von 14.15 Uhr bis 15.15 Uhr.

46 Nach Meldungen des Pressedienstes der FDP soll Dehler bei seinem Gespräch mit Adenauer eine Rückkehr der FDP in die Koalition abgelehnt haben; diese Meldung der fdk vom 15. September wurde wohl am Sonntag vom Rundfunk verbreitet. Für Montag, den 17. September, war gleichzeitig eine Unterredung zwischen Dehler und Ollenhauer angekündigt worden („Bonner Rundschau“ vom 17. September 1956).

47 Anläßlich des Staatsbesuchs des griechischen Königspaars.

Adenauer: Darf ich bitten, wieder Platz zu nehmen. Unsere Reihen haben sich schon gelichtet. Ich schlage Ihnen vor, daß wir zunächst hören, was Herr Kollege Blank über seinen Fragenkomplex zu sagen hat.

ERGÄNZUNG DES WEHRGESETZES

Blank: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, zwar eine Zusammenfassung – aber doch möglichst kurz – zu geben, und am Schluß werde ich dann auf das Problem der Länge der Dienstzeit zu sprechen kommen. Ich brauche in diesem Kreise nicht zu erwähnen, daß wir über manche Dinge schweigen müssen, denn wir wissen, was das für Konsequenzen haben kann.⁴⁸

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ganze Problem der Wiederaufrüstung habe ich immer gesehen unter zwei Gesichtspunkten, einmal unter dem außenpolitischen, daß Deutschland in diesem Sektor seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllen muß, daß wir dann auch ein außenpolitisches Gewicht bekommen, wenn wir in diesem Konzert des Bündnissystems mit den – gestatten Sie diesen wirtschaftlichen Ausdruck – entsprechenden Aktienpaketen antreten können, was wir bisher nicht konnten. Ich habe es auch immer als ein innenpolitisches Problem angesehen; denn ohne eine entsprechende Militärmacht ist auch ein Staat innen nicht zu konsolidieren. Das wird um so wichtiger werden, je mehr sich gewisse Dinge an der Grenze zutragen oder zutragen konnten.

Ich darf zunächst einmal daran erinnern, daß wir als erste Basis das Freiwilligen-gesetz hatten, das bis zum 31. März dieses Jahres galt und die Bundesregierung nur ermächtigte, Streitkräfte in einer Gesamtstärke von 6.000 Mann einzustellen. Diese Streitkräfte durften aber in keiner Weise irgendwie eine militärische Formation darstellen, sondern sie durften nur verwendet werden zu gewissen planerischen Aufgaben. Ich darf daran erinnern, daß das Parlament im Gegensatz zur Regierungsvorlage in das Gesetz den Satz hineingebracht hat: Zur Vorbereitung des Aufbaues, und nicht, wie ich es damals verlangt hatte: Zum Aufbau der Bundeswehr.

Damit konform ging die Frage, daß auch die Bewilligung von Geldmitteln erst nach dem 31. März begann; denn, diesem Gesetz folgend, wurden nur die Geldmittel bewilligt, die für die 6.000 Mann notwendig waren. Erst dann konnte das Gesetzeswerk in Angriff genommen werden und auch der Aufbau des Ministeriums selber vonstatten gehen. Sie wissen, daß die Bundesregierung in den Zeiten der Verhandlungen, bevor die Verträge effektuiert wurden, gerade wegen der französischen

48 Vgl. zum Folgenden SCHWARZ I S. 299–302; PÖTTERING S. 51–90; Norbert TÖNNIES: Der Weg zu den Waffen. Die Geschichte der deutschen Wiederbewaffnung 1949–1957. Köln 1957; Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972. Hrg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. München 1975, insbes. S. 69–168.

Haltung peinlichst darum bemüht sein mußte, nichts zu tun, was ihr als ein gewisses Vorpellen hätte ausgelegt werden können. Es war immer das Bestreben des Herrn Bundeskanzlers, mir die Weisung zu geben, vorsichtig zu sein, um nicht durch unnütze Dinge die Franzosen zu verärgern und damit das Vertragswerk überhaupt zu gefährden.

Wir standen am 31. März dieses Jahres – ausgehend mit einem Ministerium von einigen hundert Leuten und mit den 6.000 Soldaten – vor der Tatsache, daß wir unsere NATO-Verpflichtungen erfüllen mußten. Diese NATO-Bedingungen lauten auf 96.500 Mann für dieses Jahr. Die Bedeutung dieser 96.000 Mann will ich Ihnen vor Augen führen. Es kommt weniger auf die Zahl an, daß da 1.000 Mann mehr oder weniger sind, sondern die Bedeutung ist wiederum außenpolitisch und innenpolitisch zu sehen; außenpolitisch daran, daß etwa 14.000 bis 15.000 Männer an die Luftwaffe gegangen sind. An den Aufbau einer regelrechten Luftwaffe ist erst zu denken, wenn wir einmal das absolute Fehlen an Düsenjägerpiloten beseitigt haben, und das sind mindestens 3.000 Mann. Es gibt praktisch keinen einzigen Piloten mehr bei uns. Wie teuer die Ausbildung ist und wie lange das dauert, will ich Ihnen nicht weiter ausführen. Es gingen ab etwa 10.000 Mann für die Marine. Nun blieb ein Kern von 65.000 übrig. Aus diesen 65.000 Mann – das war der Plan, den die Regierung gebilligt hatte, als ich ihr das vortrug – wollten wir aufbauen fünf Divisionen, nämlich drei motorisierte Infanteriedivisionen und zwei Panzerdivisionen, ferner eine Luftlandebrigade und eine Gebirgsbrigade und was dazugehört. Mit einer solchen Streitmacht, die immerhin eine gewisse militärische Realität gewesen wäre, hätten wir uns bei so entscheidenden, unsere nationale Existenz berührenden Fragen wie Radford-Plan usw. ganz anders zur Geltung bringen können.

Innenpolitisch ist zu sagen: Solange der Bund nicht über andere Kräfte verfügt, muß das Dasein von Truppen ein gewisses stabilisierendes Element in der innenpolitischen Ordnung sein. Ich weiß, daß ich sehr vorsichtig mit dem sein muß, was ich jetzt sage, denn es kann in Kürze von Ihnen nachgeprüft werden. Ich bin noch immer der Überzeugung, daß im Laufe dieses Jahres die 96.000 Mann zusammenkommen werden. Es sind allerdings große Schwierigkeiten eingetreten, so z.B. beim Wohnungsbau mit den fehlenden ersten Hypotheken. Das hat sich bei mir außerordentlich ungünstig ausgewirkt; denn alle Planungen über das Freiwerden von Kasernen, die jetzt von Flüchtlingen benutzt werden, sind in Nichts zerstoßen, obwohl aus dem Verteidigungsetat noch einmal 35 Millionen gegeben worden sind. Wir haben die entsprechenden Projekte nicht in die Hand bekommen, und die Wohnungen sind nicht gebaut worden. (*Adenauer*: Sagen Sie bitte warum!) Weil der Wohnungsbau als solcher wegen der ganzen Kapitallage und wegen der ungenügenden Mittel nicht hat ... (*Adenauer*: Wegen der Schwierigkeiten zwischen Bund und Ländern!) Jawohl! (*Adenauer*: Und zwar wegen der Schwierigkeiten, die nach meiner Meinung mehr auf seiten des Bundes als bei den Ländern liegen.)⁴⁹ Ich will nur sagen, daß jetzt ein

⁴⁹ Zu den Schwierigkeiten beim Wohnungsbau der Jahre 1955–1957 vgl. BORCHARDT S. 158f., 166f. – Im Juli 1956 wurden von den Bewilligungsstellen der Länder 212 Millionen DM

Umstand eintritt, den zu beeinflussen ich selber gar nicht in der Lage bin. Dennoch bin ich noch immer der Überzeugung, daß ich die 96.000 Mann zusammenbringen werde. Es wird mich noch kneifen und drücken, aber mit Hängen und Würgen werden wir das doch noch einigermaßen unterbringungsmaßig hinkriegen.

Nun möchte ich etwas über das Personelle sagen, damit da keine falschen Auffassungen aufkommen. Es gibt zahlenmäßig genug ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, die sich zur Wiederverwendung beworben haben. Das ist im Grunde uninteressant, denn die Zahl der wieder zur Verwendung kommenden Offiziere begrenzt sich von selbst auf die Kategorien vom Stabsoffizier aufwärts; ob das nun 12.000 oder 15.000 ehemalige Offiziere sind, das spielt im Grunde genommen keine wesentliche Rolle.

Wir müssen etwa 20.000 bis 25.000 Offiziere sowieso im Laufe der nächsten zwei, drei Jahre von den jungen Leuten heranbilden. Wir sollten im Interesse unserer Partei dieses Urteil nach draußen nicht weitergeben, weil wir unsere Leute verärgern; das sind zum großen Teil unsere Leute. Ich habe über 19 Berichte von Abgeordneten hier liegen, im allgemeinen gut bis sehr gut. Gegenwärtig haben wir etwa 20.000 ehemalige Unteroffiziere im Dienst, Leute, die eventuell nur zu verwenden sind in gewissen Funktionsstellungen. Das Unteroffizierskorps, das mit den Truppen über Stock und Stein springt, muß neu herangebildet werden. Es ist eine ungeheure Aufgabe.

Nun ist folgendes gelungen, was mich selber einigermaßen überrascht hat, und zwar durch die Unterstützung, die mir der Kollege Lenz⁵⁰ gegeben hat. Mit seinen Propagandisten haben wir Propagandaaktionen gemacht – Sie kennen das – mit einem erstaunlichen Erfolg, mit dem Erfolg nämlich, daß die Freiwilligen-Meldungen – wir hatten im Schnitt einige hundert in der Woche – bei ungedienten Leuten hinaufgeschneilt sind bis zu dem Höchststand von 4.700 in einer Woche. Aber täuschen Sie sich nicht. Man muß sich völlig darüber klar sein, daß das angreifende Element dieser Freiwilligen die Berechnung war: Du mußt ja doch in Kürze antreten. Darauf war auch, das läßt sich genau bei jedem einzelnen Mann feststellen, die Bewerbung abgestellt. Die jungen Leute sind gekommen, weil sie sagen, in Kürze muß ich doch kommen, aber jetzt gehe ich freiwillig und dann habe ich Chancen, Unteroffizier zu werden.

Gegenwärtig haben wir 62.000 Mann, ausgehend von den 6.000, die wir am 1. April hatten. Sie gliedern sich in etwa 7.000 und einige hundert Offiziere, etwa 20.000 Unteroffiziere, der Rest sind junge ungediente Leute. Ich glaube also, diese Planung trotz der Schwierigkeiten durchführen zu können. Daß dabei eine Reihe von Unzuträglichkeiten und Unzulänglichkeiten in Erscheinung treten, will ich nicht

gegenüber 204 Millionen DM im Juni und 205 Millionen DM im Juli 1955 für den Sozialen Wohnungsbau neu bereitgestellt (vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers für Wohnungsbau – Druck: „Kommunalpolitische Blätter“ vom 25. September 1956).

50 In der Vorlage: Lenze. – Es kann sich hier nur um Otto Lenz und die ADK handeln, nicht um den CDU-Abgeordneten Franz Lenze (geb. 1910), von 1953–1972 MdB. – Zu den gesteigerten Aktivitäten der ADK vgl. JAHN S. 333–335.

berühren; denn das wird Ihnen bekannt sein, und das konnte auch nicht anders erwartet werden.

Nun darf ich mich der Frage der Dienstzeit zuwenden. Dieses Problem wird nach zwei Seiten hin interessant. Als die Bundesregierung das Wehrpflichtgesetz vorlegte⁵¹, war darin eine Dienstzeit von 18 Monaten enthalten, die damals nicht strittig waren. Wenn wir es in Stuttgart zur Abstimmung hätten kommen lassen, würden wir höchstens zwei, drei Stimmen in der Fraktion gegen die 18 Monate bekommen haben. Aber wir haben es nicht getan, weil wir befürchten mußten, daß es aufgrund der politischen Lage, in der sich einige deutsche Regierungen befinden, zu Schwierigkeiten bei diesem Passus in der Beratung im Bundesrat kommen werde. Da wir vor der Situation standen, daß das Gesetz eventuell im Bundesrat scheitern würde, hat der Abgeordnete Jaeger den Ihnen bekannten Vorschlag gemacht⁵², das herauszunehmen und das Gesetz so durchgehen zu lassen, die Dienstzeit aber in einem Ergänzungsgesetz zu bringen. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß dieses Ergänzungsgesetz nicht der Zustimmung des Bundesrates unterliege. Ich will den Streit darüber nicht aufrühren. Es mag völlig gleichgültig sein, wer recht hat. Tatsache ist jedenfalls, wenn wir damit rechnen müssen, daß von seiten des Bundesrates es bei diesem Gesetz Schwierigkeiten gibt, dann steht die Bundesregierung vor der Situation, sich zu überlegen, was zu machen ist. Der Herr Bundeskanzler hat mir vor einiger Zeit gesagt, die gesamte politische Lage, auch die innerparteiliche bei uns, könne es zweifelhaft machen, ob wir mit einem Dienstzeitgesetz von 18 Monaten durchkämen. Dabei darf man nicht aus dem Auge lassen, daß eine der größten Schwierigkeiten dadurch entstanden ist, daß just an dem Tage, als im zweiten Durchlauf im Bundesrat das Wehrpflichtgesetz⁵³ über die Bühne ging, diese Ihnen bekannte Bedarfs-Geschichte kam, die uns – wie man in Dortmund sagt – die Stelzen unter den Beinen weggehauen hat. Kurz und gut, die Auffassung des Bundeskanzlers war die: Es erscheint fragwürdig, ob wir ein solches Gesetz mit 18 Monaten Dienstzeit durchbekommen; wir sprechen unter Parteifreunden. Sollen sich Bundesregierung und CDU der Gefahr aussetzen, in einer so entscheidenden Frage eine Niederlage im Parlament zu erleiden? Die Antwort kann nur lauten: Nein! Wenn wir nicht damit rechnen können, die uns politisch nahestehenden Kräfte so zu stärken, daß sie für den alten Regierungsentwurf eintreten, dann hat es keinen Zweck, dann müssen wir einen neuen Entwurf machen.

Wir haben daher einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der mit einer sorgfältigen Begründung, und zwar weniger einer rechtlichen, als vielmehr einer fachlichen versehen sein muß. Und warum das? Noch vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung

51 BT-Drs. 2303 vom 12. April 1956, erste Beratung im Bundestag am 4. Mai 1956 – Sten.Ber. 2.WP Bd.29 S. 7480–7555.

52 Am 29. August 1956. – Vgl. UiD vom 6. September 1956.

53 Der Entwurf des Wehrpflichtgesetzes war erstmals am 23. März, das Wehrpflichtgesetz schließlich am 20. Juli 1956 im Bundesrat behandelt worden (Verhandlungen des Bundesrates 1956, Sten.Ber. 156. Sitzung S. 97–102, 162. Sitzung S. 251–260).

eine Denkschrift veröffentlicht, in der sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Argumenten die Notwendigkeit einer 18 Monate dauernden Dienstzeit dargelegt hat. Des weiteren haben die Gutachter, die vom Verteidigungsausschuß im Parlament gehört worden sind, ihrerseits dargetan, die Bundesregierung habe in diesem Punkte recht, ja sie gehe sogar nicht einmal weit genug, es müsse mehr sein. Das steht auch in der Welt. Zum anderen stehen natürlich in der Welt unsere NATO-Verpflichtungen. Und dazu sind 12 Monate nicht ausreichend! (*Zuruf: Aha!*) Es ist das Bombardement kaum mehr auszuhalten, was jetzt von der NATO auf uns zukommt. So beschwört uns z.B. der Generalstabschef Schnyler⁵⁴, wenn wir mit einer zwölfmonatigen Dienstzeit kämen, dann würde die NATO-Geschichte zusammenrutschen. Ich darf das Wort zitieren, das er mir heute hat mitteilen lassen: Das wäre der erste gewaltige Sieg der Russen in diesem Kalten Krieg.

Wir stehen nun vor der Frage, wie wir das Beste daraus machen. Ich bedaure, daß man innerhalb und außerhalb unserer Partei bei dieser prekären Situation, ohne daß man ein Wort mit dem Verteidigungsminister spricht, mit den Dingen wahllos an die Öffentlichkeit geht. Damit erreicht man draußen nur den Eindruck, daß entweder die Herren [nicht] richtig informiert sind, oder aber es wird angenommen, der Verteidigungsminister weiß nicht, wie gegenwärtig die Verteidigungspolitik der von der CDU geführten Regierung aussieht. So kann man es nicht machen. Ich darf das bitte einmal aussprechen. Ich muß zu einer Lösung kommen, bei der ich der NATO klarmachen kann: Wenn wir eine zwölfmonatige Dienstzeit bekommen, dann bedeutet das keine Schwächung des Verteidigungspotentials. Diese Lösung gilt es zu finden. Und die glauben wir nun gefunden zu haben.

Noch einen Satz bin ich mir und meinen Mitarbeitern vom Fachlichen her schuldig. Wenn es politisch erreichbar wäre, würde ich bis zum Äußersten für die 18 Monate kämpfen. Aber Windmühlenkämpfe soll man ja nicht führen. Wenn wir auf 12 Monate umschalten müssen, dann müssen wir den Anteil derjenigen, die Berufssoldaten sind, also der Längerdienenden, erhöhen. Trotz allen Geredes von Umrüstung und ähnlichen Dingen läßt sich an den 500.000 Mann nichts subtrahieren. Sie werden sehen, daß wir im Laufe der Zeit, wenn wir die Heimatverteidigung intensivieren wollen, sogar noch in eine gewisse Bedrängnis kommen.

Wir müssen jetzt versuchen, die Kampfkraft zu erhalten und mit den 12 Monaten Dienstzeit hinzukommen. Wir glauben, nun die Lösung wie folgt gefunden zu haben: Ich bin dem Herrn Bundeskanzler außerordentlich dankbar dafür, daß er diese Dinge nicht nur mit mir, sondern auch mit den an der Wehrmacht beteiligten Herren besprochen hat. Ursprünglich war daran gedacht, die 500.000 so aufzuteilen: 230.000 Längerdienende und 270.000 Dienstverpflichtete. Das war ein Verhältnis von 46 % Längerdienenden zu 54 % Dienstpflichtigen. Bei 18 Monaten Dienstzeit wäre ich damit auch hingekommen; denn der Jahrgang 1937 zählt 424.000. Dann fallen die

54 In der Vorlage: Snyder. – General Cortlandt van Reusselaer Schnyler, Chef des Generalstabs von General Lauris Norstad.

Zahlen ab bis auf 262.000 im Jahre 1945 und klettern dann wieder hoch auf 317.000. Da erfahrungsgemäß von diesen Kräften wegen körperlicher Untauglichkeit oder aus sonstigen Gründen immer nur die Hälfte eines Jahrganges zur Verfügung stand, hätte das bedeutet, daß die Jahrgänge 1937 und 1938 etwa 200.000 Rekruten ergeben hätten, die späteren Jahrgänge wären auf etwa 160.000 bis 180.000 abgefallen.

Sie sehen also, daß man die 270.000 Mann nur dadurch bekommt, daß man die Angehörigen zweier Jahrgänge zugleich unter den Fahnen hat, einen vollen Jahrgang und von dem nächsten ein Quartal oder zwei Quartale. Gehen wir aber auf 12 Monate zurück, dann bekommen wir die Zahlen nicht zusammen, denn hier gehen wir von 200.000 Mann aus. Wir machen es jetzt umgekehrt, indem wir statt 230.000 Längerdienende nunmehr 300.000 und 200.000 Gezogene nehmen; dann ist der Jahrgang stark genug, und ein Jahrgang ist unter den Fahnen. Man kann vom Militärischen her sagen, der innere Wert einer solchen Truppe würde im Streitfall noch ein geringes Plus haben, weil sie eine größere Anzahl erfahrener Soldaten aufweist. Kollege Arnold hat in einem Punkt unrecht, wenn er sagt, damit würden auch mehr Reservisten gewonnen. Aber das braucht nicht entscheidend zu sein.

Wenn wir nun diese Umschaltung vornehmen, kommen wir zu folgendem Ergebnis: $\frac{3}{5}$ Längerdienende und $\frac{2}{5}$ Wehrpflichtige. Da bei der Luftwaffe und der Marine der Anteil der Wehrpflicht seiner Natur nach außerordentlich gering ist, trifft das im wesentlichen jetzt das Heer. Das Heer hat in Zukunft 50.000 Gezogene weniger und dafür eine entsprechende Anzahl Längerdienende mehr. Bei den Bewerbungen zeigt sich, daß die Masse der Freiwilligen zur Luftwaffe oder zur Marine will. Wir müssen die Leute sehr bearbeiten, um sie dazu zu bewegen, ins Heer einzutreten. Beim Heer muß ich hinsichtlich der Stärke folgendes Verhältnis herbeiführen: 200.000 Längerdienende und 180.000 Gezogene, d.h., auf einen Längerdienenden kommt nur 0,9 Gezogener. Ich bitte Sie, aus der derzeitigen günstigen Lage der Freiwilligen-Meldungen keine falschen Schlüsse zu ziehen. Wir wissen nicht, wie lange das anhält. Wir wissen aber genau, daß bei diesen Leuten die Erwartung dahintersteht: Ich muß im nächsten Jahr doch dienen. Ferner kommen diese Leute mit einer gewissen Hoffnung auf eine militärische Laufbahn.

Ich hoffe, daß das Bundeskabinett möglichst bald eine Entscheidung über die Gesetzesvorlage – die 12 Monate zum Inhalt hat – trifft, damit die Regierung die Führung in dieser Frage in der Hand behält. Eine andere Lösung habe ich nicht zu bieten. Das andere wäre mir lieber, Herr Bundeskanzler, aber dieses wäre eine Lösung, die den inneren Militärwert behält und die auch gegenüber der NATO vertretbar erscheint. Wir könnten dartun, daß wir damit die gleiche Schlagkraft behalten. Einen anderen Vorschlag kann ich Ihnen leider nicht machen.

Adenauer: Herr Blank! Vielleicht ergänzen Sie den Vortrag mit der Beantwortung folgender Fragen: Wann werden die ersten Wehrpflichtigen gezogen, wieviel sollen es sein, und wie sind sie untergebracht?

Blank: Aufgrund des Wehrpflichtgesetzes sollen diejenigen, die nach dem 30. Juni 1937 geboren sind, noch in vollem Umfange wehrpflichtig werden. Wir würden

zunächst beginnen, die Leute zu mustern. Da wir die Leute quartalsweise einziehen wollen, aus Gründen, die in der Wirtschaft liegen, und um einen kontinuierlichen Fluß im militärischen Leben zu haben, könnte praktisch die Einziehung des ersten Quartals erst am 1. April erfolgen. Das wären praeter propter, wenn man 50 % zugrunde legt, 40.000 Mann. Ob man das fortsetzt, darüber wollte ich nicht reden, das ist eine politische Entscheidung, die Sie sich vorbehalten haben. Das könnten wir heute offenlassen.

Zur Unterbringung folgendes: Obwohl sich unsere Erwartungen nicht erfüllt haben und die Projekte nicht frei geworden sind – ich will niemandem die Schuld zumessen –, habe ich immer noch die Überzeugung, daß uns keine Baracken, sondern Kasernen in vollem Umfang von den Alliierten zum 1. April zur Verfügung gestellt werden. Ich habe aber eine andere Sorge. Wir stellen in zunehmendem Maße eine Obstruktion bei den Kommunen und Ländern hinsichtlich der Frage des Wehrersatzwesens fest. Wir sind soweit, daß heute Landräte und Bürgermeister zusammenkommen und Entschließungen fassen, daß sie aus Gewissensgründen nicht in der Lage seien, das Wehrersatzwesen – das ja nach dem Gesetz zum Teil den Ländern übertragen wurde – durchzuführen. Ich habe einen erschütternden Bericht gestern darüber bekommen.

Die Dinge laufen sehr zähflüssig. Hier muß unbedingt etwas getan werden. Wir müßten einmal in aller kürzester Zeit die auf unserem Boden stehenden Länderchefs zu einer Unterhaltung über diese Angelegenheit bitten; denn bei einer solchen Obstruktion sind wir nicht in der Lage, die Leute einzuziehen. Die Ausführung des Wehrersatzwesens hängt wesentlich von dem Willen der Länder ab. Wir fallen glatt unter den Tisch, wenn von dieser Seite her eine solche Obstruktion erfolgt. Das Freimachen und den Neuaufbau von Kasernen und alles, was damit zusammenhängt, kann der Bund nicht allein gestalten. Ich halte es – und das ist eine klare Antwort auf Ihre Frage – für möglich, daß wir unter Anspannung aller Kräfte am 1. April mit der Einziehung beginnen können.

Adenauer: Darf ich das Wesentlichste kurz hervorheben wegen der Diskussion: 1. Zwölf Monate Dienstzeit, gleichzeitig aber auch Vermehrung der Längerdienenden um 70.000 Mann und dadurch Erhöhung der Kosten, 2. Einziehung der Wehrpflichtigen am 1. April unter der Voraussetzung, daß sie ordnungsgemäß untergebracht werden. Ich habe Herrn Blank gesagt, wir dürfen unter keinen Umständen – und das gilt für die Bundesregierung wie für die Partei – gegenüber der Obstruktion, die von der SPD geflissentlich im Lande getrieben wird, kapitulieren. Deswegen ist es ganz ausgeschlossen, nun einfach zu stoppen, bis die Wahlen vorüber sind. Auf der anderen Seite dürfen wir natürlich mit der Einziehung nicht dann erst kommen, wenn gerade die Wahlscheine geschickt werden, sondern es muß ein Raum dazwischenliegen, der leider nicht größer bemessen werden kann, als Herr Blank gesagt hat, nämlich vom 1. April bis zu den Wahlen im September.

Die dritte Voraussetzung besteht darin, daß die Leute ordentlich untergebracht werden. Und wenn Sie nur 30.000 unterbringen können, dann bin ich dafür, auch nur

30.000 statt der vorgesehenen 60.000 einzuziehen. Die anderen müssen dann so lange warten, bis eine anständige Unterbringung möglich ist.

Eine ganz ernste Frage – die aber losgelöst ist von der ganzen Wehrfrage – ist diese Obstruktion der Behörden in den Ländern, wodurch die Grundlagen unseres Grundgesetzes auf das schwerste erschüttert werden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist eine Frage, über die wir hier einmal gesondert sprechen müssen. Wenn man nämlich die Grundlagen der Verfassung nicht mehr beachtet, dann darf man sich nicht wundern, wenn sie von oben auch nicht mehr beachtet werden.

Von Hassel: Als sich die Länderchefs der CDU und die Mitarbeiter des Herrn Blank vor den Parlamentsferien mit dem Bundeskanzler unterhielten, sind wir davon ausgegangen, daß die Frage, ob die 18 Monate Dienstzeit zustimmungspflichtig sei oder nicht, zunächst einmal ausgeklammert werden müsse. Es besteht kein Zweifel darüber, daß in dem Augenblick, wo wir sagen, die Wehrpflicht bedarf nicht der Zustimmung des Bundesrates, ein Verfassungskrieg allerersten Ranges käme. Darauf sollte man es also nicht abstellen. Ich glaube auch, darüber sind wir uns hier einig.

Wenn wir in den Ländern etwas darüber gesagt haben, ob wir 12 Monate oder 18 Monate für richtig hielten, so aus der Sorge heraus, weil uns in diesem Zeitraum draußen die Dinge in einer Weise um die Ohren geschlagen wurden, daß wir in der Tat die größten Schwierigkeiten für den Bundestagswahlkampf befürchten mußten. Es ist in einem schnellen Tempo kurz hintereinander zunächst von der FDP erklärt worden, sie sei für 12 Monate⁵⁵; die Deutsche Partei hat ebenfalls durch Hellwege erklärt, 12 Monate seien völlig ausreichend.⁵⁶ Die Meinung einer größeren Kommission in England, die sich aus Rundfunkleuten und Journalisten zusammensetzte, ging dahin, kein Engländer würde uns dieserhalb einen Vorwurf machen. Wenn wir also nicht in einer vorsichtigen Form angedeutet hätten, daß in der CDU darüber Diskussionen und Gespräche im Gange sind, dann hätten wir uns nachher wahrscheinlich einem erheblichen Vorwurf gegenübergesehen.

Wir sind Ihnen dankbar, Herr Blank, daß die Vorlage in dieser Form erarbeitet worden ist. Ich habe das Gefühl, daß keiner in diesem Raum von den Gedanken, die Sie wegen der 12 Monate geäußert haben, in irgendeiner Form abgehen wird. Insofern bedarf es darüber keiner Diskussion. Wenn allerdings irgendwo Schwierigkeiten auftauchen sollten, dann sollten wir darüber diskutieren. Wir tun gut daran, Herr Blank, wenn wir die Vorlage so schnell wie möglich vorlegen. Es gibt Leute, die durchaus meinen, diese Vorlage und die Einziehung sollte man bis nach den Wahlen zurückstellen. Ein solches Verfahren halte ich für verhängnisvoll; denn dann würde die Sozialdemokratie im Wahlkampf sagen: Wir haben es bisher verzögern können, wartet ab und wählt richtig, dann wird der ganze Spuk überhaupt beseitigt.

55 Bereits bei der zweiten Lesung des Wehrpflichtgesetzes am 4. Juli 1956 durch den Abgeordneten Karl Atzenroth vertreten – Sten.Ber. 2.WP Bd.31 S. 8597f.

56 Artikel „Mehr Verständnis für die Jugend“ („Die Welt“ vom 1. September 1956).

Zur Frage des Einziehens und zum Tempo des Aufbaues! Es gibt draußen viel Ärger durch Unzulänglichkeiten dieser oder jener Art. Dazu folgendes:

1. Ich glaube, daß wir alles zu kompliziert gemacht haben. Die Dinge sind so, daß heute niemand draußen eine Entscheidung treffen kann, und zwar ganz einfacher Art, wie Beschaffung, Ausstattung der Unterkünfte usw., so daß man darüber nachdenken muß, wie man die Dinge vereinfachen kann. Man könnte z.B. für eine gewisse Übergangszeit den Leuten draußen eine größere Vollmacht geben, damit sie aus eigener Verantwortung entscheiden können.

2. Es herrscht eine große Verärgerung bei den Soldaten, weil das Besoldungsgesetz noch nicht da ist. Die Sozialdemokraten gehen durch die Kasernen und erklären, das ist ein Skandal, daß das Besoldungsgesetz noch nicht da ist. Aber wir Sozialdemokraten bringen das Besoldungsgesetz in Ordnung. In der bundestagsfreien Woche sind diese Fälle zu Dutzenden durch sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete exerziert worden.

3. Wir müssen bauen für die Offiziere, Unteroffiziere oder Bediensteten der Wehrmacht. Dazu müssen die Baugenossenschaften die ersten Hypotheken aufbringen. Die übrigen Baugelder gibt Herr Schäffer. Wir können aber diese Häuser für Offiziere usw. nicht noch erstellen aus dem Hypothekenvolumen, über das wir verfügen. Diese Frage muß vom Bund geregelt werden. Wenn diese Dinge ausgeräumt sein werden, dann wird alles andere leicht erledigt werden können.

Adenauer: Ich glaube, da liegt ein kleines Mißverständnis vor. Herr Blank verhandelt jetzt mit den Alliierten, damit diese so viel Kasernen und Wohnungen freigeben, daß wir 60.000, zumindest aber 30.000 Mann unterbringen können. Die weitere Einziehung würde erst erfolgen Anfang 1958. Wir können nicht sofort nach den Bundestagswahlen einziehen, sonst heißt es, die haben das absichtlich hinausgeschoben.

Blank: Eine Reihe solcher Projekte werden geräumt, andere werden neu gebaut. Die Alliierten müssen helfen, und wir müssen endlich einmal zu einem Ergebnis kommen. Wir müssen sagen können, am 1. Juni rückt dort ein Bataillon ein. Das ist ja bisher alles noch nicht. Erst wenn der letzte Schuh im letzten Spind steht, kann ich das machen, was Herr von Hassel gesagt hat. Sie wissen, Herr von Hassel, der Staatssekretär Rust hat in seiner Stellung riskiert, was man in einer solchen Stellung überhaupt riskieren kann. Er stolpert nicht über Zwirnsfäden, aber schließlich sind wir doch an die Haushaltsordnung gebunden und haben den Rechnungshof hinter uns. Doch es steckt etwas Wahres darin. Wir müssen gewisse überspitzte Regelungen, die gemacht worden sind in der Trennung des Militärischen vom Zivilen, revidieren. (*Von Hassel:* Das ist der Punkt!) Deshalb gibt es nichts Falscheres, als eine Organisation zu machen, denn diese Bundeswehr braucht für einige Jahre die Freiheit, den auftretenden Erfordernissen gegenüber mal so oder mal so zu arbeiten. Man kann sie nicht in ein solches Bett pressen. Und Erfahrungen können wir erst sammeln; denn der Vorgang, aus dem Nichts heraus eine Armee von 500.000 Mann aufzustellen, ist einmalig in der deutschen Geschichte. Das muß man einsehen.

Zum Besoldungsgesetz folgendes: Der Jammer ist der, daß dieses Gesetz seit Jahr und Tag im Bundestag liegt und nicht zu Ende kommt.⁵⁷ Ich habe mir alle Mühe gegeben im Parlament, aber man stößt auf die absolute Unmöglichkeit, weil der Kollege Kleindinst⁵⁸ der Auffassung ist, daß erst das Besoldungsrahmengesetz fertig gemacht werden müsse. Der Kollege Jaeger hat einen Ausweg gefunden und will durch ein Initiativgesetz der CDU-Fraktion einen bestimmten Artikel des Soldatengesetzes ändern, um uns die Vollmacht zu einer Besoldungsverordnung zu geben⁵⁹; diese Vollmacht haben wir nicht. Dann würden Bundestag und Bundesrat bis zum Inkrafttreten des Besoldungsgesetzes gemeinsam eine Besoldungsverordnung erlassen. Hier habe ich die Auffassung: Wir können keine Besoldungsordnung mehr machen, die sich anlehnt an das, was wir im vergangenen Jahr fertiggestellt haben.

Ich darf etwas zur parteipolitischen Einstellung der Offiziere sagen. Es hat eine wahre Invasion von Besuchen in den Sommerferien stattgefunden. Ich freue mich darüber. Unglaublich viel Abgeordnete sind in den Kasernen gewesen und haben die Leute gefragt und das Ergebnis zu Papier gebracht. Das Offizierskorps und die jungen Leute stehen mit offenen Armen vor uns. Erler, Ollenhauer und Mellies⁶⁰ sind entsetzt gewesen über die Berichte, die sie aus diesen Kreisen bekommen haben; sie haben mich selber zu einer Unterhaltung gebeten. Daraus ist zu ersehen, wie ablehnend diese Leute der Sozialdemokratie gegenüberstehen; denn sie fühlen dauernd diese Wehrfeindlichkeit der Sozialdemokratie.⁶¹

Jetzt kommt etwas Bedeutsames für unsere Partei. Ich behaupte nicht, daß die 7.200 Offiziere CDU-Leute sind, aber die Führung dieser Leute und Verbände ist in guten Händen. Ich behaupte, daß diese Leute mit offenen Armen vor uns stehen. Hüten wir uns davor, sie tagtäglich erneut – ich muß das in Dortmunder Deutsch sprechen, ich kann das nicht anders ausdrücken – vor den Bauch zu treten.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Als ein Mann, der nicht den Vorzug unserer Generation gehabt hat, eine Uniform der deutschen Armee zu tragen, bin ich mir bewußt, daß ich als völliger Außenseiter hier spreche. Es ist auch nicht meine Pflicht und Aufgabe, zu militärischen Fragen im materiellen Sinne das Wort zu nehmen. Ich will einige politische Erwägungen anstellen, von denen ich allerdings der Meinung bin, daß sie für unsere Partei und für die zukünftigen Positionen, in

57 BT-Drs. 1993 vom 29. Dezember 1955; Bundesbesoldungsgesetz vom 27. Juli 1957 – BGBl I S. 993; vgl. Nr. 17 Anm. 69.

58 Dr. Josef Ferdinand Kleindinst (1881–1962), 1948–1949 MdPR (CSU), 1949–1957 MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Beamtenrecht).

59 Wehrsoldgesetz vom 30. März 1957 – BGBl I S. 308.

60 Wilhelm Mellies (1899–1958), 1925–1933 Mitglied des Lippischen Landtages (1929–1933 Präsident, SPD), 1948–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1958 MdB.

61 KLOTZBACH S. 360f.; vgl. auch Artikel „Ohne mich“-Propaganda und Soldatenhetze in Uid vom 6. September 1956.

denen wir uns bewegen werden, von großer Bedeutung sind. Alles, was ich sage, steht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt: Wirkung auf die Wahl im Jahre 1957.

Ich gehe von etwas aus, was in der Kontroverse der letzten Wochen nicht bestritten worden ist; ich gehe davon aus, daß folgende Überlegung, als wir in Stuttgart in der Fraktion die Zustimmung zu dem Wehrgesetz beschlossen haben⁶², jedermann klar vor Augen gestanden hat: Das Gesetz wird, wenn es beschlossen ist, im Blick auf die Wahl 1957 einen wesentlichen Erfolg haben, wenn die Einziehungen so rechtzeitig erfolgen, daß die Soldaten sich in ihren Kasernen bereits einigermaßen zurechtgefunden haben und daß ihre Reaktion auf die Einziehung bei ihrem ersten Heimaturlaub ein werbender Faktor für die Wehrpolitik, d.h., für die von uns heiß erkämpfte politische Entscheidung ist.

Meine erste Frage in diesem Kreis geht dahin, ob diese Erwartung auch heute noch gerechtfertigt ist. Ich bin der Meinung, daß diese Frage politisch berechtigt ist und daß sie nirgendwo so ernsthaft gestellt werden muß wie an diesem Tisch. Niemand in Deutschland ist für diese Frage so zuständig wie dieser Tisch mit den Damen und Herren, die heute hier versammelt sind. Die Frage kommt ja nicht so ganz von ungefähr; denn zwei Dinge geben mir Veranlassung, die Frage in dieser Präzision zu stellen. Das eine sind die unbestrittenen Meldungen über die Testfeststellungen zum Absinken unserer Stimmen bei den öffentlichen Meinungsbefragungen⁶³, und das zweite sind Berichte über die Situation bei der Unterbringung der Truppen, bei der Ausbildung des Lehrpersonals, kurz und gut, bei der Organisation der neuen Armee, und zwar Berichte, wie ich sie zum Teil von Militärsachverständigen, zum Teil von Abgeordneten in den letzten 14 Tagen bekommen habe. Diese Berichte lassen sich auf einen Nenner bringen. Sie gehen dahin, daß aller Wahrscheinlichkeit nach nicht damit gerechnet werden kann, daß dieser werbende Erfolg im nächsten Jahr noch gesichert sei, sondern es muß damit gerechnet werden, daß infolge von Verzögerungen – für die der Herr Bundesverteidigungsminister im einzelnen nicht verantwortlich gemacht werden kann – und Umständen besonderer Art dieser Erfolg im nächsten Jahr nicht gewährleistet ist.

Ich muß gestehen, daß mir diese Frage vordringlicher zu sein scheint, als die Frage 12 oder 18 Monate Dienstzeit. In der Sache mit den 12 oder 18 Monaten wäre ich bereit, so zu denken: Wenn ich von Bonn nach Stuttgart fahren will, ist es mir unmöglich, eine Fahrkarte bis Karlsruhe zu kaufen und dann von dort aus zu Fuß zu gehen. Mit anderen Worten, wenn man schon eine Armee macht, dann muß man das auch richtig machen, nämlich das, was unbedingt notwendig ist. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Wenn es allerdings mit 12 oder gar mit 9 Monaten zu machen ist, dann werden Sie in mir einen Befürworter der 12 bzw. 9 Monate finden.

62 Während des CDU-Parteitags am 26. April 1956 (ACDP VIII-001-1007/2).

63 Die letzten Meinungsumfragen signalisierten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU/CSU und SPD (je 40 %) sowie eine nachlassende Zustimmung zur Politik Adenauers, so daß das Institut für Demoskopie seine Analyse der Umfrage vom 27. August 1956 mit dem Titel „Symptome und Hintergründe einer Krise“ versah (NL Lenz ACDP I-172-040).

Das andere scheint mir viel wichtiger zu sein: Was muß geschehen, um das Risiko des Stellungsbefehls so gering wie möglich zu machen, damit dieser Stellungsbefehl für uns noch in irgendeiner Weise ein werbender Faktor, zumindest aber nicht ein schädigender wird?

Eine weitere Frage, über die ich nichts gehört habe von Herrn Blank, ist das, was sich mit dem Radford-Plan bzw. mit der Vokabel „Umrüstung“ verbindet.⁶⁴ Herr Krone hat heute morgen kurz darüber gesprochen. Ich bin nicht der Meinung, daß sich mit diesem Wort die Einstellung verbinden muß, daß alles falsch gewesen sei, was wir gemacht hätten. Davon kann keine Rede sein. Aber die Weltlage ist so im Fluß, warum sollte sie es nicht in militärischer Hinsicht sein. Ich bin der Meinung, wir bleiben Herr der Lage, wenn wir nicht ins Schlepptau genommen werden von Erwägungen, die bei den Westmächten angestellt werden, sondern es müssen Erwägungen sein, die von uns aus aufgrund unserer politischen und geographischen Situation mit unserem eigenen Urteil betrachtet werden müssen.

Ich frage, ob das, was sich mit dem Wort Radford-Plan bzw. Umrüstung verbindet, im Blick auf das, was wir politisch zu vertreten haben, überlegt und durchdacht worden ist? Ich frage es nicht zuletzt im Blick auf den Wahlkampf. Es ist nicht genug, wenn wir im Wahlkampf mit dem Argument auftreten, daß die SPD früher ausreichende Äußerungen über die grundsätzliche Bejahung des Verteidigungswillens ausgesprochen, dann aber das Wehrgesetz abgelehnt hat. Diese Argumentation reicht nicht aus und wird auch der Situation nicht gerecht, sondern es werden die Hauptargumente auf die Hörner genommen werden müssen, die heute in breiter Front von SPD-Leuten wie Erler⁶⁵ usw. im Radio vertreten werden. Ich bin aufgrund von Umfragen davon überzeugt, daß sie nicht wenig zu dem beigetragen haben, was den Schwerpunkt der Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers offenbar bestimmt hat. Der Herr Bundeskanzler hat heute als Schwerpunkt seiner Darlegungen einen Appell an den Glauben und an die Richtigkeit unserer Politik gerichtet. Die CDU hat eine Bereitschaft zum echten politischen Glauben. Was uns hier an diesem Tisch und in der nächsten Woche in der Fraktion aufgegeben ist, das ist die Prüfung des Gegenstandes, an den wir glauben; das ist die Prüfung des Inhalts unseres politischen Glaubens. Hier bin ich der Meinung, daß es nicht mit dem Appell getan ist, sondern daß sehr genau in Nuancen und Definitionen gesprochen und unterschieden werden muß. Ich nenne das Kapitel „Umrüstung“ und was möglicherweise daraus folgt für die Organisation und die Einrichtung der deutschen Armee, was ja für unser ganzes politisches Verhalten von großer Bedeutung ist. Ich wäre dankbar, wenn wenigstens über diesen Punkt hier noch ein Wort der Aufklärung gesagt werden könnte.

Adenauer: Das ist eine politische Frage. Wenn ich mich recht entsinne, hat Herr Krone heute morgen mit Recht gesagt: Laßt doch endlich das Wort „Umrüstung“ weg.

⁶⁴ Vgl. dazu ein Interview Blanks mit dem WDR in UiD vom 26. September 1956.

⁶⁵ Erler hatte zuletzt am 12. September 1956 im Hessischen Rundfunk gesprochen; zur Haltung Erlers vgl. SOELL 1 S. 195–232, 338–351, hier S. 216 Anm. 141.

Es ist keine Umrüstung, sondern es handelt sich um zweierlei Fragen hier, von denen man eine Frage in der Öffentlichkeit nicht aussprechen kann. Lassen Sie mich die zuerst nennen. Bei der Westeuropäischen Union haben in der letzten Sitzung⁶⁶ alle beteiligten Mächte gesagt, wir können es nicht ertragen, daß nur zwei Mächte in der Welt die großen nuklearen Waffen haben und damit über das Schicksal der Welt bestimmen. Das ist eine hochpolitische Frage, die sich im Augenblick unter keinen Umständen zu einer Erörterung in der Öffentlichkeit eignet.

Die zweite Frage ist ganz simpel, wenn Sie wollen. Ich habe das heute angedeutet, als ich davon sprach, daß man zuerst aus einer Büchse geschossen hat, wozu zwölf Mann nötig waren. Einige trugen die Büchsen, die anderen trugen die Gabel, die in die Erde gesteckt wurde, andere trugen das Pulver usw. (*Gerstenmaier*: Die Schwaben haben das Pulver verwaltet!) Die Schwaben das Pulver! (*Heiterkeit*.) Meine Damen und Herren! Es wird von den Amerikanern – wahrscheinlich auch von den Russen – versucht, die nuklearen Waffen in ihrem Format und in ihrem Wirkungsbereich kleiner und intensiver zu machen. Das sind die beiden Ziele. Mir sagen die Militärs, das sei keine Sache des Militärs, sondern eine Sache der Wissenschaft. Und mir sagen die Wissenschaftler, das wird gelingen, aber wann es gelingen wird, das wissen wir nicht.

Und wenn der Augenblick gekommen ist, verehrter Herr Gerstenmaier, daß tatsächlich die Wissenschaft ein nukleares Geschoß konstruiert hat, das man mit einem normalen Geschütz abfeuern oder auch mit einer normalen Handfeuerwaffe abschießen kann, dann wird natürlich eine neue Situation eintreten; denn dann ist die Feuerkraft von 300.000 Mann viel stärker als jetzt die Feuerkraft von 500.000 Mann. Und dann wird, vorausgesetzt, daß wir die Waffen haben, eine völlige Umorganisation der Wehrmacht nötig sein. Solange das aber nicht da ist, hat es doch bei Gott keinen Zweck, die ganze Welt damit verrückt zu machen, indem man sagt, es kommt mal etwas, aber wie, wann und woher es kommt, das wissen wir nicht, doch wir wollen uns einstweilen hinsetzen und den Daumen drehen. (*Blank*: Wunderwaffe! – *Unruhe und Bewegung*.) Sie schütteln den Kopf, Herr Gerstenmaier? (*Gerstenmaier*: Hier ist das Wort von der Wunderwaffe gefallen. Ich nehme das nicht an; ich habe Adolf Hitler nicht die Treue geschworen und bin nicht auf diesen Schwindel hineingefallen. – *Anhaltende Unruhe*.) Man hat Sie mit dem Wort „Wunderwaffe“ nicht karikieren wollen! (*Gerstenmaier*: Doch, man hat mich karikiert. – *Anhaltende Unruhe*.) Ja, Sie karikieren mich, und ich karikiere Sie. (*Unruhe*.) Aber, meine Damen und Herren, lassen wir die Sache in Ruhe und vernünftig nehmen! Wir müssen natürlich diese Entwicklung gut im Auge behalten und auch weiter die Finger hier mit drin haben. Den Ausdruck „Wunderwaffe“ halte ich auch nicht für richtig. Das ist einfach eine Weiterentwicklung der bisherigen Waffentechnik. (*Gerstenmaier*: Gut!) Und wenn diese Entwicklung der Waffentechnik bis zu einem gewissen Stadium der Reife

66 Am 15. September 1956 in Paris (AdG 1956 S. 5975; vgl. auch UiD vom 20. September 1956).

gekommen ist, dann werden wir, genau wie man früher auch ausgewechselt und entsprechende Formationen geändert hat, das nunmehr auch tun müssen. Das hat aber mit Glauben, Herr Gerstenmaier, nichts zu tun. (*Gerstenmaier*: Sie haben an den Glauben appelliert!) Aber nicht an Ihren Glauben! (*Gerstenmaier*: An den haben Sie gerade appelliert, weil Sie ihn für wankelmütig gehalten haben!) Herr Gerstenmaier, Sie sind ein Angehöriger der „streitenden Kirche“.

Das Wort hat Herr Berendsen.

Berendsen: Ich möchte meiner Beunruhigung als Generalstabsoffizier über das Wort „Umrüstung“ Ausdruck geben. Der Begriff „Umrüstung“ verwirrt die Gemüter so sehr, daß auch schon die Industrie irre wird und sagt: Werden die Aufträge, die wir bekommen haben, überhaupt noch durchgeführt? Ist das Ganze überhaupt noch ernst gemeint von euch, oder macht ihr einen Wahlrummel? Ich schlage vor, das Wort „Umrüstung“ überhaupt nicht mehr zu gebrauchen, sondern von Modernisierung zu sprechen.

Wir haben im Kriege oft Panzertypen umgestellt, ohne daß viel darüber geredet wurde. Wir haben auch das Maschinengewehr Nr. 42 eingeführt, das doppelt so schnell schoß als das vorhergehende. Das war eine Umorganisation von großem Ausmaß. Der Begriff „Umrüstung“ ist in Amerika etwas völlig anderes als hier. Amerika ist Tausende von Kilometern von Rußland entfernt, und dazwischen liegt das Meer. Infolgedessen können sie auch eine Umorganisation, eine Akzentverschiebung von einem Wehrmachtsteil auf den anderen vornehmen. Sie überlegen das zur Zeit. Wir in unserer Lage unmittelbar am Eisernen Vorhang haben kein Wasser zwischen den russischen Panzern und uns. Würden wir eine Akzentverschiebung vom Heer auf die Luftwaffe oder auf die Marine vornehmen, so wären wenige Stunden später die russischen Panzer da und hätten unsere Abschußbasis erobert. Ich bitte, das einmal zu sehen. Es gibt überhaupt keinen Vergleich zwischen dem, was die Amerikaner unter Umrüstung verstehen, und dem, was wir bei der Aufstellung unserer Wehrmacht vom Fachmännischen her unter Umrüstung verstehen müssen. Daß wir von den Panzern, die wir jetzt bekommen, möglichst schnell herunter wollen zu einer neuen Konstruktion deutscher Art, also eine echte Umrüstung durchführen möchten, das leugnet niemand von uns, im Gegenteil, wenn wir es könnten, würden wir es sofort machen. Wir können es aber nicht. Damit ist der Begriff „Umrüstung“ wohl ziemlich eindeutig klaggestellt. (*Zuruf*: Vollkommen!) Die Sozialdemokraten wollen mit dem Gebrauch dieses Wortes nur erreichen, daß wir unsicher werden und sagen, was wir bisher geplant haben, nämlich fünf Divisionen, ist falsch. Machen wir zunächst mal drei. Ich glaube, daß wir dieses Wort „Umrüstung“ als ein taktisches Manöver bei der Bundestagswahl 1957 sehen müssen, niemals aber von der fachlichen Seite aus betrachten dürfen. Wir sollen durch dieses Wort irre werden an unseren eigenen Plänen; das ist ihre Absicht.

Daß wir uns in der Organisation unserer Truppen dem nuklearen Zeitalter weitgehend angepaßt haben, steht fest. Wer es nicht glaubt, möge es nachprüfen. Daß die Engländer und die Amerikaner das nicht getan haben, steht genauso fest. Diese Leute

sind zwar große Seeleute, sie können auch in der Luft viel, aber auf der Erde ist der Engländer ein Mann, der im Bataillonsrahmen denkt. (*Bewegung.*) Er hat immer Kolonialkriege geführt, abgesehen von den Kriegen in Europa im 20. Jahrhundert, die aber schlecht geführt wurden.

Der Amerikaner ist genauso. Er hat bis 1939 praktisch ein Hunderttausend-Mann-Heer von Freiwilligen gehabt, die die Pferdediebe in Mexiko davon abhalten sollten, über die Grenze zu gehen, aber niemals in der Absicht, damit einen Krieg auf der Erde zu führen. Infolgedessen sind ihre Divisionen so organisiert, wie sie bei uns 1914 waren, d.h. 18.000 bis 20.000 Mann groß, die dem modernen Krieg überhaupt nicht angepaßt sind; denn sie sind viel zu verwundbar.

Und nun kommen sie unter dem Zwang der Lage dazu, sich zu überlegen, ob sie umrüsten und die Organisation ihres Heeres ändern müssen. Wir haben ihnen das schon vor Jahren mitgeteilt, aber sie haben uns gesagt, ihr habt den Krieg verloren, und wir haben ihn gewonnen. Deshalb machen wir es so, wie wir es haben wollen und es für richtig halten. Wir konnten ihnen das nicht ausreden. Jetzt beginnen sie mit ihrem Parlament darüber zu diskutieren.

Zur Dauer der Wehrpflicht! Die 18 Monate, Herr Bundeskanzler, haben wir akzeptiert als ein Minimum und gesagt, es ist ohnehin zu wenig. Wir brauchen vom militärischen Standpunkt mindestens zwei Jahre. Alles, was darunter ist, ist die Vorbereitung zum organisierten Massenmord. Das muß man so sehen; denn das ist wirklich so. Sie können in einer modernen Armee nicht unter diese Ausbildung heruntergehen. Man muß den Weg gehen, den wir jetzt einschlagen, nämlich die Masse des Feldheeres aus Leuten zusammensetzen, die freiwillig mindestens zwei, besser aber drei oder vier Jahre dienen. Das ist der Weg, der jetzt gegangen wird und den ich für richtig halte.

In einer modernen Wehrmacht kann man eigentlich nicht unter zwei Jahre gehen. (*Krone:* Die Amerikaner bilden keine zwei Jahre aus. Ich habe mich erkundigt; die sind in [einem] Dreivierteljahr fertig!) Sie sind fertig als einzelne Soldaten, (*Krone:* Nein!) aber nicht als Verband. Die Leute sind zwei Jahre unter den Waffen. (*Krone:* Sie verbinden mit diesen zwei Jahren Kämpfe wie in Korea usw.) Es gibt zwei Arten der Begründung, einmal vor dem Parlament und einmal als Soldat zu Soldat. Hier kann ich als Soldat zu Soldat mit dem Admiral Taylor⁶⁷ sprechen, der im vorigen Jahr gesagt hat: Wenn meine Parlamentarier nicht so halsstarrige Burschen wären und mir das Geld nicht beschnitten, hielt ich zwei bis drei Jahre für unbedingt erforderlich. Da ich das nicht kriege, muß ich das Mögliche tun. Der Ausweg ist dort genau wie bei uns, daß nämlich die Längerdienenden enorme Vergünstigungen bekommen, wie

67 Maxwell Davenport Taylor (geb. 1901), 1949–1951 amerikanischer Stadtkommandant von Berlin, 1953–1955 Armeebefehlshaber in Korea, 1955–1959 Stabschef des Heeres. – Möglicherweise aber auch Rufus L. Taylor (geb. 1910), 1944–1946 Chef der amerikanischen Pazifikflotte, 1946–1963 in verschiedenen Stabsstellen, 1963 Konteradmiral, 1966 Vizeadmiral.

freies Studium usw. Dort gibt es keine allgemeine Wehrpflicht, weil sie ausreichend Freiwillige haben. Das ist genau dasselbe, was wir anstreben.

Wenn wir begründen müssen, warum wir von den 18 Monaten auf die 12 Monate zurückgehen, haben wir die gute Ausrede der Sozialdemokratie gegenüber, daß wir uns in unserer Planung den Erfordernissen der nuklearen Entwicklung angepaßt haben und daß wir, da die 18 Monate ohnehin nicht ausreichen, vom Parlament 400 oder 500 Millionen fordern. Dann haben wir etwas in der Hand, um sagen zu können, daß wir von 18 Monaten auf 12 Monate zurückgegangen sind.

Die Frage „Einziehung am 1. April“ sollte so betrachtet werden: Wir haben in den Wehrbereichen die Wehrbereichskommandeure. Diese Kommandeure sind selbstverständlich völlig im Bilde, wieviel freie Betten sie am 1. April haben. Wenn wir die Sache dezentralisieren und den Wehrbereichen die Einziehung überlassen, dann muß es so kommen, daß tatsächlich keiner mehr vor ein Kasernentor kommt, der nicht sein Bett dort hat. Ich glaube, daß das ohne weiteres möglich ist und daß kein Mensch die Zahlen kontrollieren kann. Wir können hier behaupten, was wir wollen, das weiß ja niemand. (*Zuruf*: Nach der Rechnungslegung!) Das kommt erst nach der Wahl.

Wir haben uns zu überlegen, welchen Komplex der Gesetzgebung wir sofort anfassen müssen und was Zeit hat. Wir haben drei große Komplexe, die sofort angefaßt und am 1. April fertig sein müssen, die Frage der Dauer, der Besoldung und der Militärgerichtsbarkeit mit ihrer Beschwerde- und Disziplinarordnung.⁶⁸ Diese Möglichkeit einer Bestrafung gibt es z.Z. nicht. Wir müssen aber einen Fahnenflüchtigen verurteilen können. Diese drei Komplexe sind wichtig. Nicht wichtig ist das Organisationsgesetz⁶⁹, der Wehrbeauftragte⁷⁰ usw.

Adenauer: Das Wort hat Herr Strauß.

Strauß: Ich möchte mich nicht zu der sachlichen Seite der Dienstzeit äußern; ich bitte nur eines dem Kollegen Berendsen sagen zu müssen. Ich habe das Gutachten der siegreichen Heerführer des letzten Weltkrieges gelesen.⁷¹ Ich habe auch Ihren Plan zur Kenntnis genommen und muß leider feststellen, daß dieselbe militärische Prominenz des Dritten Reiches, die eine Zeit von drei Jahren für eigentlich richtig, von eineinhalb Jahren für kaum vertretbar und ein halbes Jahr für Selbstmord gehalten hat, im letzten Krieg gegenüber ihrem Führer bei keiner einzigen Gelegenheit mit Nachdruck den

68 Wehrdisziplinarordnungs-Gesetz vom 15. März 1957 (BGBl I S. 180); Wehrstrafgesetz vom 30. März 1957 (BGBl I S. 298); Wehrbeschwerdeordnung vom 23. Dezember 1956 (BGBl I S. 1066).

69 BT-Drs. 2341 vom 26. April 1956. – Die Organisation über die Militärseelsorge wurde gesondert geregelt (Gesetz vom 26. Juli 1957 – BGBl I S. 701).

70 Gesetz vom 26. Juni 1957 (BGBl I S. 652).

71 Noch am 20. Juni 1956 hatte das Gutachtergremium – die Generäle von Manstein, Reinhardt, Busse und Sixt – im Verteidigungsausschuß einer Wehrpflichtarmee den Vorzug gegeben, jedenfalls auf 18 Monate beharrt (vgl. Richard Jaeger am 4. Juli 1956 in Sten.Ber. 2. WP Bd.31 S. 8588–8592).

Standpunkt vertreten hat, daß es ein Verbrechen ist, junge Leute mit sieben Wochen Ausbildung an die Front zu schicken, wie das jahrelang bei uns geschehen ist.

Ich bin durchaus der Meinung, daß für die Länge der Dienstzeit die sachliche Entscheidung den Ausschlag geben sollte und nicht politisch-taktische Überlegungen. Ich bin nicht sehr bereit, allen Experten-Urteilen a priori zu glauben, deren Theorie von heute nicht ganz im Einklang steht mit der Courage ihrer Praxis von damals. (*Berendsen*: Das war nicht sehr sachlich! Wenn einer einen Fehler gemacht hat ...) Ich habe gesagt, man solle die Dinge von der sachlichen Seite und nicht allein von taktischen Überlegungen aus betrachten. Ich glaube, daß ich, ohne einen Zornausbruch zu provozieren, zum Ausdruck bringen darf, daß für mich das sachliche Urteil derer, die heute diese Forderungen stellen und früher in verantwortlichen Militärpositionen diese Forderungen nicht gestellt haben, nicht allein gültig ist. Ich habe mich sehr bescheiden ausgedrückt, Herr Kollege *Berendsen*.

Berendsen: Diese Forderung ist permanent gestellt worden. Sie ist immer wieder abgelehnt worden von Adolf Hitler. Es sind viele Leute deshalb gegangen. Der General Müller-Hillebrand⁷² ist deshalb aus dem Heer ausgeschieden, weil er sagte: Was geschieht, kann ich nicht verantworten. Das darf ich nur noch einfügen.

Strauß: Herr Manstein⁷³ ist nicht wegen der Länge der Dienstzeit, sondern aus anderen Gründen ausgeschieden. Herr Müller-Hillebrand hat nicht dazugehört.

Ich darf zur Frage der Umrüstung, um kein falsches Bild aufkommen zu lassen, einiges zur Klärung der Tatsachen und der Definition sagen. Der Begriff „Umrüstung“ ist ohne Zweifel, was die Aufgaben des Heeres oder der Wehrmacht im klassischen Teil anbetrifft, von dem dazu berufenen Generalstabsoffizier richtig umrissen⁷⁴ und von Herrn *Berendsen* bestätigt worden. Ich bitte aber, das Wort „Umrüstung“ nicht allein auf die veränderte Ausbildung zu beziehen, sondern der Begriff „Umrüstung“ geht auf die Prinzipien der alliierten Kriegführung und auf die Prinzipien insbesondere der angelsächsischen Kriegführung zurück.

So schlecht, Herr Kollege *Berendsen*, wie das englische Heer nach Ihrer Ansicht war, habe ich es nicht empfunden, sonst hätten sie den Krieg nicht gewonnen. Die alliierte Kriegführung war schon im letzten Kriege in erster Linie darauf abgestellt, die

72 Burkhard Müller-Hillebrand (geb. 1904), Berufsoffizier seit 1923, war noch am 1. September 1944 zum Chef des Generalstabs der 3. Panzer-Armee ernannt worden, bei Kriegsende Generalmajor, 1956 Brigadegeneral in der Bundeswehr, 1961 Generalleutnant (DERS.: Das Heer 1933–1945. 3 Bde. Darmstadt 1954, 1956, 1969). Möglicherweise liegt Verwechslung vor mit Vinzenz Müller (geb. 1894), Juli 1944 Kapitulation bei Minsk, Mitglied des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ und des „Bundes Deutscher Offiziere“ in der Sowjetunion, nach 1945 DDR.

73 Fritz Erich von Lewinski gen. von Manstein (1887–1973), seit 1906 Offizier, 1942 Generalfeldmarschall, 1944 wegen Kritik an der Wehrmachtsführung entlassen, 1949 von einem britischen Militärgericht zu 18 Jahren Haft verurteilt, 1953 entlassen.

74 Vgl. Artikel von Manstein in der „Welt“ vom 4. September 1956; Auszug in UiD vom 13. September 1956.

strategischen Kraftquellen des Gegners zu vernichten und die Moral der Bevölkerung und der Truppe zur Kriegführung zu brechen. Sie war erst in zweiter Linie darauf abgestellt, durch militärische Operationen der Verbände zu Lande und zur Luft Erfolge einzuheimsen. Es ist überhaupt keine – leider oder Gott sei Dank – voll kampffähige deutsche Wehrmacht in der zweiten Phase des Zweiten Weltkrieges mit angelsächsischen Truppen in Berührung gekommen. Wir haben nur Teile an den Feind gebracht, und diese Teile waren nicht mehr in dem Umfang ausgerüstet und nicht so bewegungsfähig, wie es notwendig gewesen wäre. (*Berendsen*: Wir haben es 1940 gemacht!) Ja, aber das – ich möchte keine historischen Reminiszenzen hier hineinbringen –, was wir 1940 haben machen können, lag daran, daß in Frankreich völlig veraltete Vorstellungen im Maginot-Denken⁷⁵ geherrscht haben und daß die Engländer dem Diktator Hitler zu lange geglaubt und daher zu spät ausgerüstet haben. Das aber nur nebenbei.

Derselbe Gedanke der strategischen Kriegführung, d.h., die Umstellung von der Kriegführung mit militärischen Verbänden und ihren Waffen auf eine eigentlich außerhalb der klassischen Dreiteilung – Luft, Land, See – liegenden Sonderwaffe liegt den amerikanischen Überlegungen nach dem Zweiten Weltkrieg zugrunde, und hier hat sich ... (*Zimmer*: Das Thema wird zu weitgehend behandelt!) Wenn nicht darüber gesprochen werden soll, dann höre ich auf! (*Unruhe und Bewegung*.)

Gerstenmaier: Lieber Franz Josef! Du bist Sachverständiger. (*Strauß*: Du hast den Komplex angeschnitten!) Ja, aber ich wollte für meinen Laienverstand etwas wissen, das ist die Frage, die vom Herrn Bundeskanzler positiv beantwortet worden ist. Herr Bundeskanzler, Sie haben – meines Wissens zum ersten Mal vor einem größeren Kreis – gesagt: Wir rüsten unsere Soldaten mit atomaren Waffen aus, wenn wir sie haben und wenn die Zeit dazu gekommen sein wird. Das ist die Konsequenz von dem, was Sie im zweiten Teil Ihrer Rede gesagt haben. Wenn nun die deutsche Armee mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet werden könnte, wie es jetzt offenbar bei der USA-Armee der Fall ist ... (*Berendsen*: Ist nicht der Fall!) Entschuldigen Sie, mir ist gesagt worden, seit dem 12. April 1956! (*Bewegung und Unruhe*. – *Zuruf*: Ist nicht richtig!) Wenn das so wäre, würde es dann notwendig sein, eine deutsche Armee mit 500.000 Mann und den dazugehörigen Waffen aufzustellen? Das ist meine Frage.

Adenauer: Ich darf Ihnen darauf antworten: 1. Die Amerikaner wollen jetzt in einem kolossalen Tempo unter Aufbietung sehr erheblicher Mittel die ganze nukleare Technik weiterentwickeln. Wann sie soweit sein werden, kann kein Mensch sagen. Sie müssen aber unterscheiden zwischen – ich weiß keinen besseren Ausdruck – großen und kleinen nuklearen Waffen. Die großen sind da. Die kleinen sind noch

75 André Maginot (1877–1932), französischer Politiker; 1922–1924 und 1929–1932 Kriegsminister. Das nach ihm benannte, 1929–1932 gebaute Befestigungssystem an der Nord-Ost-Grenze Frankreichs förderte ein defensives militärisches und politisches Denken in Frankreich (Volker WIELAND: Zur Problematik der französischen Militärpolitik und Militärdoktrin in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Boppard 1973).

nicht vorhanden. Die müssen erst entwickelt werden. Nun steht man bei der Westeuropäischen Union – ich bitte Sie aber, das vertraulich zu behandeln –, die in der vorigen Woche eine Sitzung deswegen gehabt hat, auf dem Standpunkt: Es ist für uns unerträglich, daß nur zwei Mächte in der Welt im Besitz der großen nuklearen Waffen sind. Ein Standpunkt, der durchaus richtig ist und den wir den Amerikanern nach der Präsidentenwahl, wenn sie wieder Ohren haben zu hören, sehr deutlich sagen müssen. Das ist die eine Frage. Was es dann gibt, müssen wir abwarten.⁷⁶

Das zweite sind die kleinen nuklearen Waffen, die entwickelt werden müssen. Ob wir an eine solche Entwicklung auch herangehen, das muß sich zeigen; das wissen wir noch nicht. Aber wenn diese kleinen nuklearen Waffen wirklich da sind, dann wird die Feuerkraft so groß sein, daß man mit weniger Menschen auskommen wird. Aber deswegen jetzt keine Einziehungsbefehle vorzunehmen, das wäre nach meiner Meinung völlig falsch; denn wir stehen auf dem Standpunkt, lieber Herr Gerstenmaier, daß wir jeden Augenblick – machen Sie sich das klar – darauf gefaßt sein müssen, daß von der Tschechoslowakei oder von der DDR aus irgendwelche Infiltrationen, Aufstände oder sonstwas kommen. Und dem haben wir überhaupt nichts entgegenzusetzen.

Sie wissen, daß ich kein Militarist bin, aber das eine muß ich sagen, ein Staat, der überhaupt keine Wehrmacht hat, ist kein Staat.

Gerstenmaier: Dazu sage ich ohne weiteres ja, aber, Herr Bundeskanzler, würden Sie es als unehrerbietig empfinden, wenn ich an den Herrn Atomminister ausdrücklich die Frage stelle, ob ihm nicht bekannt ist, daß die Vereinigten Staaten ihre Armee schon jetzt mit sogenannten taktischen atomaren Waffen ausrüsten?

Strauß: Man hat es vielleicht nicht angenehm empfunden, daß ich mich zu dieser Frage geäußert habe. Ob das richtig oder falsch war, wollen wir an einer anderen Stelle überlegen. Wenn ich mich bemüht habe, hier in diesem Gremium die Dinge zu erläutern, und diese Erläuterung wurde als zeitraubend empfunden, dann bitte ich Sie, mir nicht übelzunehmen, daß ich meine Ausführungen abgebrochen habe. (*Zimmer:* Nur im Rahmen der heutigen Tagung!) In der Tagesordnung ist dieses Thema doch angeschnitten. Ich habe auch geduldig zugehört und wollte dazu etwas äußern, was sicherlich in den meisten Punkten mit dem vorher Gesagten übereinstimmt, aber in einem Punkt nicht übereinstimmt. (*Adenauer:* Sagen Sie den Punkt!) Ich habe gesagt, die Frage der Umrüstung betrifft nicht die Umrüstung der bestehenden Wehrmacht-Organisation, die ständig modernisiert werden muß. Die 60.000 Mann, die wir haben, sind ein Bruchteil dessen, was wir aufstellen müssen. Die bisherige Planung war gerechtfertigt, und es gibt keinen Grund, sie aufzuschieben, bis die Umstellung in den USA stattfinden wird oder stattgefunden hat.

⁷⁶ Zur Diskussion um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr vgl. SCHWARZ 1 S. 356–363; PÖTTERING S. 91–96; Dieter MAHNKE: Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970. Berlin 1972.

Es gibt mit Ausnahme der Atomgeschütze und drei raketenartigen Fernwaffen, die zwischen 30 und 250 km schießen, noch kein Handgerät, das das Projektil mit Atomkraft absenden kann. Daran arbeiten sie. Ich habe drüben bei dem zweimaligen Besuch in der Atomkommission von den Versuchen mit den kleiner werdenden Projektilen gehört. Die gibt es noch nicht.

Der Begriff „Umrüstung“, wie ihn die Amerikaner verstehen und wie er von uns mißverstanden wird, ist eine völlige Umstellung des Kriegesdenkens, eine völlige Umstellung der Prinzipien der Kriegführung und eine Rückkehr zu den nicht ungefährlichen Grundsätzen, daß man alles auf eine Karte setzt durch eine Steigerung des Schreckens, durch eine Steigerung der Zerstörung bis zur völligen Vernichtung der Erde mit der Möglichkeit, die gesamte Erde für fünf Jahre unbewohnbar zu machen.

Man will aber einen Krieg im großen Maßstab, bei dem beide Seiten aufs Letzte gehen, ausschließen. Und dem dienen z.Z. die russisch-amerikanischen Abrüstungsgespräche. Es gibt ein geheimes Abrüstungsmemorandum des Herrn Dulles, das er in den letzten Tagen offensichtlich dem Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen vorgelegt hat⁷⁷, und man scheint sich zwischen den USA und der Sowjetunion weithin hinter den Kulissen, aber auch in einem Kampf, der sich auf der Vorderbühne abspielt, über die Frage der Einlagerung der strategischen Waffen und einer entsprechenden Kontrolle dieser Einlagerung zu einigen, weil beide vor den Konsequenzen dessen, was sie zu schaffen begonnen haben, Angst bekommen!

Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß die Dreifachbombe – bestehend aus einer Uranbombe, einer Wasserstoffbombe und einem Kobaltmantel – eine verstärkte radioaktive Wirkung um das 500- bis 1.000fache hat, die einen Bereich von 200 Quadratmeilen erfaßt. Eine einzige Bombe! Die haben sie bereits. Die USA haben schon 10.000 bis 15.000 Atombomben oder den Brennstoff dafür. Sie haben mindestens 500 Wasserstoffbomben, von denen jede eine Fläche von 200.000 qm bestreicht. Durch eine solche Bombe wird das betreffende Gebiet bis zu fünf Jahren so verseucht, daß es ohne besondere Schutzmaßnahmen weder von Zivilisten noch von Soldaten noch von irgendeinem Tier betreten werden kann, abgesehen davon, daß die Vegetation abstirbt. Damit hat sich der Krieg als solcher in der alten Art überlebt, und der Sieg ist für beide Seiten sinnlos geworden.

Unsere Sicherheitsvorstellungen beruhen darauf, daß man sowohl taktische wie strategische Atomwaffen hat. Was früher ein Flugzeuggeschwader von 2.000 Maschinen trug, kann man heute in einem einzigen Bomber unterbringen. Es gibt Wasserstoffbomben mit einer Sprengkraft von 50 Millionen Tonnen Trinitrotoluol⁷⁸. Es besteht kein Zweifel, daß die Russen sie vier Monate vor den Amerikanern

77 Ein derartiger Vorschlag konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise waren allgemeine Abrüstungsvorstellungen der Eisenhower-Administration gemeint (vgl. dazu AMBROSE S. 343f.).

78 In der Vorlage: Nitrotoluol.

hatten.⁷⁹ Ob das durch Spionage kam, weiß ich nicht. Jedenfalls haben die Russen das Prinzip erfunden, wonach die Wasserstoffbombe tragbar gemacht werden kann, während die Amerikaner bei ihren ersten Bomben kein Mittel hatten, um sie an den Feind zu bringen. Das Problem ist jetzt gelöst.

Für unsere Sicherheitspolitik entsteht die Frage: Welche Konfliktmöglichkeiten gibt es noch in Zukunft? Da gibt es zweierlei: Zunächst den Atomüberfall einer Macht auf die andere mit zwei Stunden Vorsprung, und der andere ist so gut wie ausgelöscht. Nun geht das Bestreben beider Mächte dahin, dem anderen klarzumachen, ich kann zwar deinen Überfall nicht verhindern, aber du kannst meine Fähigkeit zum Gegenschlag mit deinem Überfall auch nicht vernichten. Selbst wenn du die Masse der Bevölkerung und auch meine Industrie kaputtgeschlagen hast, hindert mich das nicht, daß zwei Stunden später bei dir genau dasselbe passiert. Das ist das, was man die pax atomica nennt. Die Entscheidung liegt nicht mehr in der Entschlossenheit der Völker, ob sie mitmachen oder nicht, sondern das ist nur noch eine Angelegenheit der Techniker und der Militärfunktionäre.

Wenn nun diese Möglichkeit des Krieges gänzlich ausgeschlossen wird, dann rechnen die Sowjets damit, daß sie nunmehr wieder bestimmte Möglichkeiten haben und limitierte Konflikte à la Korea, Indochina, Ägypten, Israel oder jetzt Suezkanal unternehmen können, die von der Gegenseite noch lange nicht eine Atom-Revanche auslösen können, weil man vor den Konsequenzen Angst hat. Darum muß ein bestimmtes Maß – über die Größenordnung kann man streiten – an konventionellen Truppen vorhanden sein. Ich warne aber vor der Annahme, daß ein großer Krieg mit konventionellen Waffen und taktischen Atomwaffen noch möglich sei. Wenn eine Atombombe im Maßstab von Hiroshima auf eine Stadt fiel, so würde das 300.000 Tote auf einen Schlag kosten, und ob da noch eine Grenze gezogen werden kann zwischen strategischer und taktischer Kriegführung, das möchte ich bezweifeln. Da geht eines in das andere über.

Wir müssen das Maß abstecken bis zu dem Punkt, an dem sich die Großmächte – für uns die USA und Großbritannien – an der Atombewaffnung beteiligen. Wir dürfen nicht den Zustand erreichen, daß man sagt, die Kolonialvölker sind die Infanteristen, die konventionelle Konflikte ausfechten müssen. Drüben hat man mir – ich bitte, das in diesem Kreise zu belassen – gesagt, die Engländer haben offensichtlich die Vorstellung, daß die USA unter dem Druck ihrer öffentlichen Meinung und unter der Angst vor einer sowjetischen Reaktion bereit seien, ihre Sicherheitsbereitschaft zwar nicht aufzugeben, aber ihre Sicherheitsgarantie auf bestimmte Fälle zu beschränken. Und für diesen Fall will Großbritannien offensichtlich nicht allein von der Washingtoner Entscheidung in seiner Sicherheit abhängig sein; es will weder von der Hilfsbereitschaft des einen noch von der Gnade des anderen leben. Man will eine Militärmacht wenigstens des Umfanges werden, daß die Sowjets davor Respekt haben und die Amerikaner ohne sie keine größeren Entscheidungen treffen.

⁷⁹ Erste Zündung in den USA im November 1952.

Welchen Weg wir Deutschen in dieser Zukunftsperspektive einnehmen sollen, das muß der Inhalt der Überlegungen sein, die unabhängig vom Aufbau der Bundeswehr angestellt werden müssen. Ich möchte kein Wort gegen den Plan, der von einem gewissen Limit spricht, sagen, aber diese Überlegungen müssen sofort eingeleitet werden, weil diese ganze Angelegenheit das Ergebnis einer zehnjährigen wissenschaftlichen Entwicklung ist und wir lange Zeit brauchen werden, bis wir das einholen, was Großbritannien z.Z. hat. Das ist der ganze Sinn dessen, dem unsere Resolution dient und um dessen gründliche Überprüfung wir bitten.

Adenauer: Herr Kollege Strauß! Ich bin in zwei Punkten in den letzten Tagen von Stellen – keine deutschen Stellen –, die es wissen können, etwas anders unterrichtet worden, und zwar zunächst einmal das sehr Wesentliche, daß Großbritannien zu der Erkenntnis gekommen sei, nicht mehr in der Lage zu sein, die finanziellen Mittel aufzubringen, um sich in den Wettlauf zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten einzuschalten. Die Amerikaner sehen in ihren nächsten Haushaltsplänen für die nuklearen Waffen eine ungeheuer große Summe vor. Ich habe sie nicht gegenwärtig, sie ist mir von dem amerikanischen Luftfahrtminister⁸⁰ gesagt worden; sie ist so hoch, daß Großbritannien hier einfach nicht mehr mitkommt. Deswegen werden sich höchstwahrscheinlich einige Staaten, einschließlich Großbritannien, in der Westeuropäischen Union dagegen wenden, daß die beiden Großmächte Sowjetrußland und die Vereinigten Staaten allein die großen nuklearen Waffen haben und damit die ganze Welt beherrschen.

Die zweite Sache ist weniger wichtig. Mir ist gesagt worden – wie ich annehmen darf, ebenfalls von kompetenten Amerikanern –, daß bei den nuklearen Großkriegen nicht die ersten Stunden – Sie hatten von den ersten Stunden gesprochen –, sondern die erste Woche entscheidend sei. Aber in einem haben Sie völlig recht, das ist die jetzige Absicht einiger maßgebender, aber nicht absolut maßgebender, amerikanischer Stellen, durch die Weiterentwicklung der nuklearen Waffen einen nuklearen Krieg derart furchtbar zu machen, daß keiner ihn beginnen wird, um auf diese Weise dann schließlich doch eine Abrüstung zu erzwingen. Ob das gelingen wird, kann ich nicht beurteilen.

Strauß: In dieser Erkenntnis wollen die Engländer 1. von uns den Beitrag haben, den wir für dieses Jahr zahlen wollen – möglicherweise wollen sie für die weiteren Jahre noch einiges dazu haben –, und 2. wollen sie ihre konventionellen Streitkräfte bis zum letzten verantwortlichen Maß reduzieren, um den Rest für ihr nukleares Programm übrig zu haben. Man darf sich allerdings von den amerikanischen Größenordnungen nicht erschrecken lassen; denn die Versuche in den USA sind z.B. viel kostspieliger und umfangreicher als die Versuche in England. Das geht vom Atomkraftwerk aus, das die Engländer viel billiger bauen als die Amerikaner, und zieht sich hinweg durch alle Gebiete. So haben die Amerikaner für ein Werk, das die Herstellung von Energiematerial betreibt, eine Summe von 800 Millionen

80 Vermutlich Donald Aubrey Quarles (vgl. Anm. 22).

Dollar ausgegeben, was nach der Berechnung, die jetzt innerhalb der EURATOM vorgenommen wurde, in Europa etwa 600 bis 700 Millionen kosten würde, und zwar unter Ausnutzung der amerikanischen Erfahrungen.

Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß wir in unserer Aufstellung weiter fortfahren müssen. Das andere müssen wir abwarten.

Rehling: Wir tragen in erster Linie die Verantwortung für die Aufstellung der neuen Wehrmacht, und ich muß sagen, daß es mich zunehmend mit Empörung erfüllt hat, wenn man von den Ausschreitungen gegen die Angehörigen der Wehrmacht hörte. Ich meine, es wäre auch eine Pflicht unserer Partei, einmal mit aller Deutlichkeit und Offenheit gegen diese Ausschreitungen vorzugehen.⁸¹ Ich jedenfalls fühle mich nicht mehr recht in der Lage, in Frauenversammlungen Verständnisbereitschaft der Mütter für die Notwendigkeit des Dienstes ihrer Söhne bei den Soldaten zu wecken, wenn sie etwa die Befürchtung haben müssen, daß die Söhne durch solche Elemente, wie es sie leider gibt, lazarettreif verprügelt werden. Wir sollten betonen, daß wir alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen, um diese Ausschreitungen ein für allemal unmöglich zu machen.

Noch ein Zweites! Ich habe in Versammlungen beobachtet, daß die Reaktion auch in den Kreisen unserer Parteimitglieder auf die Ankündigung, daß SS-Angehörige bis zum Range eines Oberstleutnants in die Wehrmacht aufgenommen werden sollen, ganz außerordentlich scharf ablehnend ist. Mir ist gesagt worden, daß daraufhin Offiziere der früheren Wehrmacht, die sich schon gemeldet hätten, ihre Bewerbung zurückzögen. Frau Brauksiepe zeigte mir vorhin einen Brief von einem Kölner CDU-Wähler, in dem es heißt: Für mich und meine Söhne ist ein Dienen in der Bundeswehr, in der diese SS-Angehörigen aufgenommen werden, nicht mehr möglich. Ich meine also, wir müßten zu diesen Dingen irgend etwas sagen.

Adenauer: Wir wollen die Diskussion teilen. Wir müssen zunächst die Frage der Dienstzeit und was damit zusammenhängt abschließen. Dann kommt an zweiter Stelle die berechtigte Klage von Frau Rehling wegen der rohen Angriffe auf Truppenangehörige, und an dritter Stelle kommt die SS-Frage. Es ist höchste Zeit, daß wir über den ersten Punkt etwas an die Presse geben.

Berendsen: Ich schlage vor:

„Der Bundesvorstand bekannte sich heute nach eingehender Aussprache zur Frage der bisher beschlossenen Wiederbewaffnung wie folgt: Die Dauer der Wehrpflicht soll nach Ansicht des Vorstandes in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen und der Sicherstellung der eigenen Sicherheit so bemessen werden, daß die Kampfkraft der Bundeswehr das höchstmögliche Maß erreicht. 12 Monate Dienstzeit könnten nach Ansicht der Fachleute unter gleichzeitiger Einführung gewisser Ausgleichsmaßnahmen ausreichen.“

81 Bericht über die fast täglichen Zusammenstöße mit Soldaten in FAZ vom 13. September 1956; vgl. auch die Erklärung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 11. September 1956 in UiD vom 20. September 1956.

Adenauer: Ich würde dringend abraten, etwas Derartiges der Presse zu übergeben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir dürfen unter keinen Umständen in den Verdacht kommen, daß wir als Bundespartei Vorstand in einer so entscheidenden militärisch-technischen Frage eine Direktive geben. Dazu sind wir nicht kompetent. Deswegen würde ich bitten, das alles herauszustreichen. Hier ist noch ein Entwurf. Ich kenne ihn nicht. Ich würde mich darauf beschränken zu sagen, daß der Bundespartei Vorstand den Vortrag des Verteidigungsministers entgegengenommen hat, und dann hinzufügen, daß sich auch der Bundesminister für Atomfragen zu dem ganzen Fragenkomplex geäußert habe. Der Bundespartei Vorstand erwarte, daß die vorgetragenen Anregungen in der zu erwartenden Vorlage ihren Niederschlag fänden. Mehr würde ich nicht sagen. Ich möchte vermeiden, daß uns einmal nachgesagt werden kann: Ihr habt als Politiker die Militärs genötigt, das und das zu tun, wozu sie im Grunde nicht bereit waren. Ich möchte diese Verantwortung den Militärs überlassen. (*Blank:* Und die Koalitionspartner nicht verärgern!)

Krone: So einfach geht es nicht! Herr von Hassel hat ein Wort dazu gesagt in der Öffentlichkeit, und Herr Arnold hat von 12 Monaten gesprochen.⁸² Die CSU hat es auch getan, und Lenz und Jaeger auch, und auch die Koalition! (*Adenauer:* Die Koalition hat es nicht getan! – *Kaiser:* Hellwege! – *Unruhe.*)

Adenauer: Herr Hellwege ist desavouiert worden von seiner Partei. Es ist erklärt worden, daß er für seine eigene Person gesprochen hätte. Wir dürfen die kleinen Koalitionspartner nicht vor den Kopf stoßen. (*Krone:* Ich meine nur, die Frage kommt am nächsten Montag an die Fraktion heran, und wir können ihr nicht ausweichen.) Lieber Herr Krone! Sie ist zunächst im Kabinett mal dran! (*Krone:* Dann hätten Sie verhindern müssen, daß die Herren von Hassel und Arnold etwas darüber in der Öffentlichkeit gesagt haben!) Lieber Herr Krone! Von mir werden Sie nichts in der Öffentlichkeit darüber gehört haben. Ich habe geschwiegen.

Albers: Diese Frage spielt heute innerhalb unserer Wählerschaft und im ganzen Volke eine außerordentlich große Rolle. Wir kommen nicht daran vorbei, auch mit Rücksicht auf die Erklärungen der SPD und der FDP, hier etwas zu formulieren und herauszugeben, was Anlehnung findet an das Vorgebrachte und was auch unseren Wahlkampf erleichtern wird. Wenn wir heute keine Stellung beziehen, Herr Bundeskanzler, dann sehe ich für den Ausgang der Wahl schwarz.

Adenauer: Lieber Herr Albers! Lassen wir wirklich die Kirche im Dorf! Spätestens in der nächsten Woche wird der Öffentlichkeit eine Kabinettsvorlage mit Begründung zugänglich gemacht werden. Bis dahin sind die Wahlen noch nicht verloren. Die Vorlage geht dem Bundesrat zu; sie kann auch dem Bundestag zugestellt werden, und zwar mit einer ausführlichen Begründung. Lassen Sie sich bitte durch die Agitation der SPD nicht in den Geruch bringen, daß wir das aus Propagandagründen machten.

⁸² Arnold am 15./16. September 1956 vor der Jungen Union Rheinland in Königswinter und von Hassel in Kiel (FAZ vom 17. September 1956).

Ich habe die Herren dringend darum gebeten, nun endlich eine Vorlage zu machen, die vor der Öffentlichkeit bestehen kann. Die erste Vorlage war nichts wert. Dazu habe ich gesagt, das ist ein Brief eines Leutnants an einen Leutnant. Ich will keinem Leutnant zu nahetreten, Herr Meyers! (*Meyers*: Ich war Hauptmann! – *Heiterkeit*.) Es ist eine solch wichtige Frage, daß man es nicht der Öffentlichkeit übergeben kann, ohne eine ausführliche Begründung dazu zu geben, die das Ganze wirklich verständlich macht. Warten Sie deswegen die paar Tage noch ab.

Warum wollen Sie sich, Herr Krone, nicht darauf beschränken zu sagen, daß der Bundesparteivorstand den Vortrag der beiden Herren entgegengenommen hat, daß mit großem Ernst das Thema nach allen Richtungen erörtert worden ist und daß in der nächsten Woche die Kabinettsvorlage mit einer Begründung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird? (*Unruhe*.) Herr Krone, folgen Sie mir mal bitte! In einer so wichtigen Frage – die Sache wird später auch gelesen – dürfen wir nicht so aus der Lamäng etwas machen. Dazu muß eine überzeugende Begründung gegeben werden. (*Krone*: Ich war nicht für die 12 Monate!) Sie haben gesagt: Es läßt sich nicht mehr durchführen. (*Krone*: Nachdem es sowieso hinfällig geworden war!)

Lenz: Wir könnten eine Formulierung finden, die etwas mehr bringt. Wir erwecken sonst den Eindruck der Unsicherheit. Wir könnten sagen:

„Der Bundesparteivorstand bittet zu prüfen, ob nicht eine kürzere Dienstzeit unter Wahrung der notwendigen Kampfkraft möglich erscheint.“

Adenauer: Ich würde nicht sagen, der Parteivorstand bittet zu prüfen, sondern: Im Parteivorstand wurden bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Man solle prüfen, das ... (*Lenz*: Gut!) Halten Sie bitte den Parteivorstand von einer absoluten Einwirkung auf die Kabinettsvorlage heraus! Bei der Besprechung, die wir gehabt haben, habe ich den Herren gesagt, nachdem Herr Speidel zuerst gesprochen hatte, jeder von ihnen habe das Recht, eine andere Meinung geltend zu machen, nicht die Meinung des Herrn Speidel, auch nicht die Meinung des Verteidigungsministers, jeder solle seine Meinung sagen. Ich habe ihnen weiter gesagt, sie müßten auch die politische Seite sehen und untersuchen, wie ein Ausweg möglich sei, aber die Verantwortung dafür müßten wir den Militärs überlassen. (*Blank*: Die übernehmen wir auch, nur dürfen wir nicht in den Geruch kommen, als seien wir heute hier gezwungen worden, uns erst jetzt vernünftige Gedanken zu machen!) Dann dürfen Sie dem hier gemachten Vorschlag nicht zustimmen! (*Blank*: Nein, aber Ihrem Vorschlag!) Es muß gesagt werden, daß die Kabinettsvorlage mit Begründung vor dem Abschluß steht und daß sie in dieser Woche vorgelegt werden soll, daß Anregungen nach verschiedenen Richtungen aus dem Parteivorstand gegeben worden sind, die bei der Beurteilung der ganzen Frage Beachtung finden werden.

Bach: Ich kann verstehen, daß die Sache zuerst durch das Kabinett der Öffentlichkeit übergeben wird. Auf der anderen Seite halte ich es für notwendig, daß hier für den internen Gebrauch eine klare Festlegung getroffen wird, die dann, wenn die Kabinettsvorlage gemacht ist, als einheitliche Auffassung der CDU bekanntgegeben wird.

Worunter wir bisher gelitten haben, waren die verschiedenen privaten Meinungen. Wir müssen nächste Woche eine einheitliche Meinung des Bundesparteivorstandes bekanntgeben.

Adenauer: Lieber Herr Bach! Das Wesentliche bei der Kabinettsvorlage ist doch die Begründung. Ich darf nochmals wiederholen. Wir haben bisher die Meinung vertreten: 18 Monate. Nun nehmen wir eine Schwenkung vor. Das müssen wir doch sachlich begründen in der Vorlage, damit man uns nicht nachsagen kann: Aha, weil die Sozialdemokratie den Spektakel angefangen hat! Ich lege auf die Begründung entscheidenden Wert, Herr Blank. Die Begründung muß überzeugend sein für die Änderung unserer bisherigen Haltung.

Bach: Ich bin der Ansicht, nachdem die Begründung gegeben ist ... (*Adenauer:* Sie ist noch nicht gegeben!) Herr Bundeskanzler! Ich will heute keine Erklärung. Ich will zuerst die Erklärung des Bundeskabinetts mit einer eingehenden Begründung. Dann muß nach dieser Erklärung festgestellt werden, daß der Bundesparteivorstand dahintersteht, damit nicht private Erklärungen herausgegeben werden können.

Adenauer: Das ist ganz klar. Wenn nun der Bundesparteivorstand – wobei offenbar die große Mehrheit dafür ist – meint, daß es mit 12 Monaten gemacht werden soll, auch wenn es etwas mehr kostet, und wenn das in einer Kabinettsvorlage eine überzeugende Begründung gefunden hat, dann ist das *communis opinio* des Parteivorstandes. Das können wir natürlich sagen. Ich möchte Ihnen, Herr Bach und Herr Krone, sagen, obwohl ich auf die Rechte des Kabinetts Wert lege, ist mir das nicht entscheidend; entscheidend ist mir die Begründung in einer solchen Frage, in der wir auch vor dem Ausland eine große Verantwortung übernehmen. Es muß bei der NATO, und wo es sonst sei, gesagt werden können, das sind keine parteipolitischen Geschichten, wir haben uns auch nicht von der Propaganda der SPD drängen lassen, sondern unsere militärischen Sachverständigen haben uns davon überzeugt, daß es möglich ist, das gesteckte Ziel in dieser Weise zu erreichen. Das ist nach meiner Meinung entscheidend.

Strauß: Man sollte eine Brücke bauen, daß man auf der einen Seite das Gesicht nicht verliert, wenn man den bisherigen Standpunkt aufgibt, und auf der anderen Seite zu einer Möglichkeit kommt, die 12 Monate zu rechtfertigen. Ich möchte daher folgende Formulierung vorschlagen:

„Der Bundesparteivorstand bittet die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion zu prüfen, welche Dienstzeit für die nationale Sicherheit und für die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen ausreicht, und unter diesem Gesichtspunkt die Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen.“

In einem zweiten Satz könnte man dann die Kabinettsvorlage mit der Begründung erwähnen.

Adenauer: Dann würden wir gerade das tun, was wir nicht tun dürfen. Wir dürfen nicht von diesem Tisch aus die Direktive geben: 12 Monate, sonst geben wir den Sozialdemokraten das billige Agitationsmittel in die Hände: Wir haben den

Partei Vorstand der CDU dazu gezwungen. Ich möchte aber gezwungen werden durch die Militärsachverständigen.

Strauß: Dann muß ich wohl chinesisch geredet haben! (*Widerspruch und Unruhe.*) Ich habe gesagt: „... zu prüfen, welche Dienstzeit für die nationale Sicherheit und für die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen notwendig ist, und unter diesem Gesichtspunkt die Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen.“ (*Anhaltende Unruhe.*)

Von Hassel: Ein Wort zu Herrn Krone! Wir sind sehr froh, daß die Presse bisher keine Arithmetik angestellt hat, sonst würde sie sagen, das ist alles dummes Zeug, denn der Bundesrat bringt alles zum Scheitern. Ich habe den Herrn Bundeskanzler von der Auffassung des Bundesrates unterrichtet, daß wir nämlich mit Sicherheit die 18 Monate nicht durchbekommen. Nun habe ich hier eine sehr vorsichtige Formulierung für die Öffentlichkeit, die ich einmal vorlesen darf:

„Auf einer Nachmittagssitzung befaßte sich der Bundesvorstand der CDU nach Referaten des Bundesverteidigungsministers und des Bundesministers für Atomfragen auch mit dem Gesetz über die Dauer der Wehrpflicht. Er billigte den Grundgedanken des Verteidigungsministers, wonach die Durchführung einer zwölfmonatigen Wehrpflicht unter Aufrechterhaltung der Schlagkraft und unter Benutzung aller modernen technischen Entwicklungstendenzen ermöglicht wird. Eine entsprechende Vorlage der Bundesregierung wird in Kürze erwartet.“

Damit ist der Gedanke des Verteidigungsministers gebilligt. Es ist kein Gedanke der Partei.

Adenauer: Meine verehrten Herren! Der Verteidigungsminister ist mir hoch und heilig, aber die Generäle sind mir noch höher und heiliger. Ich kann mir nicht helfen. Ich möchte – was auch in Ihrem Interesse liegt, Herr Blank, und für uns entscheidend ist – die Ansicht der Generäle festnageln. Das möchte ich haben.

Blank: Wie können wir das – und da folge ich Ihnen, Herr Bundeskanzler – von den Generälen verlangen, wenn sie morgen früh in der Zeitung lesen, daß der Bundesparteivorstand beschlossen hat, 12 Monate sind richtig. Es muß doch unser eigenständiges Werk bleiben.

Meyers: Nach allen bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß über die Verhandlungen hier heute abend sowohl die Opposition wie die Presse etwas weiß. Deswegen müssen wir ein Communiqué herausgeben, das das Ansehen und die Würde der Sachverständigen und des Bundesparteivorstandes wahrt. Wir haben uns festgelegt für 18 Monate. Wenn wir jetzt plötzlich umschwenken, sollten wir die Zahlen herauslassen und sagen: „... die in der letzten Zeit erörterten Vorschläge“.

Von Hassel: Wir müssen sagen: „... die Bundesregierung zu prüfen“. Wenn sie nicht zu prüfen hat, ist es eine komische Bundesregierung.

Strauß: Ich darf noch einmal formulieren, meine Damen und Herren:

„Der Bundesparteivorstand bittet die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion, in der Frage der Militärdienstzeit eine Lösung vorzusehen, die den Interessen der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik

Rechnung trägt, und unter diesem Gesichtspunkt die in letzter Zeit gemachten Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen.“

Ich fürchte, wenn der Bundesparteivorstand zu diesem in die Welt gesetzten Terminus von 12 Monaten überhaupt schweigt, daß es in der Öffentlichkeit nicht genügend glaubwürdig ist. Und weniger zu sagen als: „... unter diesem Gesichtspunkt der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen die Vorschläge zur Einführung einer zwölfmonatigen Dienstzeit zu beurteilen“, kann man doch gar nicht.

Meyers: Ich würde sagen: „... die in der letzten Zeit gemachten verschiedenen Vorschläge unter diesem Gesichtspunkt zu prüfen“.

Gerstenmaier: Das Dümme, was man machen kann, ist ein Kommuniké zu machen; aber trotzdem beteilige ich [mich] am Kampf der Wagen und Gesänge. Gesagt werden soll nicht die Zahl 12. (*Zurufe*: Doch!) Es hat doch keinen Zweck! Über die Zahl 12 entscheidet die Bundestagsfraktion. Es hat keinen Zweck, das vorwegzunehmen. Ich bin der Meinung des Herrn Bundeskanzlers. Wir sind nicht zuständig.

Adenauer: Darf ich Ihnen eine Schilderung dieser Sitzung geben, die ich mit den Herren vom Verteidigungsministerium einschließlich der Militärs gehabt habe. Die Herren haben mir zuerst erklärt, wir halten nach wie vor 18 Monate für notwendig. Wenn Sie aber der Auffassung sind, wir kommen mit 18 Monaten nicht durch, dann würde sich folgender Ausweg ergeben ... – Wir dürfen daher keine Möglichkeit geben, daß die Herren nunmehr sagen, wir sind durch den Parteivorstand gegen unser besseres Wissen und gegen unsere Überzeugung gezwungen worden. Das möchte ich nicht. Es handelt sich nicht um irgendeine beliebige Sache, sondern um Leben und Tod. Darum handelt es sich. Und da sollen die Militärs die Verantwortung übernehmen und nicht der Parteivorstand.

Gerstenmaier: Ich würde folgendes vorschlagen:

„Der Bundesparteivorstand der CDU prüfte nach Referaten des Bundesverteidigungsministers und des Bundesatomministers in eingehender Aussprache die politische und militärische Entwicklung. In diesem Rahmen wurde erneut die Frage der Dienstzeit erörtert. Der Bundesparteivorstand vertrat die Auffassung, daß die vertretbar kürzeste Dienstzeit bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung unter Berücksichtigung der nationalen Sicherheit und unserer internationalen Verpflichtungen gewählt werden muß.“

Adenauer: Ich bin einverstanden; ich glaube, das können wir akzeptieren. (*Zurufe*: Ja!) Herr Blank, wann bekomme ich die Vorlage? (*Blank*: Ich bin bereit, sie am Wochenende zu überbringen.) Ich muß am Montag früh nach Brüssel. (*Blank*: Ich stehe am Sonntag zur Verfügung.) Am Sonntag muß es sein! (*Blank*: Jawohl!)

Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Ein Wort zu der Frage von Frau Rehling! Ich habe nicht den Erlaß herausgegeben, wonach jetzt auch SS-Offiziere eingestellt werden dürfen, sondern der Personalgutachterausschuß, dem kraft Gesetzes übertragen war, Richtlinien über die Einstellung der Soldaten unterhalb des Obersten aufzustellen, hat vor [einem]

Dreivierteljahr diese Richtlinie herausgegeben.⁸³ Darin steht, daß SS-Offiziere bis zum Oberstleutnant eingestellt werden können. (*Zuruf*: Waffen-SS!) Natürlich! Aber ich habe in jedem einzelnen Falle nach Prüfung der Sachlage die Einstellung des Betreffenden vorzunehmen.

Aufgrund des Soldatengesetzes und Wehrpflichtgesetzes wurde es notwendig, einen Bundespersonalausschuß zu bilden, der auch mit Soldaten besetzt ist. Dieser Ausschuß hat sich diese Richtlinie auch zu eigen machen müssen. Es handelt sich nicht um einen Erlaß, sondern um Richtlinien des Personalgutachterausschusses, wonach die Erlaubnis gegeben werden kann, daß ein ehemaliger SS-Offizier bis zum Range eines Oberstleutnants eintreten kann. Bei unseren 7.200 Offizieren brauchen Sie keine Sorge zu haben. Es ist noch nichts dabei, und wenn mir ein Verdächtiger kommt, habe ich es in der Hand, den Mann zu nehmen oder nicht.

Adenauer: Ein Sohn von mir wäre beinahe per Zufall in die Waffen-SS gekommen, nicht aus freiem Willen, sondern weil er einfach abkommandiert worden war. Er hat diesen Befehl einen Tag zu spät bekommen. Das konnte jedem passieren.

Zimmer: Diese Sache ist nach meiner Meinung leider nicht genügend publizistisch vorbereitet worden, auch nicht von diesem Personalgutachterausschuß. Im Ausland kennt man, wie ich mich erkundigt habe, nicht den Unterschied zwischen SS und Waffen-SS; zum Teil kennt man ihn noch nicht einmal im Inland. Deshalb hätte man diese Angelegenheit durch Propaganda vorbereiten müssen. Vielleicht kann das noch nachgeholt werden.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, es noch nachzuholen. Dann haben wir noch die Angelegenheit zu besprechen, auf die Frau Rehling hingewiesen hat, nämlich die Mißhandlung von Soldaten.

Strauß: In dieser Resolution, die wir der Presse übergeben haben, ist die von uns gewählte Formulierung gegen die Anpöbelung der Soldaten enthalten. Ich bitte Sie, auf einen Punkt Rücksicht zu nehmen. Es sind nicht die Lausbuben, die sogenannten Halbstarcken, auch nicht die verhetzten Arbeiter – wie in München, wo einer einem Soldaten einen Ziegelstein auf den Kopf geworfen hat –, sondern die eigentlich Schuldigen sind diese gefährlichen Morgenthau-Leute, die heute in einer Reihe von Redaktionsstuben sitzen. Das sind die intellektuellen Drahtzieher, von deren Hetze sich die Leute auf der Straße hinreißen lassen. Wenn wir eine Resolution herausgeben, sollten wir auf diese Drahtzieher hinweisen, die durch ihre Propaganda gegen das Militär das Handwerk Moskaus ausüben und damit die eigentlich Schuldigen dieser Kampagne geworden sind.

Adenauer: Holen Sie doch bitte mal die Resolution!

⁸³ Die „Allgemeinen Richtlinien für die Prüfung der persönlichen Eignung der Soldaten“ vom 13. Oktober 1955 sahen vor, Bewerber der ehemaligen Waffen-SS nach besonderer Prüfung einstellen zu können. Darauf stützte sich der Beschluß des Bundespersonalausschusses vom 2. August 1956 (veröffentlicht im Ministerialblatt des BMVg vom 1. September 1956). – AdG 1956 S. 5974, 5977f.

Blank: Ich möchte darauf hinweisen, daß wir uns im Bundesparteivorstand in aller Kürze über das Organisationsgesetz, das die Bundesregierung weitgehend lahmlegen würde, unterhalten müssen. Ich denke an den Vorschlag, den Verteidigungsrat institutionell zu verankern, und stehe unter der Angst, daß man die Dinge in der nächsten Zeit im Parlament an sich reißen wird.⁸⁴ Und dann ist das Unglück geschehen.

Adenauer: Ich darf zweierlei sagen: Einmal haben wir sehr viel wichtigere Dinge, die das Parlament machen muß. Das Parlament ist aber so überlastet, daß es sich eine solche Geschichte nicht noch umbinden soll. Zweitens sind es doch alles Versuche, was wir machen. Wir sammeln Erfahrungen. Vielleicht denkt man in einem Jahr in mancher Beziehung ganz anders als heute. Ich würde also den Gedanken von Herrn Blank sehr unterstützen.

Nun darf ich übergehen zu dem Vortrag des Herrn Meyers über Organisationsfragen. Darf ich vielleicht den Anfang machen! Einer muß es ja tun. Wie denken Sie sich, Herr Meyers, die Abstellung der Mängel? Sie haben bisher nur die Mängel festgestellt. Wie wollen Sie nun feststellen, daß die Mängel abgestellt worden sind?

Meyers: Jeder Landesverband ernennt dafür einen Beauftragten, der aufgrund der Analyse und der Erfahrungen diese Mängel abzustellen sucht.

Adenauer: Ich würde vorschlagen, daß dann die Landesverbände in der Sache mit der Bundesgeschäftsleitung Hand in Hand arbeiten.

Meyers: Wenn es einer ist, ist es leichter, als wenn es zehn sind. Zehn Leute plus Bundesgeschäftsstelle können gar nicht zusammenkommen, weil die Zeit drängt. Ich möchte, daß wir zunächst die schlimmsten Mängel abstellen, weil das für die Bundestagswahl wichtig ist. Auf die Dauer können wir dann die Verfeinerungen vornehmen.

Adenauer: Wollen Sie das den Landesverbänden allein überlassen, oder wollen Sie eine Kontrolle vornehmen?

Meyers: Ich wollte, daß von jedem Landesverband jemand beauftragt wird, der mit uns zusammen die Dinge bespricht.

Adenauer: Sie haben eben nicht gesagt: mit uns zusammen. Also sind wir damit einverstanden.

Wie ist es mit der Kartei, die geführt wird?

Meyers: Das ist unterschiedlich. In einem Teil der Landesverbände sind die Karteien zum Teil bereinigt, in einem anderen Teil ist man noch nicht soweit, so daß die Karteien nicht immer den richtigen Stand wiedergeben.

Heck: Ich muß etwas härtere Ausführungen machen als Herr Meyers. Bei der Werbeaktion hat sich gezeigt, daß vielfach noch Parteifreunde in der Kartei aufgeführt waren, obwohl sie schon über ein Jahr lang tot waren. Es gab etwa 1.500 Rückläufer „nach Unbekannt verzogen“. Wir haben ferner festgestellt, daß die Meldungen über

84 Vgl. BT-Drs. 2341 vom 26. April 1956. – Im Oktober 1955 war durch Kabinettsbeschluß der Bundesverteidigungsrat als Koordinationsausschuß des Kabinetts unter Leitung des Bundeskanzlers eingerichtet worden (vgl. Verteidigung im Bündnis S. 96; SCHWARZ I S. 301).

die Mitgliederzahlen, die wir bisher von den Landesverbänden bekommen haben, in krassem Widerspruch zu den Adressen stehen, die sie uns für unsere Aktion zur Verfügung stellen konnten, und zwar beträgt die Differenz Zehntausende.

Ich möchte generell zu den Beschlüssen, die wir bisher hier gefaßt haben, folgendes sagen: Es wird im Bundesparteivorstand verhältnismäßig leicht ein Beschluß gefaßt, aber er wird nicht durchgeführt! Wenn beschlossen wird, es sollen Organisationsbeauftragte ernannt werden, dann wird vielleicht einer ernannt, aber es geschieht nichts weiter. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die politischen Persönlichkeiten in der Führung der Landesverbände stärker als bisher um diese organisatorischen Dinge kümmern; denn die Autorität der Landesgeschäftsführer und Kreisgeschäftsführer reicht nicht aus, die Widerstände zu brechen, die Herr Meyers heute geschildert hat. Gerade diese Werbeaktion, insbesondere der Brief des Kanzlers an alle Mitglieder⁸⁵, hat uns ein sehr exaktes Bild darüber verschafft, wie es in Wirklichkeit in den einzelnen Landesverbänden und Kreisen aussieht.

Es gibt eigentlich nur einen Landesverband, bei dem diese Dinge tadellos in Ordnung sind. Das ist der Landesverband Saar. Dort sind die Mitglieder tadellos erfaßt. Die Mitgliederkartei ist tatsächlich auf dem laufenden. Es ist eine eigene Kartei angelegt, in der die Werbungen registriert und ausgewertet werden. Ich muß dazu hier folgendes sagen: Was hier möglich war und ist, müßte eigentlich überall möglich sein. Ich unterstreiche noch einmal, wenn sich die führenden politischen Persönlichkeiten nicht darum kümmern, ist das Problem nicht zu lösen. Ich muß in diesem Zusammenhang – selbst auf die Gefahr hin, daß ich keine Freunde erwerbe – darauf hinweisen, daß sich die Landesverbände Rheinland und Westfalen geweigert haben, uns die Adressenlisten auszuhändigen! (*Zurufe*: Hört! Hört!) Sie haben uns global angegeben, wir haben soundso viel Mitglieder, aber wir sollten ihnen die Sachen zur Verfügung stellen, dann würden sie für den Versand sorgen. Ich glaube – und ich erlaube mir, das in allem Freimut zu sagen –, daß bei den Landesverbänden Nordrhein und Westfalen die gemeldeten Mitgliederzahlen nicht stimmen.

Adenauer: Das ist eine sehr traurige Feststellung! (*Zurufe*: Sehr wahr! – *Johnen*: Darf ich dazu feststellen, daß bisher an mich überhaupt noch keine Forderung gestellt worden ist!) Dann hat Herr Schreiber⁸⁶ sie Ihnen nicht vorgelegt! (*Johnen*: Dann darf man das nicht dem Landesvorsitzenden zur Last legen, sondern nur dem Landesgeschäftsführer!) Ich weiß mir nicht anders zu helfen, als daß wir den beiden Herren Dr. Meyers und Dr. Heck die Vollmacht erteilen, die nötigen Schritte einzuschlagen, damit die Sache endlich in Ordnung kommt. Sind Sie damit einverstanden? (*Zurufe*: Ja! – *Zurufe*: Nein! – *Unruhe*.) Können wir es so machen? (*Krone*: Ich glaube nicht, daß die Landesvorsitzenden damit einverstanden sind; denn sie schütteln die Köpfe und sagen nein!) Wozu? (*Krone*: Zu Ihrem Vorschlag!) Wieso? (*Altmeier*: Wie soll das

85 Vom 3. September 1956 aus Rhöndorf mit Anlage eines vorgedruckten Aufnahmeformulars sowie Fälschung dieses Rundbriefs in ACDP VII-002-AO 278.

86 Hans Schreiber (vgl. Nr. 2 Anm. 43).

vor sich gehen? Wir müssen uns an die in Stuttgart beschlossenen Satzungen halten!) Ich glaube, es liegt ein Mißverständnis vor, meine Herren. Die Herren sollen nicht direkt eingreifen, sondern sie sollen sich mit den Landesvorsitzenden in Verbindung setzen und sagen: Wen bestellst du ... usw. Bitte Sorge dafür, daß uns nach vier Wochen ein Bericht gegeben wird. (*Altmeier*: Einverstanden!)

Gurk: Ich verweise auf die Beschwerden, die Herr Meyers vorgebracht hat. Ich habe sie bisher nicht gesehen. Geben Sie uns die Beschwerden, und dann wird etwas geschehen!

Adenauer: Ich darf nochmals dazu feststellen: Die beiden Herren sollen nicht etwa den Auftrag bekommen, direkt in die Verwaltung einzugreifen, aber sie sollen in Verbindung mit den Landesvorsitzenden dafür sorgen, daß die Sache in Ordnung kommt. Eventuell können sie uns darüber hier in einigen Wochen Bericht erstatten. (*Zurufe*: Ja!) Dann wollen wir es so halten.

Dann habe ich noch einen Punkt vorzubringen, und zwar handelt es sich um die Studenten an den Universitäten, an den Technischen Hochschulen usw. Die werden nach meinen Erfahrungen von uns außerordentlich stark vernachlässigt, während sich die Sozialdemokraten gerade diesen Schichten in besonderer Weise widmen, weil sie genau wissen, daß später einmal diese Leute einen sehr maßgebenden Einfluß ausüben werden. Es sollte daher auch von uns einmal untersucht werden, was man da machen kann.⁸⁷

Meyers: Ich habe diesen Punkt schon mehrfach beim geschäftsführenden Vorstand vorgebracht. Wir haben uns mit Herrn Heck vor den Ferien drei Tage lang zurückgezogen und diesen Punkt beraten, und zwar mit dem Ergebnis, daß Herr Kiesinger sich besonders um diese Frage kümmern und geeignete Mitarbeiter aus den Reihen der Jugend heranziehen solle.

Adenauer: Ich schätze Herrn Kiesinger sehr, aber er ist derart belastet, daß er das selbst nicht so machen kann. Ich bitte Sie, mit Herrn Kiesinger noch einmal zu überlegen, ob nicht ein kleiner Kreis beauftragt werden kann, sich der ständigen Pflege der Beziehungen zwischen den Studenten und unserer Partei anzunehmen. Ich würde empfehlen, von jeder Hochschule jemand zu nehmen. Ich könnte Ihnen Herren nennen, die das gerne machen, Assistenten usw.

Heck: Herr Bundeskanzler! Wir haben an sämtlichen Hochschulen in der Bundesrepublik die Gruppe des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten. Es ist vorgesehen, mit dieser Gruppe für das Wintersemester an jeder Universität zwei Veranstaltungen durchzuführen. Die Schwierigkeiten liegen nicht an den Universitäten, sondern daran, daß es uns nicht oder kaum gelingt, die Redner zu bekommen.

⁸⁷ Adenauer setzte sich auf dem Deutschen Notarstag am 21. September 1956 für eine verstärkte Förderung des akademischen Nachwuchses ein (vgl. UfD vom 26. September 1956).

Wir haben in Köln eine Pressetagung durchgeführt.⁸⁸ Es waren 60 Journalisten da, aber von den Politikern, die wir eingeladen hatten, haben sich sechs überhaupt nicht entschuldigt, andere haben fünf Minuten vor Beginn abgesagt. Bei diesem „Einsatz“ unserer Politiker ist es beim besten Willen nicht möglich, solche Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen. Wir hatten für Köln kleine Zirkel vorgesehen, wo die Journalisten mit je einem Politiker zusammensitzen sollten. Weil aber die sechs Politiker nicht erschienen, blieb nichts anderes übrig, als die Sache ausfallen zu lassen. Glücklicherweise wurde gerade das Fußballspiel gegen Rußland übertragen, so daß wir für die Presse eine angenehme Unterbrechung einschieben konnten.⁸⁹ Es tut mir leid, daß mir die unangenehme Aufgabe zufällt, aber ich bin verpflichtet, folgendes zu sagen: Es muß von unseren Politikern ein wesentlich größerer Einsatz als bisher gefordert werden! Man kann nicht alles auf die Kreisgeschäftsführer und die Landesgeschäftsführer abwälzen.

Adenauer: Ich habe mir gedacht, daß das kommen würde, weil ich die Verhältnisse einigermaßen kenne. Ich habe neulich in unserer Bundestagsfraktion hervorgehoben, daß Herr von Brentano in einer Woche jeden Tag drei Versammlungen oder Aussprachen in seinem Wahlkreis abgehalten hat.

Ich meine, wir sollten hier beschließen, daß wir einmal den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion darum bitten, in entsprechender Weise auf die Bundestagsabgeordneten einzuwirken. Aber das genügt nicht. Wir müssen auch die Landesvorsitzenden bitten, bei der Aufstellung der Kandidaten die Verbindung des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis zu berücksichtigen. Das hat nicht nur für die Bundestagsabgeordneten, sondern auch für die Landtagsabgeordneten Geltung; denn nur dann werden manche Herren hellhörig, wenn man ihnen andeutet: Du wirst nicht mehr aufgestellt oder du bekommst Schwierigkeiten.

Können wir das sinngemäß als Beschluß fassen? (*Zurufe:* Ja!) Also eine gewisse Drohung in der Frage der Wiederaufstellung! Ich sehe bei Gott nicht ein, daß ein Abgeordneter, der sich um seinen Wahlkreis überhaupt nicht gekümmert hat, einfach nach vier Jahren wieder aufgestellt wird. Das ist unmöglich. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich habe sogar neulich davon gehört, daß ein jüngerer Bundestagsabgeordneter zu seinem Freund gesagt hat: Ich habe eine Lebensstellung, ich bin Bundestagsabgeordneter.

Albers: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß alle die direkt gewählten Abgeordneten ihre Aufgabe im Wahlkreis – soweit ich das in Nordrhein übersehen kann – erfüllen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß ungefähr zwei Drittel der Abgeordneten in der Fraktion direkt gewählt sind, während ein Drittel über die Liste gekommen ist. Das letzte Drittel hat es verhältnismäßig leicht in der ganzen Angelegenheit. Ich möchte aber nicht ein allgemeines Urteil anerkennen, daß die direkt gewählten Abgeordneten nicht ihre Pflicht erfüllt haben.

⁸⁸ Am 15. September 1956.

⁸⁹ Das Spiel am 15. September 1956 in Hannover endete mit einer 1 : 2 Niederlage.

Adenauer: Gott segne Ihren Glauben, Herr Albers! Ich habe den Glauben, offen gestanden, nicht. Ein Abgeordneter muß gerade im letzten Jahr vor der Wahl einen intensiven Fleiß in seinem Wahlkreis entfalten. Er muß wissen, daß Bundestagsabgeordneter keine Lebensstellung ist.

Johnen: Ich spreche nicht von den Bundestagsabgeordneten, sondern von den Landtagsabgeordneten. Ich muß dabei etwas überspitzen. Es gibt drei Kategorien von Abgeordneten, und zwar eine, die im Landtag in der Fraktion sicher viel fleißiger sein könnten, die aber ständig im Wahlkreis sind und daher auf den Delegiertenversammlungen immer einstimmig gewählt werden, und kein Mensch bekommt sie weg. Die zweite Kategorie sind die, die in der Fraktion die ganze Arbeit leisten müssen und einfach nicht mehr die Zeit haben, neben ihrem Beruf und der Fraktionsarbeit sich auch noch besonders um den Wahlkreis zu kümmern. Die haben es bei der Aufstellung der Kandidaten in ihrem Wahlkreis am schwersten. Dann haben wir als dritte Kategorie solche Leute, die es verstehen, beides miteinander zu verbinden. Sie haben gewöhnlich keinen Zivilberuf oder sind pensioniert.

Und das sind diejenigen, die einen schönen Eifelwahlkreis haben, dazu ein Wochenendhaus usw., die ständig wiedergewählt werden, wogegen man als Vorsitzender nie ankommt. Das sind die ersten, die in der Fraktion sich zuerst eintragen, zuerst zum Mittagessen gehen und am schnellsten Feierabend machen.

Man kann das einfach nicht über einen Kamm scheren bei Bundestagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß sich für die Wahlzeit und für die Zeit außerhalb der Wahl nur eine gewisse Kategorie von Frauen und Männern zum Rednereinsatz bereitwillig zur Verfügung stellt. Es gibt einen sehr großen Prozentsatz, der so überbelastet ist – wie sie behaupten –, daß sie nie kommen können. (*Adenauer:* Und denen wollen wir mal etwas nachhelfen!) Einverstanden! Da müßte aber irgendein Weg gefunden werden. Wenn ein Bundestagsabgeordneter oder ein Landtagsabgeordneter mitteilt, ich rede heute abend da und dort, dann ist es sehr schwer festzustellen, ob das auch stimmt. Es gibt sogar welche, die sind von zwei Orten am gleichen Tage angefordert. Und das ist die beste Gelegenheit, um überhaupt nirgendwo hinzugehen. Das sind die Schwierigkeiten! Aber noch schwieriger sind die Abgeordneten, die bestimmt zusagen und dann kurz vor dem Beginn der Versammlung ein Telegramm schicken, sie könnten nicht kommen. Das ist für die Ortsparteien dann außerordentlich schwierig, denn die Leute sind schon in der Versammlung.

Adenauer: Deswegen wollen wir ja diesen Leuten mal winken mit der Nichtaufstellung. Es gibt eine ganze Anzahl guter jüngerer Kräfte, die sich gerne etwas verdienen möchten, denen man auch etwas dafür geben muß. Die sollte man heranziehen. Man sollte sich nicht nur auf Abgeordnete stützen. Das soll man im ganzen Leben nicht tun! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Da muß man vorsichtig sein!

Ich würde also empfehlen, sich einmal an den Universitäten nach jüngeren Leuten – nicht nach Studenten – umzusehen, nach Assistenten usw., die auf unserem Boden stehen und gerne bereit sind zu sprechen. Denen gibt man dann eine kleine Vergütung. Im übrigen kenne ich Ihre Schwierigkeiten, Herr Johnen, und weiß, daß Sie voll zarter

Rücksicht sind und den Leuten nicht gern auf die Füße treten. Und deshalb wollen wir Sie zwingen, den Leuten auf die Füße zu treten.

Wir sollten vom Bundesparteivorstand aus an die Fraktionsvorsitzenden der Parlamente einen Brief richten und sie darauf aufmerksam machen, daß gerade die Parlamentarier in erster Linie verpflichtet sind, nicht nur mit ihrem Wahlkreis engste Fühlung zu halten, sondern auch durch Reden für eine Aufklärung über die geleistete Politik zu sorgen.

Damit sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*)

Wir haben noch einen Punkt zu behandeln. Die Sozialdemokratie legt neuerdings Wert darauf – ich finde nicht den richtigen Ausdruck –, sich ein Gewand der Wissenschaft umzulegen. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß auf dem Düsseldorfer Parteitag hochwissenschaftlich gesprochen worden ist. Ich lese heute in der Zeitung⁹⁰, daß Carlo Schmid wieder irgendeinen Vortrag gehalten hat über Automatisierung usw.

Es ist tatsächlich wichtig, unsere Partei muß sich einige wissenschaftliche Größen ins Knopfloch stecken. Das wirkt gut. Wir müssen auch hier etwas vorstellen. Daher bitte ich Sie, einmal darüber nachzudenken, wen wir da haben und wen wir von den Größen auf wissenschaftlichem Gebiet ansprechen können, Mitglied unserer Partei zu werden. Schlimmstenfalls sagen sie nein. Aber wir müssen solche bekannten Leute in Deutschland bei uns haben. (*Schröder: Z.B. Professor Hahn⁹¹! – Kaiser: Der Herr Bundeskanzler müßte einer Reihe von Persönlichkeiten, die nicht Mitglied sind, selber schreiben.*) Wir könnten auch ruhig ein paar Filmschauspielerinnen nehmen. Das wirkt gut auf die Jugend. Herr Schröder ist hier zuständig und sucht einige Filmschauspielerinnen aus. (*Heiterkeit.*)

Kaiser: Ich habe heute morgen einen Zwischenruf gemacht, als von Hallstein gesprochen wurde. Ich weiß, daß er Mitglied der Christlich-Demokratischen Union ist, aber neulich hat in einer Auseinandersetzung Herr Arndt von der SPD bemerkt, Herr Heck solle sich einmal erkundigen, wieviel Prozent der Beamten in der Bundeshauptstadt überhaupt einer politischen Partei angehören. Er sagte, noch keine 5 %. Ich unterstelle, daß das richtig ist. Aber dann muß dagegen etwas unternommen werden. Ich habe einmal in meinem Bereich Umschau gehalten. Das ist allerdings eine heikle Sache; denn ich kann als Minister nicht eingreifen.

90 Gemeint ist wohl der Münchener Parteitag, auf dem die Professoren Leo Brandt und Carlo Schmid über „Die zweite industrielle Revolution“ referierten (SPD-Parteitagprotokoll vom 12. Juli 1956 S. 148–185). Am 7./8. Dezember 1956 fand in Düsseldorf eine Konferenz „Die Mobilisierung des Geistes“ statt (vgl. SPD-Jahrbuch 1956/57 S. 443–445; KLOTZBACH S. 373f.). – Schmid sprach am 19. September 1956 auf dem Kongreß der Eisenbahnergewerkschaft in München („Die Welt“ vom 20. September 1956).

91 Wahrscheinlich Dr. Wilhelm Hahn (geb. 1909), Professor für evangelische Theologie (seit 1950 Heidelberg, 1958–1960 Rektor); 1955–1962 Mitglied des deutschen Ausschusses für Erziehungs- und Bildungswesen, 1962–1964 MdB (CDU), 1964–1978 Kultusminister von Baden-Württemberg, 1968–1980 MdL. Gemeint sein könnte aber auch Dr. Otto Hahn (1879–1968), Chemiker; 1910–1934 Professor, 1928–1945 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Berlin, 1946–1960 Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

Aber die Partei hat die Möglichkeit, z.B. der Kreisverband in Bonn, an die Beamten der Reihe nach ein Schreiben zu richten. Wenn nämlich die SPD demnächst die Führung der Regierung in die Hand bekommen sollte, dann würden die Beamten wieder in größerer Zahl einer Partei beitreten. Es ist also Veranlassung gegeben, diesen Dingen unsere Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar sollten wir den Weg gehen, der dazu möglich ist.

Adenauer: Ich glaube unbedingt richtig unterrichtet zu sein, wenn ich Ihnen sage, daß die Sozialdemokratie schon ein ganzes Register von Namen aufgestellt hat – von unten bis in die höchsten Stellen –, um in dem Falle, daß sie irgendwie an die Macht kommen sollte, mit einem gewaltigen Schwung überall in die ganze Bundesregierung hineinzukommen. D.h. natürlich, daß soundso viele Leute in den Verwaltungen, die zu uns gehören, dann verdrängt würden. Sie können nicht entlassen werden, wenn sie auf Lebenszeit eingestellt sind, aber sie würden irgendwie kaltgestellt. Vielleicht überlegen Sie mal, wie man am besten darauf aufmerksam macht.

Bach: Von den 540 Beamten und Angestellten, die damals bei der Bundesregierung tätig waren, waren 181 Mitglied der CDU. Die SPD geht so vor: Wenn einer z.B. vom Regierungsrat zum Oberregierungsrat befördert worden ist, dann wird ihm klargemacht, daß er das durch den Chef oder durch den Minister geworden ist. Er bekommt einen Zettel in die Hand, und dann hat er seinen Beitrag zu zahlen. Auf diese Weise bekommen die die Leute und die Beiträge.

Bei uns riefte das einen Proteststurm hervor, wenn man einem Beamten zumutete, sich zu uns zu bekennen. Das ist fast eine Unmöglichkeit.

Adenauer: Ich würde das nicht tun, Herr Bach! Sie haben eine Art, ans Geld heranzugehen, die ein bißchen massiv ist. Ich würde nicht so an die Beamten herangehen. (*Bach:* Herr Bundeskanzler! Ich habe persönlich vielleicht die meisten Mitglieder für die CDU geworben; über 700 Mitglieder!) Das glaube ich Ihnen sehr gern, Herr Bach, aber Sie können nicht verlangen, daß ein Vorgesetzter an seine Beamten so massiv herangeht. (*Bach:* Es ist so, die SPD schickt am nächsten Tag in das Haus des Beamten ihre Funktionäre. Wir tun es aber nicht. Wir machen keine Hausbesuche.) Das werden die Herren also überlegen!

Wir haben noch zu behandeln den Parteitag 1957 und die Sondertagung. Was Sie darunter verstehen, weiß ich nicht. Außerdem steht noch auf der Tagesordnung: Allgemeine Richtlinien für die Kommunalwahlen. (*Heck:* Diesen Punkt der Tagesordnung hatten Sie mir von der Bühler Höhe durchgeben lassen!) Ja, ich habe irgendeinen Brief bekommen, Herr Bitter, ich weiß nicht mehr, ob von Ihnen, wir sollten die allgemeinen Richtlinien für die Kommunalwahlen besprechen.

ALLGEMEINE RICHTLINIEN FÜR KOMMUNALWAHLEN

Bitter: Herr Bundeskanzler! Es ist reichlich spät, um zu diesem Punkt etwas zu sagen; denn der Wahltermin rückt bedenklich auf uns zu.⁹² Mir wäre es lieber gewesen,

⁹² Am 28. Oktober in den drei Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen, am 11. November in Rheinland-Pfalz (AdG 1956 S. 6059, 6095).

wir hätten eine Sondersitzung gemacht, um uns mit dem so wichtigen Thema etwas mehr zu beschäftigen. Aber ich verkenne keineswegs die Schwierigkeiten.

Lassen Sie mich sagen, was bis jetzt geschehen ist. Wir haben von der Kommunalpolitischen Vereinigung im Benehmen mit den Landesvorsitzenden und den Landesgeschäftsführern der fünf Länder, in denen Wahlen stattfinden, bereits im Juni dieses Jahres angefangen, zunächst die Arbeiten zu erledigen, die getan werden mußten. Wir haben die Beteiligten nach Frankfurt am Main gerufen und dort zunächst den Geschäftsführer von Bayern, Dr. Zimmermann⁹³, zu Wort kommen lassen über seine Erfahrungen in der bayerischen Kommunalpolitik. Das war ein sehr wertvoller Vortrag für unsere Arbeit.

Adenauer: Entschuldigen Sie bitte, Herr Bitter, mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Zeit, wenn ich unterbreche. Wir wollten über die Richtlinien sprechen. Sollen wir allgemeine Richtlinien herausgeben für die Führung der Wahlen? (*Bitter:* Es wird praktisch kaum noch möglich sein, allgemeine Richtlinien für die Kommunalwahlen herauszugeben.) Sie können z.B. sagen: Die Kommunalwahlen werden geführt um kommunale Angelegenheiten. Bitte sagen Sie uns die Wünsche, die Sie an den Bund haben, und die Wünsche, die Sie an die Länder haben. Oder werden die Kommunalwahlen geführt um die großen politischen Fragen?

Bitter: Wir haben grundsätzlich die Meinung vertreten, daß es beim besten Willen nicht möglich ist, nur Kommunalwahlen schlechthin zu führen. Wir werden es erleben, daß die Sozialisten die Fragen der Wehrpolitik und was damit zusammenhängt in den Wahlkampf hineinbringen. Wir haben unseren Leuten das entsprechende Material an die Hand gegeben. Es gibt dafür eine Menge Literatur.

Die Richtlinien, Herr Bundeskanzler, von denen Sie sprachen, sind bereits in den Händen der Vorstände, der Landesgeschäftsführer und der Kreisgeschäftsführer. Wir kommen in der nächsten Woche zusammen, um mit den fünf Landesvorsitzenden diese Dinge im einzelnen durchzuexerzieren. Wir haben den Ländern auch Flugblätter zur Verfügung gestellt. Auch die nächste Nummer der „Kommunalpolitischen Blätter“ beschäftigt sich mit einer Sonderausgabe mit diesen ganzen Dingen.⁹⁴ Ich bin davon überzeugt, daß von der Seite her unsere Arbeit gute Früchte tragen wird bis in das letzte Dorf hinein. Ich glaube, daß es selten Kommunalwahlen gegeben hat, die publizistisch und theoretisch so gut vorbereitet gewesen sind wie die bevorstehenden.

93 Dr. Friedrich Zimmermann (geb. 1925), 1955–1965 Hauptgeschäftsführer und Generalsekretär (1956) der CSU, seit 1957 MdB, 1982–1989 Bundesminister des Innern, 1989 für Verkehr. – Zimmermann hatte am 23./24. Juni 1956 auf der Tagung des CSU-Landesausschusses in Bayreuth eine allgemein beachtete Analyse der Kommunalwahlen vom 18. März 1956 im Hinblick auf die Bundestagswahl 1957 vorgelegt (ACDP VII-002-AO 278). – In Frankfurt tagte am 29. August 1956 die Redaktionskommission der KPV („Kommunalpolitische Blätter“ vom 25. September 1956).

94 Vom 25. September 1956.

Wir haben außerdem in dem Pressebericht, der neben den „Kommunalpolitischen Blättern“ in vierzehntäglicher Folge herausgegeben wird und der zustande kommt aufgrund der Durchsicht von 160 Tageszeitungen der Bundesrepublik, Material aus den letzten vier Jahren über das Verhalten des politischen Gegners in den Grundsatzfragen der Kommunalpolitik zusammengetragen. Und daraus ist eine Broschüre entstanden, die für die Redner eine gute Grundlage bildet.⁹⁵

Auf der Tagung in Frankfurt am Main wollen wir uns einmal grundsätzlich mit der Ostpolitik im Gegensatz zur Westpolitik, und zwar kommunalpolitisch gesehen, auseinandersetzen. Ich habe die große Bitte, Herr Bundeskanzler, machen Sie uns die Freude, und schenken Sie uns die Ehre, am 30. September bei uns zu sein.⁹⁶ Sie werden ein Auditorium haben, das Ihnen vom Standpunkt der Bundesrepublik aus Freude machen wird.

Adenauer: Am 30. haben Sie das Treffen! Am 1. muß ich in Hamburg beim DGB sein.⁹⁷ Nachmittags habe ich eine Sitzung mit unseren Hamburger Freunden. Dann muß ich zweimal nach Brüssel. Am 29. treffe ich Mollet in Brüssel. Das geht über meine Kraft, wenn ich noch nach Frankfurt kommen soll. Herr Bitter, das kann ich nicht. Die Begegnung mit Mollet, in der wir über gemeinsame Verteidigungsfragen sprechen, wie ich eben gehört habe, ist äußerst wichtig. Auf der anderen Seite ist auch mein Erscheinen in Hamburg beim DGB ungemein wichtig. (*Bitter:* Ich bin Ihnen für dieses aufklärende Wort sehr dankbar, Herr Bundeskanzler!) Die Mitteilung, daß ich Herrn Mollet am 29. treffen soll, habe ich erst eben bekommen.

Bitter: Ich fasse zusammen: Seien Sie überzeugt, das Mandat als Kommunalpolitische Vereinigung haben wir seit Jahren erfüllt; der Ablauf der Versammlung in Frankfurt wird bestätigen, daß wir das getan haben, wozu wir verpflichtet waren.

Adenauer: Wir sind Herrn Bitter um so dankbarer, weil diese Kommunalwahlen im Hinblick auf die Bundestagswahl eine größere Bedeutung haben als sonst.

Nun haben wir noch einen Punkt auf der Tagesordnung: Parteitag 1957. Dazu hat Herr Heck das Wort.

PARTEITAG 1957 UND SONDERTAGUNGEN

Heck: Es wäre zunächst zu klären, ob vor den Wahlen noch ein Parteitag stattfinden soll. Die Auffassungen darüber in der Partei sind verschieden. Es müßte geklärt

95 Nicht zu ermitteln. – Verifiziert werden konnte der Rednerdienst der KPV der CDU von Nordrhein-Westfalen vom März 1958 „Wenn sie die Macht haben. Rote Politik im Rathausspiegel“. Recklinghausen 1958.

96 Bericht über die Bundesvertreterversammlung der KPV in Frankfurt vom 28. bis 30. September in UiD vom 3. und 6. Oktober 1956; „Kommunalpolitische Blätter“ vom 10. und 25. Oktober sowie vom 10. November 1956.

97 4. ordentlicher DGB-Kongreß vom 1. bis 6. Oktober 1956 (AdG 1956 S. 6016–6017).

werden, wo der Parteitag sein soll und welchen Inhalt wir ihm geben wollen. Der Parteitag kann spätestens im Mai durchgeführt werden. Die Sozialdemokraten haben uns in München vorexerziert – und wir haben es bei unserem Parteitag in Stuttgart gemerkt –, daß ein langfristig vorbereiteter Parteitag nach außen eine stärkere Wirkung hat. Deswegen sollte diese Frage heute entschieden werden. Dann wäre es Sache des geschäftsführenden Vorstandes, einen Plan auszuarbeiten, wie der Parteitag gestaltet werden soll.

Adenauer: Ich bin der Auffassung, wir sollten noch einen Parteitag abhalten, und zwar spätestens im Mai. Von dem sozialdemokratischen Parteitag in München habe ich mir eines gemerkt: Alle Anträge, die gestellt werden, müssen einige Zeit vorher den Vorstand durchlaufen haben. Nichts ist schlimmer und gefährlicher, als wenn man auf einem Parteitag mit Anträgen überrascht wird – wir haben es erlebt –, die unter Umständen eine Verwirrung und damit den Eindruck der Uneinigkeit hervorrufen.

Nun hat mir Herr Sieveking gesagt, daß er es sehr begrüßen würde, wenn wir den Parteitag in Hamburg abhielten.

Noltenius: Ich möchte diesen Vorschlag von Herrn Sieveking unterstützen. Es spricht sehr viel dafür, diesen Parteitag in Norddeutschland abzuhalten. Wir haben in Norddeutschland den schwersten Stand. Ich würde auch Hamburg vorschlagen, weil man in dieser größten norddeutschen Stadt auch die größten Wirkungen zu erzielen vermag.

Bach: Herr von Hassel hat mich gebeten, auch für Hamburg zu plädieren. Er hält Hamburg für wirkungsvoller als Hannover, wo der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor nicht auf unserer Seite stehen.

Adenauer: Wir tun gut daran, wenn wir in den norddeutschen Raum gehen. Und da ergibt sich von selbst, daß wir nach Hamburg gehen. (*Weber:* Wir waren schon in Hamburg!) Das macht nichts. Warum gehen wir nach Hamburg? Um in dem norddeutschen Raum, im protestantischen Norden, zu wirken. Von dem evangelischen Norden hängt das Schicksal der Bundestagswahl in weitem Umfange ab. Deswegen würde ich es sehr begrüßen, wenn wir dort einen sehr sorgfältig vorbereiteten Parteitag abhalten könnten.

Gratl: Warum sollen wir nicht nach Hannover gehen? Es genügt mir nicht, daß der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor nicht auf unserer Seite stehen. Aber Hannover ist mehr gefährdet als irgendein anderer Landesteil. Es geht von den Parteitag ein Fluidum aus, und nirgendwo können wir das so gut gebrauchen wie in Niedersachsen.

Adenauer: Ich war zuerst Vorsitzender der CDU der britischen Zone und weiß, daß Niedersachsen das Land ist, das uns am meisten Sorge gemacht hat, aber ich muß sagen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und der nach Hamburg zuneigende Teil Niedersachsens scheinen mir doch noch wichtiger zu sein als Hannover. Ich darf noch einmal wiederholen, Herr Gratl, ob der Oberbürgermeister und der Oberstadtdirektor Sozialdemokraten sind oder nicht, das ist mir völlig gleichgültig, aber wir sollten nach Hamburg gehen.

Gradl: Es tut mir sehr leid, daß wir uns in unserer politischen Arbeit damit abgefunden haben, daß Niedersachsen ein Reservat der SPD ist. Warum sollen wir nicht in diesen Mittelpunkt der SPD gehen?

Noltenius: Wir sind hier nicht mehr vollzählig versammelt. Es ist auch niemand mehr aus Niedersachsen hier. Können wir diese Frage, wo der Parteitag abgehalten werden soll, nicht auf die nächste Sitzung vertragen?

Adenauer: Können wir das?

Heck: Es ist nur so: Die Versammlungshallen in Hannover werden bereits für den Zeitraum eines halben Jahres im voraus vergeben. Wir müssen uns also sehr zeitig darum kümmern, wenn wir an diesen Räumen festhalten wollen. Wir haben wegen der Wahlen keinen großen Spielraum mehr.

Adenauer: Stellen Sie bitte bis zur nächsten Sitzung des Bundesparteivorstandes – die im Oktober stattfinden wird – fest, ob und wann etwas in Hamburg und in Hannover frei ist, sonst reden wir uns jetzt vergeblich die Köpfe heiß.

Kaiser: Die Versammlungshallen in Hannover kommen überhaupt nicht in Frage; denn die liegen auf halbem Wege nach Hildesheim.

Adenauer: Stellen Sie bitte fest, was in Hamburg und in Hannover zu haben ist. Dann werden wir in der nächsten Sitzung darüber entscheiden, wenn die Herren von Niedersachsen hier sind.

Heck: Nun zum Thema „Sondertagungen“. Es war auf dem letzten Parteitag ursprünglich vorgesehen, daß die Probleme der Heimatvertriebenen, der Flüchtlinge und der Kriegssachgeschädigten behandelt werden sollten. Erfahrungsgemäß kommen diese Bereiche bei den Parteitagen, wo die großen Fragen der Politik in den Mittelpunkt gestellt werden, zu kurz. Nun hat zur Vorbereitung eine Besprechung stattgefunden, an der teilgenommen haben die Herren Meyers, Minister Oberländer, Staatssekretär Nahm, Eplée, Keudell⁹⁸ und Ehren⁹⁹. Es ist vorgeschlagen worden, eine Tagung im März abzuhalten. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Was ist das für ein starkes Geräusch draußen? (*Berendsen:* Das sind die Schlepper auf dem Rhein!) Die verderben noch die ganze Landschaft.

Heck: Es müßte also heute entschieden werden, ob eine solche Tagung von der Partei durchgeführt werden soll. Ich halte es für nützlich; denn wir müssen vor den Wahlen zu diesem Thema etwas Konkretes sagen. Auf einem Parteitag dürfen wir auch nicht zu viele heterogene Dinge zusammenpressen, damit der Parteitag nicht ein Konglomerat von Themen darstellt, weil er nicht genug profiliert ist.

Adenauer: Sie wollen also eine besondere Tagung durchführen? (*Heck:* Ja, sie könnte im März 1957 durchgeführt werden. Wir hatten als Tagungsort Wetzlar vorgesehen.) Wieso Wetzlar?

98 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), 1948 CDU, Mitglied des Bundesvertriebenenausschusses (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 478 Anm. 16).

99 Hermann Ehren (1894–1964), vor 1933 Zentrum, 1949–1961, 1962–1964 MdB (CDU), Vorsitzender des Landesflüchtlingsausschusses der CDU Westfalen-Lippe.

Heck: Wetzlar ist ein Wahlkreis, der sehr stark vom BHE besetzt ist. Wir glauben, daß wir im Hinblick auf die Bundestagswahlen das Klima dort etwas vorbereiten können, um dort einen Kandidaten durchzubringen.

Adenauer: Um einen Kandidaten durchzubringen? Das ist ein bißchen dünn! (*Heck:* Die Breitenwirkung einer solchen Tagung erfolgt ohnedies durch Presse und Rundfunk!) Ich weiß nicht, wie die Unterbringungsmöglichkeiten in Wetzlar sind. Ich habe dort mehrfach gesprochen, mußte aber jedes Mal unter freiem Himmel sprechen. Man ist dort völlig vom Wetter abhängig. (*Oberländer:* Es sollte ein Ort zwischen Nord und Süd sein. Es stehen auch die Räume zur Verfügung.) Welche Räume? (*Oberländer:* Die Leitz-Halle, die 10.000 Menschen faßt. Ich habe mit Leitz¹⁰⁰ darüber gesprochen.) Gut! Wir müssen sicher etwas tun auf diesem Gebiet.

Heck: Ich habe noch eine letzte Frage! Die Junge Union hat die Absicht, vor den Bundestagswahlen – etwa im Juni – eine Großkundgebung mit etwa 20.000 Jugendlichen durchzuführen, und zwar in der Dortmunder Westfalenhalle.¹⁰¹ Die Entscheidung darüber, ob diese Kundgebung stattfinden soll oder nicht, muß jetzt getroffen werden, weil wir sonst die Halle nicht mehr bekommen. Der 30. Juni und der 6. Juli sind nur noch frei. Die Durchführung einer solchen Tagung kostet etwa DM 50.000,-.

Adenauer: Wie setzt sich diese Summe zusammen?

Heck: Die Raummieten sind außerordentlich hoch, und von den 20.000 Jugendlichen muß ein erheblicher Teil die Fahrtkosten erhalten.

Adenauer: Es käme nur der 30. Juni in Frage, und das ist schon reichlich spät.

Heck: Die Presse und die Opposition geben sich reichlich Mühe, einen Gegensatz zwischen der Jungen Union und Ihnen zu konstruieren. Diese Kundgebung wäre eine gute Gelegenheit, der deutschen Öffentlichkeit einmal das Gegenteil vorzudemonstrieren.

Adenauer: Was halten Sie davon, meine Herren?

Kaiser: Wenn es durchführbar ist, dann ja!

Blank: Auch ich bin unbedingt dafür, aber es muß klug gesteuert werden, damit nicht unter Umständen mehr kaputtgeht, als wir uns an Effekt versprechen. Wenn das gewährleistet ist, könnte man im Ruhrgebiet einiges motivieren. Das könnten wir in Westfalen ein bißchen in die Hand nehmen.

Adenauer: Sie sind also dafür? (*Blank:* Ja!) Schön!

Kaiser: Auch die Sozialausschüsse wollen mit dem Blick auf die Wahlen in Frankfurt am Main Ende März eine Bundestagung durchführen, ähnlich wie das in Köln und Herne geschehen ist.¹⁰²

100 Ernst Leitz (1906–1979) bzw. Günther Leitz (1914–1969) bzw. Ludwig Leitz (geb. 1907), alle Geschäftsführer der Ernst Leitz GmbH (Vater: Ernst Leitz, 1871–1956).

101 Deutschlandtag der Jungen Union in Dortmund vom 28. bis 30. Juni 1957.

102 1957 fand keine Tagung statt; die auf Herne (1955) folgende nächste Tagung am 3./4. Mai 1958 in Frankfurt.

Bitter: Ich möchte noch dringend darum bitten, daß die Herren untereinander absprechen, wer von den vier stellvertretenden Vorsitzenden den Bundesvorstand in Frankfurt vertritt, der nicht nur als Repräsentant etwas sagt, sondern vom Bunde aus grundsätzliche Ausführungen macht.

Adenauer: Wer käme in Frage? Am besten Herr Meyers. Oder wünschen Sie jemand anders? (*Bitter*: Herr Meyers ist kein stellvertretender Vorsitzender!) Dann machen wir ihn dazu für einen Tag. (*Altmeier*: Das muß Herr Arnold machen! – *Bitter*: Ja, er ist doch Stadtverordneter gewesen.) Wer soll mit ihm verhandeln? Herr Heck, würden Sie es übernehmen? (*Heck*: Ja!)

Damit sind wir am Ende unserer Sitzung. Ich danke Ihnen und darf die Sitzung schließen.¹⁰³

17

Bonn, 23. November 1956

Sprecher: Adenauer, [Adorno], Albers, Altmeier, Arnold, Bach, Blank, Dichtel, Fricke, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, Frau Jochmus, Johnen, Kiesinger, Kraske, Krone, Kunze, Lemmer, Lensing, Lübke, Meyers, [Müllenbach], Gebhard Müller, Noltenius, Oberländer, Pettenberg, Scharnberg, Seidel, Stoltenberg, Stooß, [Storch], [Wacher], Frau Weber, Wuermeling, Zimmer.

Bericht zur politischen Lage. Erscheinungsbild der Koalition: Verhältnis CDU/CSU, Uneinigkeit der Kabinettsmitglieder. Analyse der Kommunalwahlen in fünf Ländern. Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses. Vorbereitung der Bundestagswahlen. Vorbereitung des Bundesparteitages 1957.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 18.30 Uhr

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 335–343

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es haben sich entschuldigt für die heutige Sitzung folgende Herren: Bundesminister Dr. Schröder, er kommt heute abend aus England zurück; Bundesminister Kaiser, er mußte heute nach Berlin wegen der Tagung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“; Dr. Lenz, der sich in Bangkok aufhält; Dr. Sieveking, der im Bundesrat ist, ich hoffe, daß er noch kommen wird;

¹⁰³ Kommuniqué in UiD vom 26. September 1956.